

Landesamt
für Datenverarbeitung
und Statistik
Nordrhein-Westfalen



Statistische Rundschau

März 1986

für das Land
Nordrhein-
Westfalen

Kurznachrichten

■ **Der Preisindex für die Lebenshaltung** aller privaten Haushalte ist in Nordrhein-Westfalen von Mitte Januar bis Mitte Februar 1986 um 0,3 % von 121,5 auf 121,1 Punkte (Basis 1980 = 100) zurückgegangen. Die jährliche Teuerungsrate beträgt 0,6 %; im Vormonat (Januar 1986/85) hatte sie bei 1,4 % gelegen. Sie hat damit den niedrigsten Stand seit Beginn der Preisindexberechnungen für alle privaten Haushalte in Nordrhein-Westfalen im Jahre 1962 erreicht. — Die Indexveränderung im Februar (1986/85) beträgt für 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen + 0,7 % (121,2 Punkte), für 4-Personen-Haushalte von Angestellten und Beamten mit höherem Einkommen + 0,8 % (121,9 Punkte) und für 2-Personen-Haushalte von Renten- und Sozialhilfeempfängern + 0,9 % (121,4 Punkte).

■ **Das wirtschaftliche Wachstum** — gemessen an der realen Veränderung des Bruttoinlandsprodukts (in Preisen von 1980) — betrug in Nordrhein-Westfalen 1985 nach erster Schätzung + 1,7 %. — In jeweiligen Preisen ergab sich gegenüber 1984 eine Veränderung des Bruttoinlandsprodukts von + 4,0 %. — Im Bundesgebiet veränderte sich das Bruttoinlandsprodukt real um + 2,6 % und nominal um + 4,9 %. — Das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner stieg aufgrund einer Abnahme der Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen wie auch im Bundesgebiet etwas stärker als das absolute Bruttoinlandsprodukt. Es erhöhte sich in Nordrhein-Westfalen in jeweiligen Preisen um + 4,6 % und in Preisen von 1980 um + 2,2 %. Die vergleichbaren Werte für das Bundesgebiet lagen hier bei + 5,1 % (nominal) und + 2,9 % (in Preisen von 1980).

■ In den Betrieben des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes Nordrhein-Westfalens waren 1985 im Jahresschnitt rd. 1,95 Mill. Personen tätig, 1,36 Mill. Arbeiter und 0,59 Mill. Angestellte. — Auf diesen Personenkreis entfiel insgesamt eine **Lohn- und Gehaltssumme** von 83,6 Mrd. DM (50,1 Mrd. DM Löhne und 33,5 Mrd. DM Gehälter). Gegenüber 1984 stieg die Lohnsumme um 4,2 % und die Gehaltssumme um 3,8 %. Pro Kopf betrug die Lohnsumme im Jahresdurchschnitt rd. 36 800 DM und die Gehaltssumme rd. 57 400 DM.

■ Der in den ersten drei Quartalen 1985 für Nordrhein-Westfalen festgestellte **Trend des Beschäftigtenabbaus im Handwerk** hat sich im 4. Vierteljahr im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum fortgesetzt. Die Abnahme betrug 3,1 %. In den vorangegangenen drei Quartalen 1985 war ein Rückgang von 2,0, 1,3 bzw. 1,1 % zu verzeichnen gewesen. — Leicht positiv mit einem Zuwachs von 1,0 % war die Beschäftigtenlage im Gewerbe für Gesundheits- und Körperpflege sowie chemischen und Reinigungsgewerbe. Im Nahrungsmittelgewerbe blieb die Beschäftigtenzahl mit + 0,1 % nahezu konstant. — Größer als im Gesamthandwerk war der Personalrückgang im Bau- und Ausbaugewerbe (– 7,8 %) und im Glas-, Papier-, keramischen und sonstigen Gewerbe (– 4,0 %), das nahezu das gleiche Ergebnis wie das Holzgewerbe aufwies (– 3,9 %). Günstiger als im Gesamthandwerk war die Situation im Bekleidungs-, Textil- und Ledergewerbe (– 2,7 %) und im Metallgewerbe (– 3,2 %).

■ Von den am 31. 12. 1985 in Nordrhein-Westfalen bestehenden 88 878 **Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbH)** verfügte gut ein Fünftel noch nicht über das gesetzlich vorgeschriebene Stammkapital von 50 000 DM. Diesen Gesellschaften droht von Amts wegen die Löschung im Handelsregister, wenn die Aufstockung auf das Mindestkapital nicht bis Ende 1985 beim Registergericht angemeldet wurde. Statistisch feststellbar ist dies jedoch erst im Laufe dieses Jahres, wenn die angemeldeten Eintragungen oder Löschungen durchgeführt worden sind. — Von den GmbHs waren weitere 53 % mit dem Mindeststammkapital ausgestattet, so daß insgesamt fast drei Viertel über ein Kapital von höchstens 50 000 DM verfügten. Diese geringe Kapitalbasis wirkte sich auch auf die hohe Fluktuation der Unternehmen dieser Rechtsform aus. 1985 standen den 8 786 Zugängen (darunter 8 509 Gründungen und Umwandlungen) 5 265 Abgänge gegenüber, von denen allein 4 717 auf Liquidations-Eröffnungen, Konkurse und sonstige Löschungen von Amts wegen entfielen.

Statistische Rundschau für das Land Nordrhein- Westfalen

38. Jahrgang
März 1986

ISSN 0177 – 6363

Erscheinungsfolge: monatlich.
Herausgeber: Landesamt für Datenverarbeitung und
Statistik Nordrhein-Westfalen.
Hauptschriftleiter: Dr. Walter Rauch, 4000 Düsseldorf 1.
Schriftleitung: Dipl.-oec. Udo Nockemann.
Jahresabonnement: 48,— DM,
Einzelheft: 5,— DM.
Bestellungen nehmen entgegen:
das Landesamt für Datenverarbeitung und
Statistik Nordrhein-Westfalen,
Postfach 1105, Mauerstraße 51, 4000 Düsseldorf 1,
Fernruf 4 49 71,
sowie der Buchhandel.
Nachdruck, auch auszugsweise,
nur mit Quellenangabe gestattet.

LDS-Bestell-Nr. Z 01 1 8603

Inhalt

- 141 Sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsfälle
nach Bruttojahresentgelt 1982
- 150 Die Investitionstätigkeit in den Betrieben des Bergbaus und
Verarbeitenden Gewerbes 1984
- 162 Wohngeldbezug und regionales Mietenniveau
– Ergebnisse aus der Wohngeldstatistik 1984 –

Rundblick

- 171 Betäubungsmittelkriminalität 1984
- 176 Viehhalter und Viehbestände am 3. 12. 1985

Tabellenteil

Zahlenspiegel

Zeichenerklärungen (nach DIN 55 301)

- 0 weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle,
jedoch mehr als nichts
- nichts vorhanden (genau null)
- . Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
- ... Zahlenwert lag bei Redaktionsschluß noch nicht vor
- () Aussagewert eingeschränkt, da der Wert Fehler aufweisen kann
- / keine Angabe, da Zahlenwert nicht sicher genug
- x Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- p vorläufige Zahl
- r berichtigte Zahl

Hinweis

Abweichungen in den Summen erklären sich aus dem Runden der Einzelwerte.

Zentrale Information und Beratung

Tel. (0211) 44 97 525

Sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsfälle nach Bruttojahresentgelt 1982

— Ergebnisse des Jahreszeitraummaterials —

Methodische Vorbemerkung

Das Jahreszeitraummaterial der Beschäftigten- und Entgeltstatistik enthält Angaben über sämtliche versicherungspflichtigen Arbeitsverhältnisse, die im Verlauf eines Jahres bestanden haben. Sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsfälle liegen vor, wenn es sich bei der Erwerbstätigkeit von Arbeitern, Angestellten und Auszubildenden nicht um eine sog. „geringfügige“ Beschäftigung handelt. Eine geringfügige Beschäftigung ist einerseits durch ihre Kurzfristigkeit, andererseits durch die Höhe ihrer Entlohnung definiert. Für das Jahr 1982 betrug die Entgeltgrenze 390 DM monatlich bei einer Erwerbstätigkeit, die regelmäßig weniger als 15 Wochenstunden ausgeübt wurde. Als kurzfristige Beschäftigung galt eine Tätigkeit dann, wenn sie auf die Dauer von 2 Monaten oder 50 Arbeitstage begrenzt war.

Die Tatbestände, die im Jahreszeitraummaterial nachgewiesen werden, ergeben sich aus den Vorschriften zur Durchführung des mit Wirkung vom 1. 1. 1973 eingeführten integrierten Meldeverfahrens zur Kranken-, Renten- und Arbeitslosenversicherung¹⁾. Es handelt sich dabei einerseits um demographische Merkmale (Geburtsjahr, Geschlecht, Staatsangehörigkeit), andererseits um erwerbsstatistische (Stellung im Beruf, Ausbildung, ausgeübter Beruf, Wirtschaftszweig, Arbeitsort) sowie versicherungsrechtlich relevante Angaben (Rentenversicherungsträger, Beschäftigungszeiten, Bruttoarbeitsentgelt). Das Datenmaterial ist daher geeignet, sowohl Aussagen über die Struktur der im Verlauf eines Jahres sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer als auch über die Höhe des von ihnen erzielten Entgeltes zu machen.

Neben der personenbezogenen Auswertung des Jahreszeitraummaterials ist auch die fallweise Betrachtung von Interesse. Die von den Arbeitgebern gemeldeten einzelnen Arbeitsverhältnisse sind eindeutig regional und wirtschaftssystematisch zuzuordnen, was im Rahmen des Personenkonzeptes bei Arbeitnehmern mit mehreren Beschäftigungen in unterschiedlichen Branchen und Arbeitsorten nicht möglich ist, es sei denn um den Preis der Doppelzählung und damit überhöhter Bestandszahlen. Da sich die nachfolgende Analyse insbesondere mit dem durchschnittlichen sozialversicherungspflichtigen Bruttojahresentgelt auf Kreisebene befaßt, wurde — im Gegensatz zu bisher veröffentlichtem Datenmaterial²⁾ — auf die Fallzählung zurückgegriffen.

**Eindeutige regionale und
wirtschaftssystematische
Zuordnung der Beschäftigungsfälle**

Im Hinblick auf die Höhe der ermittelten Durchschnittswerte des gezahlten Entgeltes ist zu berücksichtigen, daß das sozialversicherungspflichtige Bruttoarbeitsentgelt durch die Beitragsbemessungsgrenze beschränkt ist. Diese Grenze lag 1982 bei 56 400 DM in der Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten, bei 69 600 DM in der knappschaftlichen Rentenversicherung. Beschäftigungsfälle mit einem Entgelt, das über der Beitragsbemessungsgrenze liegt, werden nur mit diesem Grenzbetrag in die Ermittlung des Durchschnittswertes einbezogen. Dies führt dazu, daß die nachgewiesenen Entgelthöhen unter dem tatsächlich gezahlten Verdienst liegen, d. h. die berechneten Durchschnittsentgelte lediglich eine Untergrenze bilden.

1) Form und Inhalt der Meldungen werden seit 1981 in der zweiten Verordnung über die Erfassung von Daten für die Träger der Sozialversicherung und für die Bundesanstalt für Arbeit (zweite DEVO v. 29. Mai 1980, BGBl. I S. 593) und der zweiten Verordnung über die Datenübermittlung auf maschinell verwertbaren Datenträgern im Bereich der Sozialversicherung und der Bundesanstalt für Arbeit (zweite DÜVO v. 29. Mai 1980, BGBl. I S. 616) geregelt.

2) Vgl. „Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer nach Bruttojahresentgelt“, Statistische Rundschau, Heft 7/85.

Ergebnisse

Bruttojahresentgelt 1982

1982 wurden knapp 7 Mill. Beschäftigungsfälle in Nordrhein-Westfalen an die Sozialversicherungsträger gemeldet, davon waren knapp zwei Drittel (64,4 %) Arbeitsverhältnisse, die über das ganze Jahr 1982 hinweg andauerten. Den 7 Mill. Beschäftigungsfällen sind rd. 6,2 Mill. beschäftigte Personen zuzuordnen, d. h. ein Teil der Arbeitnehmer wies mehr als ein Arbeitsverhältnis im Jahr 1982 auf. So hatten 8,7 % der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zwei Beschäftigungsfälle, für 1,6 % wurden sogar 3 und mehr Arbeitsverhältnisse nachgewiesen.

Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Personen sowie Beschäftigungsfälle 1982				
Merkmal	Insgesamt	Davon mit ... Beschäftigungsfällen		
		1	2	3 und mehr
	Anzahl	%		
Beschäftigte Personen	6 206 605	89,7	8,7	1,6
Merkmal	Insgesamt	Darunter ganzjährig		
	Anzahl	%		
Beschäftigungsfälle	6 975 865	4 491 051	64,4	

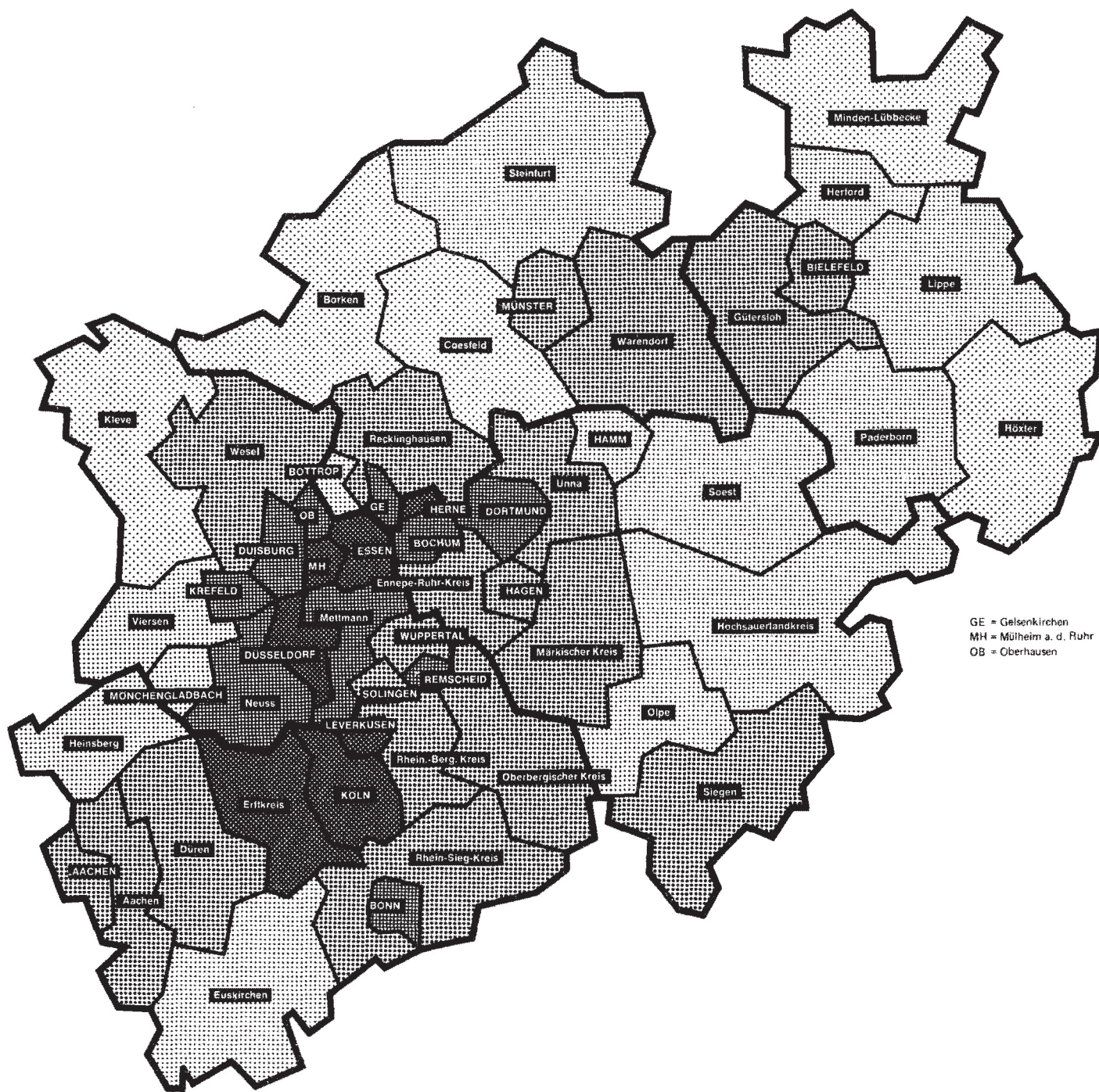
Durchschnittlich gezahltes
Bruttojahresentgelt: 33 116 DM

Die im folgenden gemachten Aussagen zum durchschnittlichen Bruttojahresentgelt beziehen sich stets auf die rd. 4,5 Mill. Beschäftigungsfälle in Nordrhein-Westfalen, für die als Beschäftigungsdauer das gesamte Jahr 1982 angegeben wurde. Das durchschnittlich gezahlte sozialversicherungspflichtige Bruttojahresentgelt für einen derartigen Beschäftigungsfall betrug 33 116 DM, 9,2 % mehr als noch 2 Jahre zuvor.

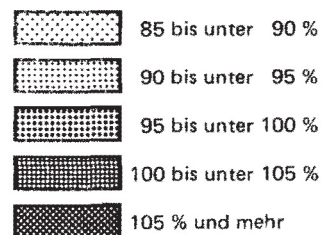
Diesem Durchschnittsbetrag liegen stark differierende Entgelthöhen in den verschiedenen Wirtschaftsabteilungen zugrunde. Mit 22 804 DM lag das durchschnittlich gezahlte Bruttojahresentgelt in der „Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei“ nur bei 68,9 % des „Insgesamt“-Wertes, andererseits wurde in der „Energiewirtschaft, Wasserversorgung, Bergbau“ mit 40 624 DM eine Quote von 122,7 % ermittelt³⁾. Dem Durchschnitt entsprachen die im „Baugewerbe“ (33 599 DM/101,5 %), bei „Verkehr und Nachrichtenübermittlung“ (32 869 DM/99,3 %) sowie den „Gebietskörperschaften, Sozialversicherungen“ (32 867 DM/99,2 %) gemeldeten Bruttojahresentgelte. Unterdurchschnittlich waren dagegen die sozialversicherungspflichtigen Entgelte außer in der schon erwähnten „Land- und Forstwirtschaft,

Durchschnittliches Bruttojahresentgelt je ganzjährigen Beschäftigungsfall 1980 und 1982 nach Wirtschaftsabteilungen					
Wirtschaftsabteilung	1980		1982		
	DM	in % des Landesdurchschnitts	DM	in % des Landesdurchschnitts	1980 = 100
Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung, Fischerei	21 353	70,4	22 804	68,9	106,8
Energiewirtschaft, Wasserversorgung, Bergbau	36 362	119,9	40 624	122,7	111,7
Verarbeitendes Gewerbe	32 328	106,7	35 290	106,6	109,2
Baugewerbe	30 816	101,6	33 599	101,5	109,0
Handel	25 301	83,4	27 917	84,3	110,3
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	30 430	100,3	32 869	99,3	108,0
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	33 292	109,7	36 521	110,3	109,7
Dienstleistungen ang.	26 685	88,0	29 220	88,2	109,5
Organisationen ohne Erwerbscharakter, private Haushalte	28 395	93,6	31 232	94,3	110,0
Gebietskörperschaften, Sozialversicherungen	30 322	100,0	32 867	99,2	108,4
Insgesamt	30 336	100	33 116	100	109,2

3) Bei der Interpretation dieses Wertes ist die höhere Beitragsbemessungsgrenze in der knapp-schaftlichen Rentenversicherung zu berücksichtigen.



Durchschnittliches Bruttojahresentgelt 1982
je ganzjährigen Beschäftigungsfall
in allen Wirtschaftsabteilungen



des Landesdurchschnitts

Tierhaltung und Fischerei" im „Handel“ (27 917 DM/84,3 %) und bei den „Dienstleistungen ang.“ (29 220 DM/88,2 %). Deutlich höhere Löhne und Gehälter wurden bei den „Kreditinstituten, Versicherungsgewerbe“ (36 521 DM/110,3 %) und im „Verarbeitenden Gewerbe“ (35 290 DM/106,6 %) gezahlt.

Neben den Unterschieden in der wirtschaftsfachlichen Gliederung spielt auch die regionale Komponente eine nicht unwesentliche Rolle: So lag 1982 das durchschnittliche Bruttojahresentgelt in den Kreisen und kreisfreien Städte Nordrhein-Westfalens zwischen 28 558 DM und 38 047 DM, d. h. zwischen 86,2 und 114,9 % des Landeswertes. Überdurchschnittlich hohe Werte wurden für die Ballungszentren an Rhein und Ruhr ermittelt, extrem niedrige Zahlen für die dünner besiedelten, eher ländlich strukturierten Kreise.

So wurde für die kreisfreien Städte Düsseldorf, Essen, Mülheim, Köln, Leverkusen und Herne sowie für den Erftkreis für das Jahr 1982 ein durchschnittliches Bruttojahresentgelt je ganzjährigen Beschäftigungsfall berechnet, das bei über 105 % des Landesdurchschnittes lag. Ebenfalls überdurchschnittlich – mit einem Plus von bis zu 5 % – waren die Werte für Duisburg, Krefeld, Oberhausen, Remscheid, Bonn, Gelsenkirchen, Bochum und Dortmund, außerdem für die Kreise Mettmann und Neuss. Für alle übrigen Kreise und kreisfreien Städte Nordrhein-Westfalens wurde 1982 ein unterdurchschnittliches Bruttojahresentgelt ermittelt. Besonders niedrig fielen die sozialversicherungspflichtigen Löhne und Gehälter in den Kreisen Kleve, Borken, Coesfeld, Minden-Lübbecke und Höxter aus: Sie lagen um mehr als 10 % unter dem Landeswert. Negative Abweichungen zwischen 5 und 10 % vom Landesdurchschnitt wurden ebenfalls überwiegend für Kreise nachgewiesen (Heinsberg, Viersen, Steinfurt, Herford, Lippe, Soest, Paderborn, Hochsauerlandkreis, Olpe, Euskirchen); lediglich drei kreisfreie Städte (Mönchengladbach, Bottrop, Hamm) wiesen ein ebenso niedriges durchschnittliches Bruttojahresentgelt auf.

Die wirtschaftsfachliche Untergliederung der Beschäftigungsfälle auf Kreisebene offenbart tiefergehende Differenzen. In der „Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung, Fischerei“ lagen die ermittelten Durchschnittsentgelte für Kreise und kreisfreie Städte zwischen 81,3 % und 140,7 % des entsprechenden Landeswertes. D. h. die Bandbreite zwischen dem höchsten und niedrigsten berechneten Bruttojahresentgelt je Beschäftigungsfall betrug rd. 60 %-Punkte, das sind absolut rd. 13 500 DM. Nun liegen derartigen Differenzen regionale Besonderheiten zugrunde, die mit der simplen Erklärung „in einem Kreis wird eben besser bezahlt als in einem anderen“ nur unzureichend erklärt werden. Einerseits spielt die Art der Arbeitsverhältnisse – Voll- oder Teilzeit – eine Rolle, andererseits sind die gezahlten Entgelte auch von der Berufsstruktur der Beschäftigten abhängig. Bei einem Versuchsgartenbau mit Agraringenieuren wird das durchschnittliche Bruttojahresentgelt deutlich höher ausfallen als bei „normalen“ Gartenbaubetrieben, deren Beschäftigte überwiegend Gartenarbeiter sind. Zusätzlich ist bei der herangezogenen, relativ groben wirtschaftsfachlichen Gliederung zu berücksichtigen, daß auch die regional unterschiedliche Branchenstruktur innerhalb einer Wirtschaftsabteilung Einfluß auf die Höhe des ermittelten Bruttojahres-

Tabellenteil: 1

Unterschiedlich hohes
Bruttojahresentgelt je nach
Wirtschaftsabteilung und Region

Durchschnittliches Bruttojahresentgelt je ganzjährigen Beschäftigungsfall 1982 nach Wirtschaftsabteilungen			
Wirtschaftsabteilung	Landes- durchschnitt DM	Niedrigster Wert	Höchster Wert
		auf Kreisebene	
		in % des Landesdurchschnittes	
Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung, Fischerei	22 804	81,3 (Herford)	140,7 (Leverkusen)
Energiewirtschaft, Wasserversorgung, Bergbau	40 624	87,4 (Hamm)	117,7 (Herne)
Verarbeitendes Gewerbe	35 290	86,2 (Höxter)	118,7 (Leverkusen)
Baugewerbe	33 599	84,0 (Höxter)	114,8 (Herne)
Handel	27 917	86,0 (Steinfurt)	123,7 (Düsseldorf)
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	32 869	88,9 (Hamm)	112,1 (Bottrop)
Kreditinstitute	36 521	86,0 (Unna)	108,9 (Köln)
Versicherungsgewerbe	29 220	83,1 (Heinsberg)	115,4 (Düsseldorf)
Dienstleistungen ang.			
Organisationen ohne Erwerbscharakter, private Haushalte	31 232	70,4 (Euskirchen)	118,5 (Düsseldorf)
Gebietskörperschaften, Sozialversicherungen	32 867	91,0 (Herford)	108,3 (Bonn)
Insgesamt	33 116	86,2 (Coesfeld)	114,9 (Leverkusen)

entgelt auf Kreisebene hat. So werden für Regionen mit Betrieben der „chemischen Industrie“ höhere Durchschnittsentgelte für das „Verarbeitende Gewerbe“ zu erwarten sein als in regionalen Einheiten ohne derartige Arbeitgeber.

Der größte Differenzbetrag zwischen höchstem und niedrigstem ermittelten Bruttojahresentgelt trat bei den „Organisationen ohne Erwerbscharakter, private Haushalte“ auf: Rd. 15 000 DM lagen zwischen dem Durchschnittswert für den Kreis Euskirchen und dem der Stadt Düsseldorf. Bei 70,4 % bzw. 118,5 % vom Landesdurchschnitt war der Abstand, nach Prozentpunkten gemessen, zwar deutlich geringer als im oben beschriebenen Fall der „Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung, Fischerei“, die Bandbreite bei den Absolutwerten jedoch infolge des höheren DM-Betrages beim Landesdurchschnitt größer.

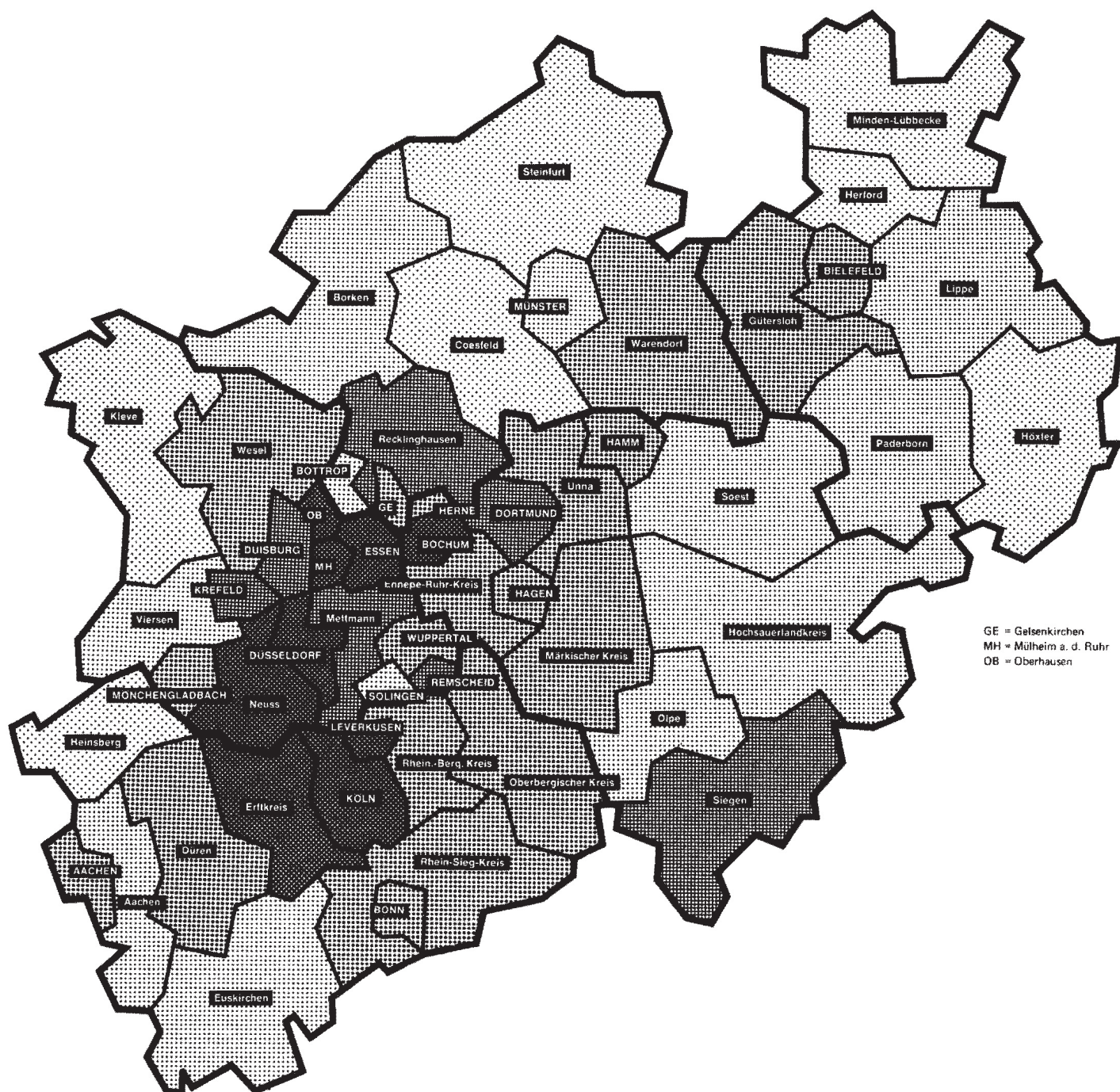
Selbst in der Wirtschaftsabteilung mit der geringsten Spannweite, den „Gebietskörperschaften, Sozialversicherungen“, in der die Durchschnittsentgelte auf Kreisebene zwischen 91 und 108,3 % des Landeswertes lagen, erreichte der Differenzbetrag eine Höhe von knapp 5 700 DM. Die Unterschiede bei den durchschnittlichen Bruttojahresverdiensten für das Jahr 1982 in den übrigen Wirtschaftsabteilungen waren durchweg größer: Für „Verkehr und Nachrichtenübermittlung“ ergab sich ein Wert von rd. 7 600 DM für die Spanne zwischen 88,9 und 112,1 % des Landesdurchschnitts, bei den „Kreditinstituten, Versicherungsgewerbe“ lagen zwischen 86 und 108,9 % rd. 8 400 DM. In den „Dienstleistungen, anderweitig nicht genannt“, entsprach die Bandbreite auf Kreisebene, die hier von 83,1 % des Landeswertes bis zu 115,4 % reichte, einem Differenzbetrag von rd. 9 400 DM.

Noch deutlicher fielen die regionalen Unterschiede im „Baugewerbe“ und im „Handel“ sowie im „Verarbeitenden Gewerbe“ und der „Energiewirtschaft, Wasserversorgung, Bergbau“ aus. Um mehr als 10 000 DM wichen die Durchschnittsentgelte je ganzjährigen Beschäftigungsfall in den Kreisen und kreisfreien Städten Nordrhein-Westfalens voneinander ab. So lag im „Baugewerbe“ der niedrigste berechnete Wert bei 84 % des Landesdurchschnitts, der höchste bei 114,8 % – dazwischen rd. 10 400 DM. Ähnliches galt für den „Handel“: 86 % im Kreis Steinfurt gegenüber 123,7 % in der Landeshauptstadt Düsseldorf, Differenzbetrag rd. 10 500 DM. Bis zu einem knappen Drittel (32,5 %-Punkte oder 11 500 DM) kann sich das sozialversicherungspflichtige Bruttojahresentgelt im „Verarbeitenden Gewerbe“ unterscheiden, je nachdem, in welcher Verwaltungseinheit es ermittelt wurde. Nahezu ebenso groß war die Spannweite in der „Energiewirtschaft, Wasserversorgung, Bergbau“, in der – gemessen am Landesdurchschnitt – die Quote von 87,4 bis 117,7 % reicht; der Differenzbetrag war mit rd. 12 300 DM der dritthöchste.

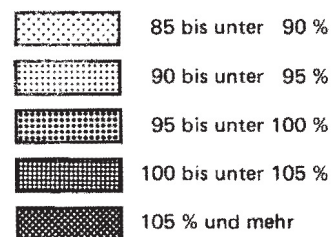
Regionale Unterschiede innerhalb der Wirtschaftsabteilungen gravierend

Für die beiden wichtigsten Wirtschaftsabteilungen, das „Verarbeitende Gewerbe“ und die „Dienstleistungen ang.“, denen mehr als die Hälfte (57,8 %) aller ganzjährigen Beschäftigungsfälle des Jahres 1982 zuzuordnen waren, sollen neben der globalen Beschreibung der Bandbreite bezüglich des durchschnittlichen Bruttojahresentgeltes auf Kreisebene auch die entsprechende Klassifizierung der Verwaltungseinheiten vorgenommen werden, da dies die regionalen Unterschiede besonders deutlich werden läßt.

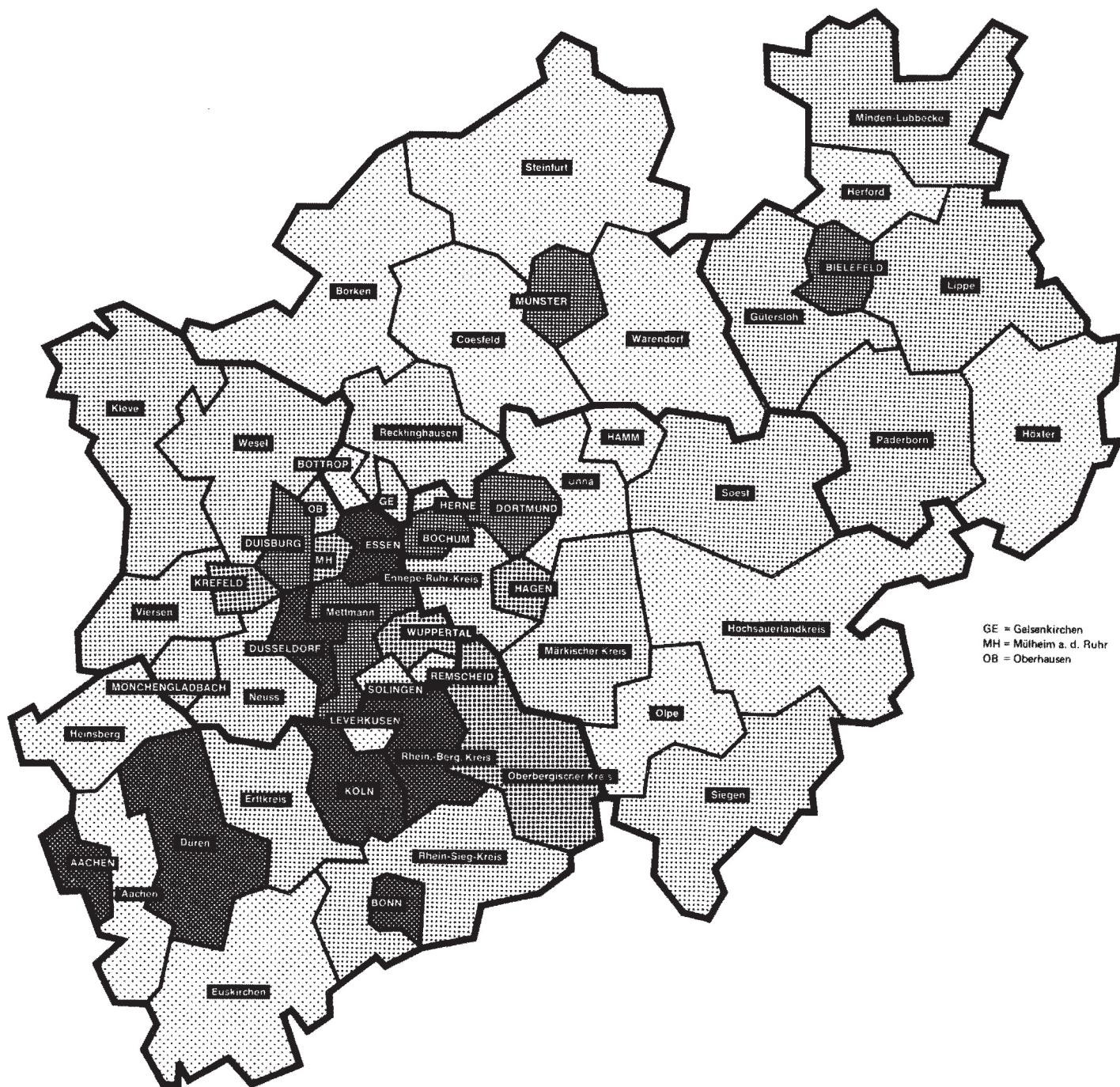
Im „Verarbeitenden Gewerbe“ lagen die Durchschnittsentgelte für das Jahr 1982 in den kreisfreien Städten Düsseldorf, Essen, Mülheim, Oberhausen, Köln, Leverkusen und Bochum sowie im Kreis Neuss und dem Erftkreis um 5 % und mehr über dem Landeswert. Bei den „Dienstleistungen ang.“ galt dies ebenfalls für die Städte Düsseldorf, Essen und Köln, außerdem für Bonn und Aachen, ferner für den Rheinisch-Bergischen Kreis und den Kreis Düren. Auch bei den Regionaleinheiten, für die das sozialversicherungspflichtige Bruttojahresentgelt 100 bis unter 105 % des Durchschnittswertes auf Landesebene erreichte, war ein Teil in beiden Wirtschaftsabteilungen identisch, und zwar die kreisfreien Städte Duisburg und Dortmund sowie der Kreis Mettmann. Zusätzlich fielen in diese Gruppe beim „Verarbeitenden Gewerbe“ Krefeld und die Kreise Recklinghausen und Siegen-Wittgenstein, bei den „Dienstleistungen ang.“ waren es die kreisfreien Städte Münster und Bielefeld. Mit 95 bis unter 100 % des Landeswertes leicht unterdurchschnittlich fiel das ermittelte Bruttojahresentgelt im „Verarbeitenden Gewerbe“ in folgenden Verwaltungseinheiten aus: Mönchengladbach, Wuppertal, Bonn, Aachen, Gelsenkirchen, Bielefeld, Hagen, Hamm, Herne, den Kreisen Wesel, Düren, Oberbergischer Kreis, Rheinisch-Bergischer Kreis, Rhein-Sieg-Kreis, Warendorf, Gütersloh, Ennepe-Ruhr-Kreis, Märkischer Kreis und Unna. Bei den „Dienstleistungen ang.“ gehörten in die-



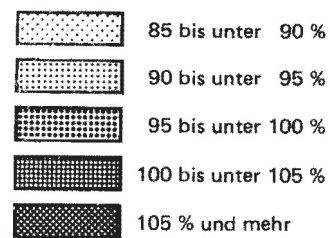
Durchschnittliches Bruttojahresentgelt 1982
je ganzjährigen Beschäftigungsfall
in der Wirtschaftsabteilung „Verarbeitendes Gewerbe“



des Landesdurchschnitts



Durchschnittliches Bruttojahresentgelt 1982
je ganzjährigen Beschäftigungsfall
in der Wirtschaftsabteilung „Dienstleistungen“



des Landesdurchschnitts

se Kategorie lediglich Krefeld, Mülheim, Wuppertal und Hagen sowie der Oberbergische Kreis. Hier waren demzufolge die nächsten beiden Klassen — 90 bis unter 95 % bzw. 85 bis unter 90 % — deutlich stärker besetzt. Übereinstimmung in der Zuordnung bestand nur für die Kreise Viersen, Lippe, Soest und Paderborn sowie die Stadt Solingen mit einer Quote von 90 bis unter 95 % sowohl im „Verarbeitenden Gewerbe“ als auch bei den „Dienstleistungen ang.“, außerdem bei den Kreisen Heinsberg, Coesfeld, Steinfurt, Herford und Höxter, die jeweils auf nur maximal 90 % des Landesdurchschnittswertes kamen.

Im „Verarbeitenden Gewerbe“ zählten zu der Klasse derjenigen Kreise und kreisfreie Städte, für die ein sozialversicherungspflichtiges Bruttojahresentgelt von 90 bis unter 95 % des entsprechenden Landesdurchschnitts ermittelt wurde, neben den bereits genannten die Kreise Aachen, Euskirchen, Borken, der Hochsauerlandkreis und der Kreis Olpe sowie die Städte Bottrop und Münster. In der Wirtschaftsabteilung „Dienstleistungen ang.“ gehörten in diese Kategorie weiterhin die Kreise Kleve, Neuss, Wesel, der Erftkreis, Recklinghausen, Gütersloh, Minden-Lübbecke, der Ennepe-Ruhr-Kreis, der Märkische Kreis, schließlich die kreisfreien Städte Oberhausen, Remscheid, Solingen, Gelsenkirchen und Herne. Mit einer Quote von weniger als 90 % deutlich unter dem Landeswert lagen die Durchschnittsentgelte je Beschäftigungsfall des Jahres 1982 im „Verarbeitenden Gewerbe“ zusätzlich in den Kreisen Kleve und Minden-Lübbecke, bei den „Dienstleistungen ang.“ in den Kreisen Aachen, Euskirchen, Borken, Warendorf, dem Hochsauerlandkreis, den Kreisen Olpe und Unna sowie den kreisfreien Städten Leverkusen, Bottrop und Hamm.

Insgesamt lagen im „Verarbeitenden Gewerbe“ die durchschnittlich gezahlten Bruttojahresentgelte je ganzjährigen Beschäftigungsfall in 16 Kreisen und kreisfreien Städten über dem Landesdurchschnitt, bei den „Dienstleistungen ang.“ waren es 13 der 54 Regionaleinheiten. Weniger als 90 % des NRW-Wertes wurden im „Verarbeitenden Gewerbe“ lediglich in 7 Fällen, bei den „Dienstleistungen ang.“ dagegen in 15 Gebietskörperschaften ermittelt.

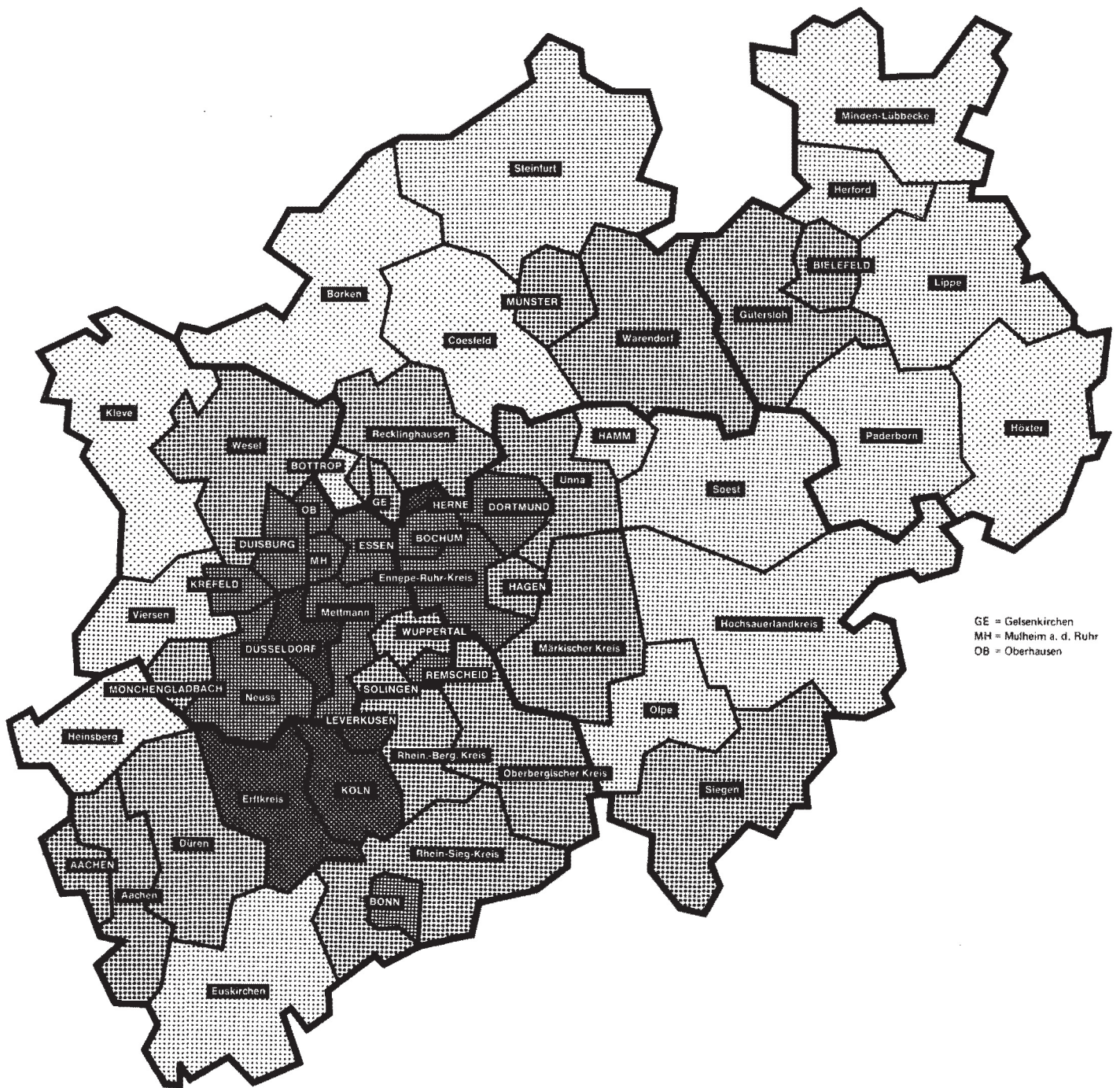
Entwicklung seit 1980

Bei der Betrachtung der Entwicklung des sozialversicherungspflichtigen Bruttojahresentgeltes ist die Veränderung der Beitragsbemessungsgrenze von Bedeutung: 1980 lag dieser Wert für die Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten bei 50 400 DM, in der knappschaftlichen Rentenversicherung bei 61 200 DM. D. h. die Obergrenze für die Verdienste, für die Sozialabgaben entrichtet werden müssen, stieg um 11,9 % bzw. 13,7 % von 1980 bis 1982. Das durchschnittlich gezahlte Entgelt je ganzjährigen Beschäftigungsfall hingegen erhöhte sich lediglich um 9,2 % von 30 336 DM auf 33 116 DM. Damit sank der Anteil des Bruttojahresentgeltes an der Beitragsbemessungsgrenze von 60,2 % 1980 auf 58,7 % 1982.

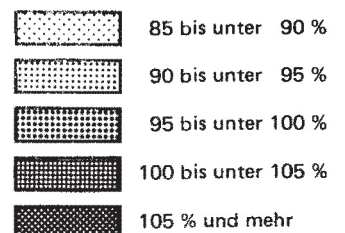
In der wirtschaftsfachlichen Gliederung wird deutlich, daß sich die Löhne und Gehälter in sehr unterschiedlichem Ausmaß veränderten. Etwa durchschnittlich fielen die Steigerungsraten im „Verarbeitenden Gewerbe“, im „Baugewerbe“, bei den „Kreditinstituten, Versicherungsgewerbe“ sowie bei den „Dienstleistungen ang.“ aus. Überdurchschnittliche Werte wurden in der „Energiewirtschaft, Wasserversorgung, Bergbau“, im „Handel“ und den „Organisationen ohne Erwerbscharakter, private Haushalte“ ermittelt. Mit einer Zuwachsrate von nur 6,8 % lag die Veränderung in der „Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung, Fischerei“ erheblich unter dem „Insgesamt“-Wert. Ebenfalls deutlich darunter blieb die Entwicklung im „Verkehr, Nachrichtenübermittlung“ und bei den „Gebietskörperschaften, Sozialversicherungen“ (+ 8 bzw. + 8,4 %).

Die unterdurchschnittlichen Veränderungsraten führten dazu, daß sich der Anteil des durchschnittlich gezahlten Bruttojahresentgeltes je ganzjährigen Beschäftigungsfall in den genannten Wirtschaftsabteilungen, gemessen am Landesdurchschnitt, verringerte. Für die „Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung, Fischerei“ bedeutet dies, daß der schon 1980 extrem niedrig liegende Wert von 70,4 % 1982 weiter auf 68,9 % absank. D. h. für den ganzjährigen Beschäftigungsfall wurden in Betrieben dieser Branchen nur wenig mehr als zwei Drittel des durchschnittlichen Entgeltes in allen Wirtschaftsabteilungen gezahlt, zusätzlich verschlechterte sich die Situation von 1980 auf 1982 weiter. Auch im „Verkehr, Nachrichtenübermittlung“ und bei den „Gebietskörper-

Unterschiedliche Entwicklung in den Wirtschaftsabteilungen



Durchschnittliches Jahresentgelt 1980
je ganzjährigen Beschäftigungsfall
in allen Wirtschaftsabteilungen



des Landesdurchschnitts

schaften, Sozialversicherungen" war ein Rückgang zu verzeichnen, doch fiel er einerseits nicht so gravierend aus, andererseits lagen die Durchschnittswerte hier näher am Landeswert, so daß die Konstellation für die Betroffenen insgesamt weniger ungünstig war.

Die regionalen Unterschiede sind im wesentlichen zeitunabhängig. Die bereits für das Jahr 1982 beschriebenen Differenzen beim durchschnittlichen Bruttojahresentgelt auf Kreisebene bestanden auch schon im Jahre 1980, sie hatten auch die gleiche Größenordnung. So lag 1980 das Durchschnittsentgelt für den ganzjährigen Beschäftigungsfall in den nordrhein-westfälischen Kreisen und kreisfreien Städten zwischen 86,4 und 114,9 % des Landeswertes; die Vergleichszahlen für 1982 lauteten: 86,2 bzw. 114,9 %.

Selbst die Klassifizierung der Verwaltungseinheiten fällt nahezu identisch aus, die wenigen Veränderungen sind auf nur geringfügige Verschiebungen an den Klassengrenzen zurückzuführen. Es zeigt sich somit, daß regionale Disparitäten sich — wenn überhaupt — nur langfristig verändern und die „Benachteiligungen“ bestimmter Gebiete bezüglich des Verdienstniveaus relativ konstant sind.

Ausblick

Nachdem neben den ersten Ergebnisdarstellungen im Rahmen des Personenkonzepts nunmehr Angaben über das sozialversicherungspflichtige Entgelt in wirtschaftsfachlicher Gliederung auf regionaler Ebene vorliegen, soll in weiteren Auswertungen des Jahreszeitraummaterials insbesondere der Einfluß der beruflichen Gliederung der beschäftigten Personen bzw. bei den Beschäftigungsfällen auf das durchschnittliche Bruttojahresentgelt untersucht werden. Inwieweit hier die Analyse auf Kreisebene zu weiteren Aufschlüssen über regionale Unterschiede führt, bleibt abzuwarten. Es ist jedoch zu vermuten, daß insbesondere bei den Berufen, die eine einheitliche (formale) Qualifikation voraussetzen, die Differenzen relativ gering ausfallen.

Dipl.-Volksw. Arend Steenken

Die Investitionstätigkeit in den Betrieben des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes 1984

Vorbemerkung

In allen Volkswirtschaften umfassen Investitionen einen geringeren Anteil an der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage als privater und staatlicher Konsum. Sie sind jedoch deshalb von besonderem Interesse, weil sie stärker als die Konsumaktivitäten schwanken. Aus volkswirtschaftlicher Sicht bedeutet „investieren“ eine Substitution gegenwärtigen Konsums durch zukünftigen Konsum, d. h. in der Gegenwart wird zugunsten der Zukunft auf Güter für den Verbrauch verzichtet. Der Einsatz der Produktionsfaktoren erfolgt also zur Erhaltung, Erweiterung oder Verbesserung des Produktionsmittelbestandes außerhalb des Bereichs der privaten Haushalte mit dem Ziel einer besseren zukünftigen Güterversorgung.

Die gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen der Investitionstätigkeit sind vor allem erkennbar in dem Einfluß, den sie auf die Einkommensverteilung, den Konjunkturverlauf sowie den Wachstumsprozeß ausüben. Das wird besonders deutlich an den Anlageinvestitionen, welche nicht nur ebenso wie die anderen Nachfragekomponenten — privater und staatlicher Konsum, Export — einen Einkommens- und Beschäftigungseffekt haben, sondern zusätzlich auch einen Kapazitätseffekt auslösen, indem sie die

Tabellenteil: 2

Regionale Unterschiede
zeitlich konstant

Ökonomische Bedeutung
der Investitionen

volkswirtschaftlichen Produktionsmöglichkeiten erhöhen. Wegen dieser Bedeutung für das wirtschaftliche Geschehen wird die private Investitionstätigkeit von den wirtschaftspolitischen Entscheidungsträgern besonders sorgfältig beobachtet. Denn es gilt nicht nur den ökonomischen Wachstumsprozeß in quantitativ wie qualitativ befriedigendem Maße zu verstetigen, sondern auch unerwünschte konjunkturelle Schwankungen zu nivellieren. Ganz abgesehen von der ordnungspolitischen Frage, ob und in welchem Umfang eine Steuerung bzw. Lenkung der Investitionen zulässig ist oder erfolgen kann.¹⁾

Ökonomisch wird zwischen Ersatz-, Netto- und den sich aus der Addition der beiden ergebenden Bruttoinvestitionen unterschieden. Die Ersatzinvestitionen erfolgen zur Erhaltung des Produktionsmittelbestandes, während die Nettoinvestitionen diesen erweitern oder verbessern sollen. Dabei kann es sich um Anlageinvestitionen, d. h. Veränderungen der Anlagen, oder Vorratsinvestitionen, d. h. Veränderungen der Bestände an Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen bzw. an Fertigerzeugnissen, handeln. Wie bereits erwähnt, schwankt die Nachfrage nach Investitionsgütern stärker als die nach Konsumgütern. Schwankungen des Sozialprodukts resultieren also vor allem aus Investitionsschwankungen.

Konjunkturelle Ausschläge werden meist mit Veränderungen in der Lager- und Vorratshaltung erklärt, während Anlageinvestitionen in der Form von Bauten und Ausrüstungen für das wirtschaftliche Wachstum bedeutungsvoll sind. Die konjunkturellen wie auch die Wachstumsaspekte sind wirtschaftspolitisch gesehen gleichermaßen wichtig. Konjunkturell soll gegengesteuert werden, indem beispielsweise ein rezessionsbedingter Nachfragemangel durch Ankurbelung der Investition abgebaut werden soll. Dabei wird auf eine kombinierte Multiplikator-/Akzeleratorwirkung gesetzt, daß eine erhöhte Investition Einkommens- und Beschäftigungssteigerungen bewirkt, welche ihrerseits wiederum Konsumerhöhungen mit daraus resultierenden erneuten Einkommens- und Beschäftigungssteigerungen wie auch Investitionssteigerungen auslösen. Ergänzend zu diesem Einkommenseffekt soll aus wachstumspolitischer Sicht ein möglichst hoher Kapazitätseffekt herbeigeführt werden. Denn die langfristige wirtschaftliche Entwicklung verläuft nur dann störungsfrei, wenn der aus den zusätzlichen Einkommen resultierenden erhöhten Nachfrage ein aufgrund der gestiegenen Produktionskapazitäten ebenfalls erhöhtes Angebot gegenübergestellt werden kann.

**Kombinierte
Multiplikator-/Akzeleratorwirkung**

Erhebungsmethodik

Die nachfolgend dargestellten Ergebnisse²⁾ sind im Rahmen der Investitionserhebung für das Jahr 1984 gewonnen worden. Sie beziehen sich auf die nordrhein-westfälischen Betriebe des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes von Unternehmen des Produzierenden Gewerbes mit 20 Beschäftigten und mehr sowie auf die ebenfalls in Nordrhein-Westfalen gelegenen Betriebe des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes mit 20 Beschäftigten und mehr von Unternehmen der übrigen Wirtschaftsbereiche. In tiefer Aufgliederung werden dabei die Merkmale Investitionen (einschließlich Umweltschutzinvestitionen), Aufwendungen für gemietete und gepachtete Sachanlagen sowie Material- und Warenbestände erfaßt. Die Angaben der Betriebe über ihre Beschäftigten — Stand: Ende September — und Umsätze — zur Jahressumme kumulierte Ergebnisse — werden im Rahmen der monatlichen Berichterstattung gewonnen und können über die Kartei im Produzierenden Gewerbe betriebsweise den Daten der Investitionserhebung zugesteuert werden. Für die Berichtspflichtigen bedeutet es eine nicht unerhebliche Entlastung, wenn die jährliche Befragung nach Beschäftigten und Umsätzen unterbleiben kann. Gegenüber den Ergebnissen des Monatsberichts gibt es insofern bei den Beschäftigten und Umsätzen Abweichungen, als die laufende monatliche Berichterstattung in der Wirtschaftsgruppe Gewinnung von Steinen und Erden sowie dem Ernährungsgewerbe teilweise auch Wirtschaftszweige mit weniger als 20 Beschäftigten einbezieht, um so den konjunkturellen Verlauf besser darstellen zu können. Darüber hinaus sind Abweichungen darauf zurückzuführen, daß der Berichtskreis des Monatsberichts bereits zu Beginn des Berichtsjahres festgelegt wird, derjenige der Investitionserhebung hingegen sich aus dem Stand Ende September des Berichtsjahres ergibt.

Betriebsergebnisse

1. Vgl. Jürgen Kromphardt, Investitionen (I: Volkswirtschaftliche), in: Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaft, Band IV, Stuttgart/Tübingen/Göttingen 1978 S. 246 ff.
2. Neben dieser Darstellung ausgewählter Ergebnisse werden in kurze Betriebs- und Unternehmensergebnisse in wirtschaftssystematischer und regionaler Gliederung für das Jahr 1984 veröffentlicht. Vgl. dazu: Statistische Berichte, Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe in Nordrhein-Westfalen 1984, Unternehmens- und Betriebsergebnisse — Investitionen, Lagerbestände, Leasing, Hrsg. Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen.

Unternehmensergebnisse

Die sektorale Abgrenzung der Ergebnisse folgt der „Systematik der Wirtschaftszweige, Fassung für die Statistik im Produzierenden Gewerbe (SYPRO)“. Es sei nochmals betont, daß sich die Daten auf Betriebe – also örtliche Einheiten – beziehen. Für auf das Land Nordrhein-Westfalen bezogene regional- oder strukturpolitischen Analysen, Entscheidungen oder Prognosen sind betriebsbezogene Daten nicht nur ausreichend, sondern vielfach auch aussagekräftiger. Sollen die Landesgrenzen überschreitende Beziehungen und Zusammenhänge untersucht bzw. dargestellt werden, ist es empfehlenswert, neben den Betriebsergebnissen auch Unternehmensergebnisse einzubeziehen. Der Unterschied zwischen beiden ist darin zu sehen, daß in den Unternehmensangaben, welche sich auf die kleinste rechtlich selbständige Einheit beziehen, auch die Investitionen der nordrhein-westfälischen Unternehmen in ihren außerhalb des Landes gelegenen Betrieben enthalten sind. Umgekehrt fehlen in den nordrhein-westfälischen Unternehmensergebnissen die Investitionen der nicht-nordrhein-westfälischen Unternehmen in denjenigen ihrer Betriebe, welche sich auf nordrhein-westfälischem Gebiet befinden. Um diese unterschiedliche Darstellungsmöglichkeit bewerkstelligen zu können, ist jedoch ein umfangreicher Datenaustausch zwischen den beteiligten Bundesländern erforderlich.

Investitionstätigkeit 1984

Der gesamtwirtschaftliche Erholungsprozeß der nordrhein-westfälischen Konjunktur machte im Jahre 1984 erfreuliche Fortschritte.³⁾ Angetrieben wurde diese Entwicklung durch die Exporte und die private Investitionstätigkeit. Zum Jahresbeginn war der Aufschwung spürbarer geworden, weil eine lebhaft exportkonjunktur eingesetzt hatte. Die von vielen nicht erwartete Entwicklung der Ausfuhren wurde durch die Wirtschaftsbelebung in den westlichen Industrieländern begünstigt. In Verbindung mit der verhältnismäßig niedrig bewerteten D-Mark erfuhr die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der nordrhein-westfälischen Industrie im Dollarraum eine zusätzliche Verbesserung. Konjunkturstützend wirkte daneben die günstige Entwicklung bei den Ausrüstungsinvestitionen. Vielfach scheinen Investitionsprojekte wieder als rentabel angesehen worden zu sein, die zuvor wegen mangelnder Renditeaussichten nicht durchgeführt worden waren. Damit schritt die Modernisierung des Produktionsapparates voran.

Tabellenteil: 4

Insgesamt beliefen sich die finanziellen Aufwendungen der nordrhein-westfälischen Betriebe des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes für bebaute und unbebaute Grundstücke sowie für Maschinen und maschinelle Anlagen im Jahre 1984 auf 15,4 Mrd. DM, wobei der Hauptanteil in Höhe von 12,7 Mrd. DM bzw. 82,7 % auf maschinelle Ausrüstungen entfiel. Jeweils ein gutes Drittel der Anlageinvestitionen umfaßten mit 5,2 bzw. 5,3 Mrd. DM das Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe sowie das Investitionsgüter produzierende Gewerbe. Weit dahinter zurück folgten mit Beträgen von 2,0 bzw. 1,8 Mrd. DM das Verbrauchsgüter produzierende Gewerbe und der Bergbau. Ihre Anteile an den gesamten Investitionen lagen bei 13,1 bzw. 11,6 %. Ihr niedrigstes Volumen erreichten die Investitionen mit 1,1 Mrd. DM im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe. Unabhängig vom erreichten absoluten Wert war in allen Hauptgruppen die Struktur der Investitionen ziemlich einheitlich. Der größte Anteil entfiel jeweils auf Maschinen und maschinelle Anlagen, Werkzeuge sowie Betriebs- und Geschäftsausstattungen. Allerdings betrug die Spannweite mehr als 10 Punkte, wobei der niedrigste Wert mit 74,0 % auf den Bergbau entfiel. Im Investitionsgüterbereich erreichte dieser Anteilswert mit 85,0 % sein Maximum. Für Gebäude und bebaute Grundstücke wurden zwischen 12,7 % (im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe) und 21,0 % (im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe) der Investitionssumme verausgabt. Im Landesdurchschnitt gelangte dieser Koeffizient auf 14,8 %. Der Bedarf an unbebauten Grundstücken blieb demgegenüber bis auf den Bergbau, wo ein Anteil von 10,0 % ermittelt wurde, verhältnismäßig gering. Im Investitions- und im Verbrauchsgütersektor wurden Werte von lediglich 0,6 bzw. 0,7 % ausgewiesen.

Eigentümer- oder Benutzerkonzept

Die dargestellten Ergebnisse beinhalten die Investitionen der Betriebe des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes. Das statistische Ausgangsmaterial beruht dabei auf dem Aktivierungs- bzw. Eigentümerkonzept. Der bislang auf Grund der gesetzlichen Ausgangslage nicht mögliche Übergang auf das Nutzungs- bzw. Benutzerkonzept würde demgegenüber eine wichtige Erweiterung bedeuten. Denn er erlaubt die Darstellung der Investitionen im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe. Die Entwicklung

3. Vgl. dazu: Entwicklungen in Nordrhein-Westfalen im Jahre 1984, Hrsg. Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen.

Anteile der Wirtschaftsbereiche an den Bruttoanlageinvestitionen*) aller Wirtschaftsbereiche 1981 und 1982		
Wirtschaftsbereich	1981	1982
	%	
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1,3	1,3
Energiewirtschaft	6,7	6,7
Bergbau	2,3	3,2
Verarbeitendes Gewerbe	18,3	18,0
Baugewerbe	1,6	1,1
Handel	5,2	5,3
Verkehr und Nachrichten- übermittlung	9,3	8,7
Dienstleistungsunternehmen	39,9	41,3
Staat einschl. privater Organi- sationen ohne Erwerbscharakter	15,4	14,4
Insgesamt	100	100

*) Quelle: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung

der Aufwendungen für gemietete und gepachtete Sachanlagen, die in einem späteren Abschnitt behandelt wird, läßt erkennen, daß zunehmend an Stelle einer Investition die benötigten Sachanlagen vom Hersteller bzw. einer rechtlich selbständigen Besitzgesellschaft geleast werden.

Eine Aufgliederung nach Wirtschaftsbereichen ermöglicht Hinweise auf die künftige Entwicklung der volkswirtschaftlichen Produktionsstruktur. Die letzten aus der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung vorliegenden Daten über die Anteile der einzelnen Wirtschaftsbereiche an den gesamten Bruttoanlageinvestitionen für das Jahr 1982 beliefen sich für das Verarbeitende Gewerbe auf 18,0 %. Es erreichte damit vor dem Staat einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbscharakter (14,4 %) zwar den zweithöchsten Anteil, aber noch nicht einmal die Hälfte des Anteils der Dienstleistungsunternehmen, welche mit 41,3 % weit vorn rangierten. Das Vordringen von Dienstleistungen, unter die in der Regel auch die Betätigung von Besitzgesellschaften und Leasinggesellschaften fällt, ist nicht nur im sektoralen Strukturwandel zu erkennen.⁴⁾ Besonders deutlich wird dieser Zusammenhang auf der Ebene der Produktionsprozesse, die sich zunehmend rechtlich verselbständigen.⁵⁾ Während die Zahl der Beschäftigten, die Dienstleistungen erbringen, ständig steigt, sinkt die Zahl der in der Fertigung beschäftigten Personen. Insbesondere innerhalb des Verarbeitenden Gewerbe findet sich ein Anstieg bei den produktionsorientierten Diensten im technischen und im Verwaltungsbereich. Einen Hinweis auf den wachsenden Stellenwert produktionsorientierter Dienstleistungen ermöglicht der Vergleich der Anteile einzelner Wirtschaftsbereiche an den Bruttoanlageinvestitionen des Jahres 1982 mit denen von 1981. Während sich für das Verarbeitende Gewerbe eine Verringerung von 18,3 auf 18,0 % einstellte, erfuhren die Dienstleistungsunternehmen eine Erhöhung von 1,4 Punkten auf 41,3 %. Es ist zu vermuten, daß sich die Schere zwischen diesen beiden Wirtschaftsbereichen in den nachfolgenden Jahren noch weiter geöffnet hat.

**Zunehmende Bedeutung
des tertiären Sektors**

Zeitliche Entwicklung der Investitionstätigkeit

Der Vergleich der Investitionstätigkeit des Jahres 1984 mit der des Vorjahres sowie derjenigen des Jahres 1978 ergibt kein einheitliches Bild. Gegenüber 1978 wuchsen die Anlageinvestitionen um 30,8 %, waren im Vergleich mit 1983 aber wieder um 7,0 % rückläufig.

Dieser im Vorjahresvergleich negative Wert bedarf jedoch einer näheren Interpretation, da in ihm ein gewisser Basiseffekt enthalten ist. Nach der Zurückhaltung in den vorhergehenden Jahren nahm die Investitionstätigkeit 1983 wieder deutlich zu.⁶⁾ Bei der Beurteilung dieser Steigerung der Investitionsausgaben muß aber berücksichtigt werden, daß die Bundesregierung im Februar 1982 zur Belebung der Investitionsbereitschaft eine zeitlich befristete Investitionszulage in Höhe von 10 % der Anschaf-

Tabellenteil: 3

4. Vgl. dazu: Produktionsorientierte Dienste — Gewinner im wirtschaftlichen Strukturwandel, in: Wochenbericht des DIW, Nr. 16/1985, S. 202 ff.
5. Vgl. Wolfgang Strohm, Probleme in Verbindung mit der rechtlichen Verselbständigung von Teilen des sogenannten Funktionsbündels der wirtschaftenden Einheiten, in: Wirtschaft und Statistik, Heft 7/1985, S. 545 ff.
6. Vgl. Alfred Hullmann, Die Investitionstätigkeit im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe 1982 und 1983, in: Statistische Rundschau für das Land Nordrhein-Westfalen, Heft 4/1985, S. 225.

Unterschiedliches Ausmaß der Faktorsubstitution

fungskosten von Wirtschaftsgütern des betrieblichen Anlagevermögens und von Betriebsgebäuden beschlossen hatte. Daher liegt die Annahme nahe, daß wegen des Fristablaufs der Investitionszulage zum Ende des Jahres 1983 Investitionen vorgezogen wurden und so das Ergebnis dieses Jahres stark positiv und das für 1984 negativ beeinflussen.

Werden in den Vergleich auch die Beschäftigten und die Umsätze einbezogen, ergibt sich eine gegenläufige Entwicklung. Die Zahl der tätigen Personen verringerte sich im Zeitablauf von 2,25 Mill. (1978) über 1,98 Mill. (1983) auf 1,95 Mill. im Jahre 1984. Hier dürften sich sowohl strukturelle wie auch konjunkturelle Ursachen ausgewirkt haben. Natürlich erfährt diese Aussage eine Relativierung, wenn von der Gesamtbeurteilung übergewechselt wird zu einer wirtschaftszweigbezogenen Analyse. Denn in den einzelnen Wirtschaftszweigen vollzogen sich die Substitution des Produktionsfaktors Arbeit durch den Produktionsfaktor Kapital und auch die Anpassung an Beschäftigungskrisen in höchst unterschiedlichem Maße. Beispielhaft sei nur auf die eisenschaffende Industrie und den Straßenfahrzeugbau verwiesen. Während erstere 1984 gegenüber 1983 noch rd. 9 500 Arbeitsplätze abbauete, erhöhte der Straßenfahrzeugbau im selben Zeitraum die Zahl seiner Mitarbeiter um rd. 2 500. Gegenläufig vollzog sich die Entwicklung beim Merkmal Umsatz. Zunächst stieg dieser von 1978 bis 1983 um 75 Mrd. DM auf 376 Mrd. DM, um sich im nachfolgenden Jahr noch einmal um 27 Mrd. DM auf 404 Mrd. DM zu erhöhen. Damit wurde das Vorjahresergebnis um 7,2 % übertroffen. Selbst wenn die zwischenzeitliche Preissteigerung berücksichtigt wird, kann real von einer Umsatzsteigerung von 4,3 % ausgegangen werden.

In Bezug auf die einzelnen Hauptgruppen vermochten alle ihre Investitionen im Vergleich zu 1978 wesentlich zu erhöhen. Die im Verhältnis zum gesamten Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe (30,8 %) unterdurchschnittlichen Steigerungsraten beliefen sich im Grundstoff- und Produktionsgütersektor auf 18,2 % und im Verbrauchsgütersektor auf 22,7 %. Auf beträchtlich darüber liegende Werte gelangten der Nahrungs- und Genußmittelsektor (39,2 %) und der Bergbau (40,6 %). Die höchste Veränderungsrate stellte sich mit 44,2 % im Investitionsgüterbereich ein. Diese Hauptgruppe blieb die einzige, welche 1984 auch im Vorjahresvergleich zulegen und noch um 5,6 % erhöhte Investitionen ausweisen konnte. Darüber hinaus war sie auch die einzige Hauptgruppe, die über dem Landesdurchschnitt blieb. Erwähnenswert sind dabei der Straßenfahrzeugbau (58,2 bzw. 6,0 %) und die Elektrotechnik (54,3 bzw. 1,9 %). Der Maschinenbau sowie der Stahl- und Leichtmetallbau gelangten zwar im sechsjährigen Abgleich noch auf zweistellige Zuwachsraten (18,1 bzw. 12,8 %), fielen gegenüber 1983 aber wieder um 8,8 bzw. 11,8 % zurück.

Die Abnahme der Investitionen gegenüber dem Vorjahr bewegte sich 1984 mit 7,5 % im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe und 7,4 % im Verbrauchsgütersektor knapp unterhalb des entsprechenden Landesergebnisses. Auffällig für die letztgenannte Hauptgruppe ist der Wirtschaftszweig Herstellung von Kunststoffwaren, welcher 1984 nicht nur fast ein Viertel aller Investitionen dieses Sektors tätigte, sondern damit sein Vorjahresergebnis noch um 5,9 % übertraf. Ebenfalls – wenn auch niedrigere – positive Zuwachsraten für denselben Zeitraum ergaben sich im Textilgewerbe (2,6 %) und im Bekleidungsgewerbe (0,8 %). Der höchste Negativwert berechnete sich für den Bergbau (– 25,1 %), während der Grundstoff- und Produktionsgütersektor im Jahre 1984 eine um 10,2 niedrigere Investitionssumme auswies als 1983. Hier waren die Investitionen allein in der Mineralölverarbeitung um 630 Mill. DM (– 76,6 %) rückläufig. Auch in der eisenschaffenden Industrie betrug der Rückgang 11,7 %. Demgegenüber wurden für die chemische Industrie um 3,9 % und für die Gewinnung von Steinen und Erden um 2,0 % erhöhte Investitionen ermittelt.

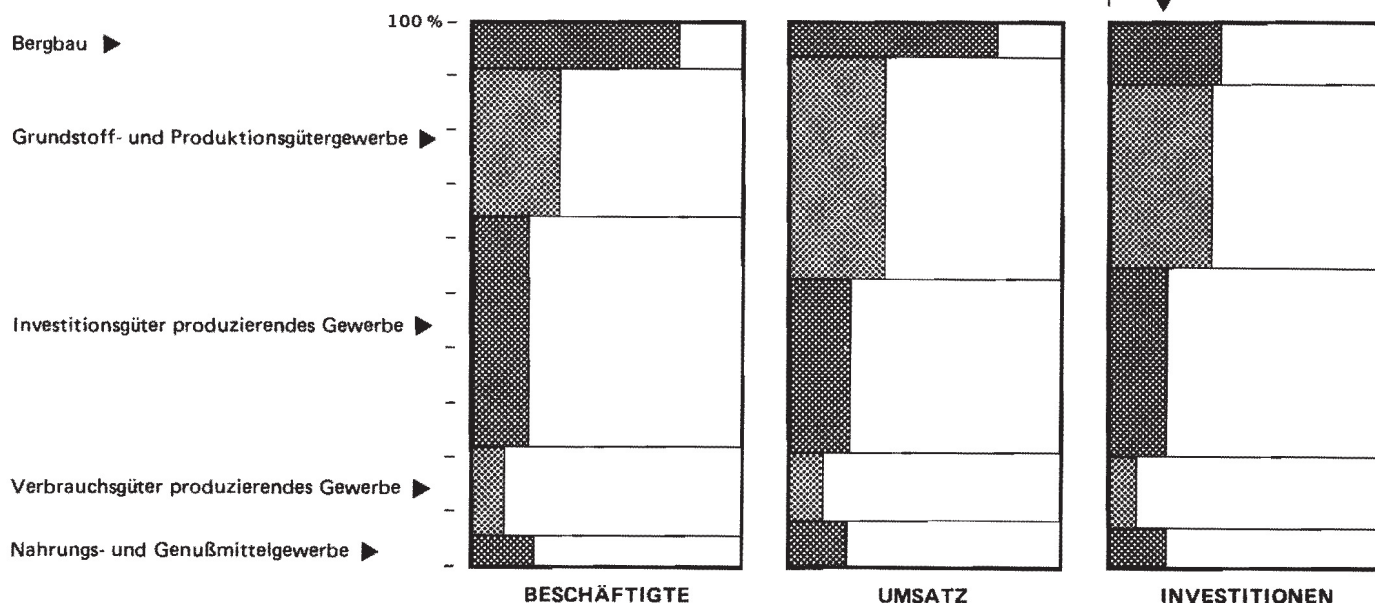
Investitionstätigkeit im Ruhrgebiet

Der Anteil der im Ruhrgebiet⁷⁾ gelegenen Betriebe des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes an den gesamten Investitionen dieses Wirtschaftsbereiches betrug 1984 27,4 % und verfehlte damit die Ergebnisse des Vorjahres bzw. des Jahres 1978, in denen er jeweils Werte von 27,8 % erreichte, nur knapp.

7. Zum Ruhrgebiet zählen die kreisfreien Städte Duisburg, Mülheim an der Ruhr, Oberhausen, Essen, Bottrop, Gelsenkirchen, Bochum, Dortmund, Hamm und Herne sowie die Kreise Wesel, Recklinghausen und Unna.

Beschäftigte, Umsatz und Investitionen 1984

Anteil der Hauptgruppen
am Verarbeitenden Gewerbe
insgesamt



Mit 27,4 % genau so hoch wie bei den Investitionen war der relative Anteil des Ruhrgebiets an den nordrhein-westfälischen Beschäftigten. Allerdings wurden hier im Vorjahr bzw. 1978 noch Werte von 28,3 % und 28,5 % errechnet.

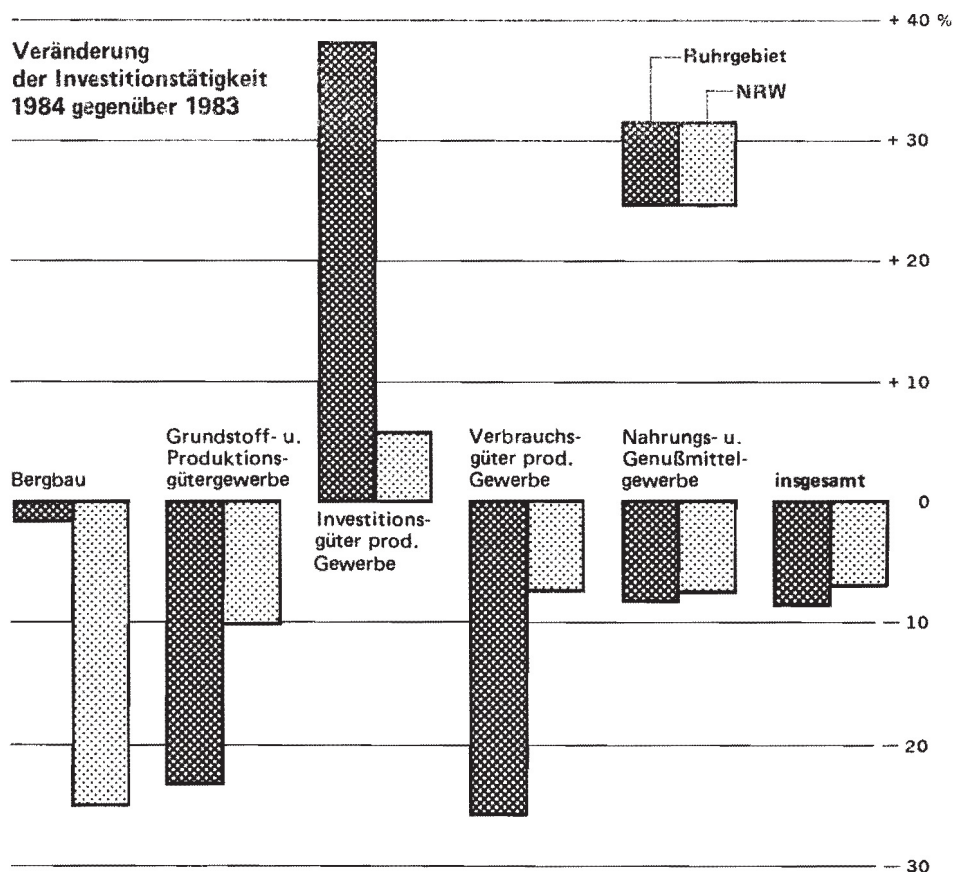
Beim Umsatz blieb der Ruhrgebietsanteil gegenüber 1978 unverändert bei 29,8 %, zeigte jedoch gegenüber 1983 eine Abnahme um 1 Prozentpunkt. Auch innerhalb der Hauptgruppen lagen die Anteile der betrachteten drei Kernmerkmale verhältnismäßig dicht beieinander. Eine Ausnahme bildete lediglich der Ruhrgebietsbergbau. Er stellte zwar gut drei Viertel der im nordrhein-westfälischen Bergbau tätigen Personen und erwirtschaftete mehr als drei Viertel des Umsatzes dieser Hauptgruppe, um dann bei den Investitionsausgaben auf einen Anteil von 40,7 % zurückzufallen. Auffällig ist der im Vergleich zu den Beschäftigten (31,9 %) und Umsätzen (35,4 %) deutlich höhere Investitionsanteil (37,6 %) des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes im Beobachtungsjahr. Im Vorjahr war in diesem Bereich die Schere noch größer (32,7 %, 36,5 % und 44,1 %). In den übrigen Wirtschaftshauptgruppen kam der Investitionsanteil 1984 so wie im Bergbau ständig auf niedrigere Werte als die Beschäftigten und der Umsatz. Zusammenfassend läßt sich sagen, daß unabhängig vom betrachteten Merkmal im Vergleich zu den Investitions- und Verbrauchsgütern sowie den Nahrungs- und Genußmitteln die entsprechenden Anteile im Bergbau und den Grundstoff- und Produktionsgütern wesentlich höher lagen. Damit wird bestätigt, daß die Wirtschaft des Ruhrgebietes nach wie vor vom Bergbau und der Montanindustrie geprägt ist und in Verbindung damit von den vielfältigen Problemen dieser Wirtschaftszweige beeinflusst wird.

Tabellenteil: 5

**Ruhrgebietswirtschaft geprägt
vom Bergbau und von
der Montanindustrie**

Die Veränderungsdaten der Investitionstätigkeit 1984 gegenüber 1983 spiegeln diesen Zusammenhang sichtbar wider. Sie sind im Verhältnis zu den entsprechenden Landeswerten viel ausgeprägter.

So sind – wiederum mit Ausnahme des Bergbaus – auf der Basis der Hauptgruppen sowohl die negativen wie auch die positiven Ausschläge im Ruhrgebiet ständig größer. Insgesamt belief sich der Investitionsrückgang 1984 in Nordrhein-Westfalen auf 7 % und im Ruhrgebiet schon auf 8,5 %. In der grafischen Darstellung kommt besonders plastisch zum Ausdruck, daß ausschließlich im Investitionsgütersektor sowohl auf Landes- (+ 5,6 %), noch mehr aber auf Ruhrgebietsebene die Investitionstätigkeit überdurchschnittlich gut verlief. Die grafische Betrachtung läßt des weiteren erkennen, daß alle anderen Hauptgruppen im Land eine im Vergleich zum Gesamtwert unterdurchschnittliche Entwicklung der Investitionen erfahren. Im Ruhrgebiet verzeichneten der Bergbau (– 1,5 %) sowie das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe (– 8,4 %) zwar Abnahmen, blieben damit aber zumindest noch überdurchschnittlich. Eine unterdurchschnittliche Entwicklung zeigte sich auch im Ruhrgebiet mit



– 23,4 % (NRW = – 10,2 %) im Grundstoff- und Produktionsgütersektor sowie mit – 25,8 % (NRW = – 7,4 %) im Verbrauchsgütersektor. Es war keine Hauptgruppe mit auf Landesebene überdurchschnittlichen, auf das Ruhrgebiet bezogen jedoch unterdurchschnittlichen Veränderungsrate in den Investitionsaktivitäten nachweisbar.

Investitionskennzahlen

Um das Gewicht der Investitionen aufzuzeigen, können sie auf einen anderen wirtschaftlichen Indikator bezogen werden. Derartige Investitionskennziffern erlauben zusätzliche Aussagen über die relative Bedeutung der Investitionstätigkeit in den einzelnen Wirtschaftszweigen. Die zu diesem Zweck berechneten Investitionsintensitäten und Investitionsquoten geben die Entwicklung der Investitionen unter Berücksichtigung der Zahl der Beschäftigten und des Umsatzes wieder. Als Kennzahlen werden sie sowohl von der Veränderung der Investitionsausgaben selbst als auch von der Beschäftigten- bzw. Umsatzentwicklung beeinflusst.

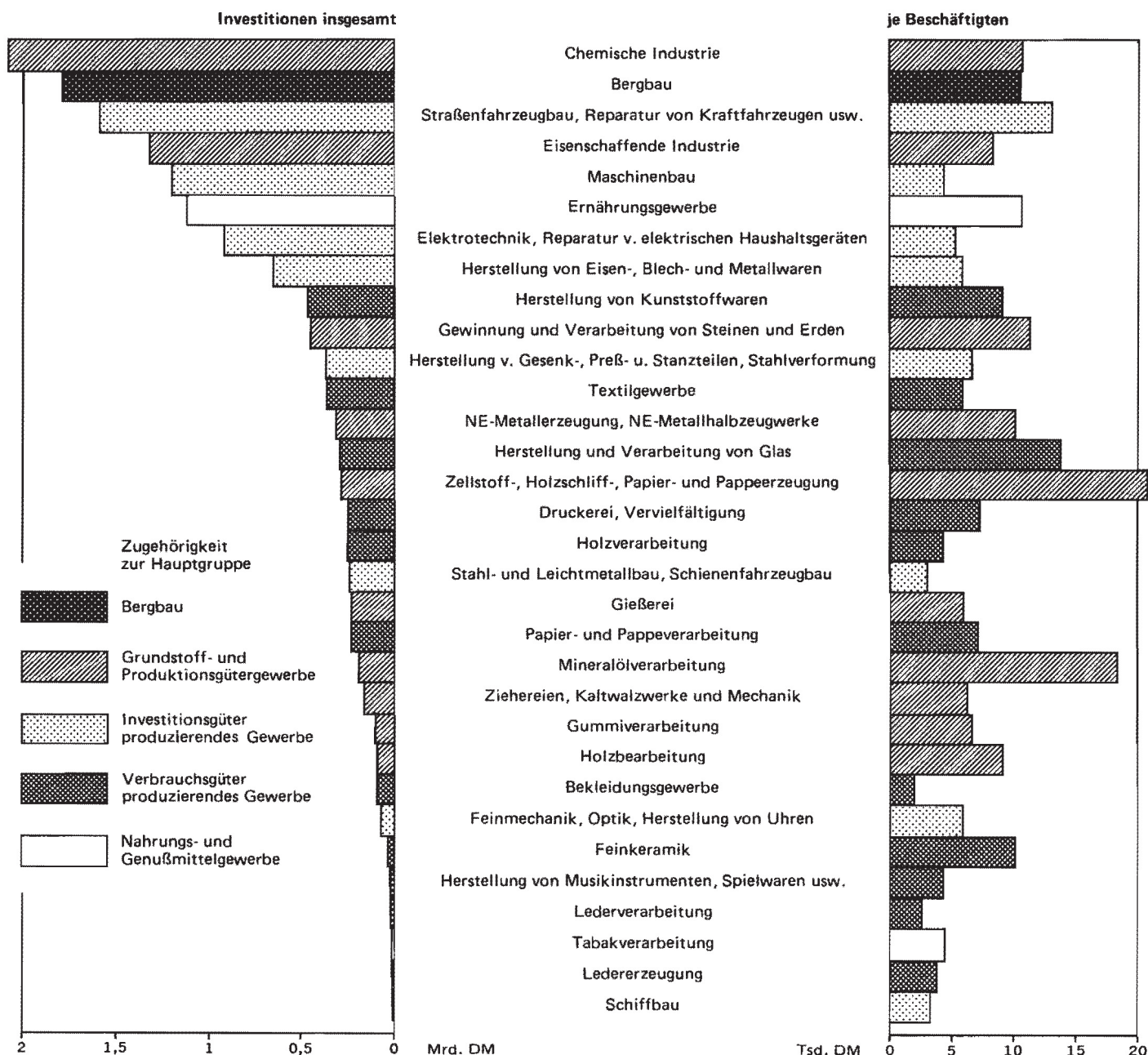
Investitionsintensität und Investitionsquote

Beschäftigte, Umsatz und Investitionen der Betriebe im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe 1984 nach Hauptgruppen					
Hauptgruppe	Beschäftigte (30. 9.)	Umsatz	Investitionen		
			insgesamt	je Beschäftigten	in % des Umsatzes
	Anzahl	1 000 DM		DM	
Bergbau	167 529	25 714 914	1 782 448	10 640	6,9
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	531 284	164 627 064	5 179 232	9 749	3,1
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	826 753	128 149 751	5 276 729	6 382	4,1
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	319 289	51 526 909	2 009 351	6 293	3,9
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	106 216	33 504 466	1 124 799	10 590	3,4
Verarbeitendes Gewerbe (einschl. Bergbau) insgesamt	1 951 071	403 523 101	15 372 567	7 879	3,8

Für das gesamte Verarbeitende Gewerbe einschl. Bergbau ergab sich 1984 eine Investitionsquote in Höhe von 3,8 %. In der Einzelberechnung gelangte der Bergbau mit 6,9 % auf das höchste Ergebnis und auch der Investitions- sowie der Verbrauchsgütersektor rangierten mit 4,1 bzw. 3,9 % noch über dem Durchschnittswert. Im Grundstoff- und Produktionsgütersektor wurde mit 5,2 Mrd. DM absolut ein sehr hoher Betrag investiert, in Relation zum Umsatz langte das jedoch nur zu einer unterdurchschnittlichen Quote von 3,1 %. Das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe hatte absolut die niedrigsten Investitionen und belegte auch bei der Berechnung der Investitionsquote mit 3,4 % den vorletzten Rang.

Je Beschäftigten im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe wurde im Jahre 1984 ein Betrag von 7 879 DM investiert. Mit 6 382 bzw. 6 293 DM waren die Investitionsintensitäten im Investitionsgüter und im Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbe niedriger als die durchschnittliche Intensität. Für den Bergbau ergab sich mit 10 640 DM auch bei dieser Kennzahl der höchste Wert, knapp dahinter folgte das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe mit 10 590 DM vor dem Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe mit 9 749 DM.

Investitionsintensität der Betriebe im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe 1984 nach Wirtschaftszweigen



Die Rangfolge der Wirtschaftszweige nach der Höhe ihrer absoluten Investitionen ist nicht deckungsgleich mit der Rangfolge, welche sich ergibt, wenn die Wirtschaftszweige nach der Höhe ihrer Investitionsintensitäten sortiert werden. Die absolut höchsten Investitionen wurden mit 2,1 Mrd. DM in der chemischen Industrie getätigt, die mit 10 711 DM auch auf eine höhere Investitionsintensität kam als beispielsweise der Bergbau, damit jedoch noch weit hinter der Papier- und Pappeerzeugung sowie der Mineralölverarbeitung zurückblieb. Diese beiden Wirtschaftszweige investierten pro Beschäftigten 20 816 bzw. 18 467 DM und waren damit führend, obwohl sich ihre absoluten Investitionen mit 282 bzw. 192 Mill. DM im Mittelfeld bewegten. Umgekehrt wurden im Schiffbau lediglich 3 Mill. DM investiert, was auch zu einer Intensität je Beschäftigten von 3 326 DM führte. Dieses bereits sehr niedrige Ergebnis wurde aber noch unterboten vom Stahl- und Leichtmetallbau (3 124 DM), von der Lederverarbeitung (2 590 DM) und vom Bekleidungsgewerbe (2 025 DM); also von Wirtschaftszweigen, welche alle wesentlich mehr investierten als der Schiffbau. Ebenfalls sehr hohe Investitionsintensitäten wurden noch im Straßenfahrzeugbau (13 126 DM) und bei der Herstellung und Verarbeitung von Glas (13 898 DM) ermittelt.

Investitionen nach Beschäftigtengrößenklassen

Höhere Investitionsanteile der Großbetriebe

Von den gesamten Anlageinvestitionen in den nordrhein-westfälischen Betrieben des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes entfielen 1984 allein 7,4 Mrd. DM oder nahezu die Hälfte (48,2 %) auf Einheiten mit 1 000 und mehr Beschäftigten. Damit kommt indirekt zum Ausdruck, daß Großbetriebe auf Grund ihrer Kapitalausstattung und ihrer besseren Kapitalbeschaffungsmöglichkeiten eher befähigt zu sein scheinen, kapitalintensive Produktionsverfahren zu realisieren. Sie waren die einzige Gruppe, deren Investitionsanteil denjenigen des Umsatzes (43,6 %), noch mehr aber den Beschäftigtenanteil (40,9 %) übertraf. Die mittleren Betriebe, deren Beschäftigtenzahl 500 bis 999 Personen umfaßt, weisen mit 14,6 % einen höheren Investitionsanteil als Beschäftigtenanteil (13,7 %) aus, blieben aber schon hinter dem Umsatzanteil (15,7 %) zurück. Alle übrigen, kleineren Größenklassen waren dadurch gekennzeichnet, daß ihr jeweiliger Beschäftigtenanteil höher lag als der des Umsatzes, welcher wiederum den Investitionsanteil übertraf. Insgesamt boten die kleineren Betriebe 45,4 % aller tätigen Personen einen Arbeitsplatz, sie tätigten jedoch nur 37,2 % der Anlageinvestitionen.

Beschäftigte, Umsatz und Investitionen der Betriebe im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe 1978, 1983 und 1984 nach Betriebsgrößenklassen									
Betriebe mit ... Beschäftigten	Beschäftigte (30. 9.)			Umsatz			Investitionen		
	1978	1983	1984	1978	1983	1984	1978	1983	1984
	Anzahl			1 000 DM					
1 — 49	153 052	144 010	138 210	17 930 456	21 952 111	23 057 168	670 632	791 897	776 587
50 — 99	195 265	176 142	178 319	23 095 593	28 224 530	30 480 112	786 909	1 099 427	1 096 221
100 — 199	246 521	226 307	224 126	29 308 771	38 866 678	40 739 863	1 078 036	1 520 383	1 551 375
200 — 499	403 170	347 811	344 962	52 694 534	66 388 854	70 215 706	1 802 881	2 490 346	2 300 995
500 — 999	292 848	263 629	267 498	47 268 828	67 822 945	63 288 353	1 908 654	2 082 386	2 245 278
1 000 — 4 999	597 860	512 154	515 684	80 847 100	92 781 904	111 600 627	3 226 484	5 435 473	4 176 614
5 000 und mehr	357 218	312 630	282 272	50 234 669	60 307 377	64 141 307	2 280 791	3 111 940	3 225 483

Investitionen nach Anlagearten

Unter Anlageinvestitionen versteht man den Wert der Käufe von neuen sowie von gebrauchten dauerhaften Gütern. Als dauerhaft gelten Güter dann, wenn ihre Nutzungsdauer mehr als ein Jahr beträgt und sie aktiviert werden. In der Investitionserhebung werden die Bruttozugänge an Sachanlagen einschl. der Ersatzinvestitionen, der aktivierten Großreparaturen sowie der aktivierten geringwertigen Wirtschaftsgüter erfaßt. Unberücksichtigt bleiben Anzahlungen auf Anlagen, Investitionen im Ausland sowie der Erwerb ganzer Unternehmen, Betriebe oder von Beteiligungen.

Die derart ermittelten Ergebnisse werden nach den Anlagearten Gebäude und bebaute Grundstücke, unbebaute Grundstücke und Maschinen und maschinelle Anlagen aufgegliedert. Wie anfangs bereits aufgeführt, entfiel von der Investitionssumme in Höhe von 15,4 Mrd. DM des Jahres 1984 der größte Anteil (82,7 %) auf Maschinen

Anlageinvestitionen der Betriebe im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe 1978, 1983 und 1984 nach Anlagearten					
Anlagekonto	1978	1983	1984	Veränderung 1984 gegenüber	
				1978	1983
	1 000 DM			%	
Gebäude und bebaute Grundstücke	1 887 092	2 434 379	2 268 793	+ 20,2	—6,8
Unbebaute Grundstücke	191 328	395 963	389 561	+103,6	—1,6
Maschinen, maschinelle Anlagen, Werkzeuge, Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	9 675 960	13 701 510	12 714 213	+ 31,4	—7,2
Zugänge insgesamt	11 754 380	16 531 852	15 372 567	+ 30,8	—7,0
	%				
Gebäude und bebaute Grundstücke	16,1	14,7	14,8	x	x
Unbebaute Grundstücke	1,6	2,4	2,5	x	x
Maschinen, maschinelle Anlagen, Werkzeuge, Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	82,3	82,9	82,7	x	x
Zugänge insgesamt	100	100	100	x	x

und maschinelle Anlagen. Dieses hohe Ergebnis kam deshalb nicht überraschend, weil es die für 1978 wie auch 1983 festgestellte Verteilung bestätigte. Auch in diesen beiden Jahren wurden nahezu fünf Sechstel der Investitionen für Ausrüstungen verausgabt. Das geringfügige Abfallen des Anteils der für Gebäude und bebaute Grundstücke investierten Beträge im Zeitablauf von 16,1 % auf 14,8 % wurde im wesentlichen kompensiert durch einen Anstieg des allerdings außerordentlich niedrigen Anteils unbebauter Grundstücke von 1,6 % auf 2,5 %.

Betrachtet man die absoluten Werte, ergibt sich bei den Investitionen für unbebaute Grundstücke das auffälligste Bild. Gegenüber 1978 erfuhren sie mit 103,6 % den höchsten Zuwachs und gegenüber 1983 mit nur 1,6 % die geringste Abnahme. Zwar veränderten sich auch die Gebäude und bebauten Grundstücke gegenüber 1978 positiv um 20,2 %. Doch erreichten sie damit ebenso wie die Maschinen und maschinellen Anlagen (+ 31,4 %) bei weitem nicht das Ergebnis der unbebauten Grundstücke. Andererseits wiesen diese beiden Kategorien im Vorjahresvergleich mit − 6,8 % bzw. − 7,2 % beträchtlich höhere negative Veränderungsrate aus als die Investitionen für unbebaute Grundstücke.

Investitionen und Konzentration⁸⁾

Konzentration als Ballung wirtschaftlicher Macht bezeichnet einmal einen Prozeß, wonach das relative Gewicht größerer wirtschaftlicher Einheiten überproportional wächst, während das der kleineren abnimmt. Zum anderen bezeichnet Konzentration einen Zustand, nämlich das relative Verhältnis von großen und kleinen Einheiten. Die Größe der Einheiten wird dabei üblicherweise anhand des Umsatzes, der Zahl der Beschäftigten oder auch an den Investitionen gemessen. Internes oder externes Größenwachstum allein von Betrieben kann noch nicht als ein Anzeichen zunehmender Konzentration gewertet werden. Zunehmende Konzentration setzt vielmehr voraus, daß das Wachstum der größeren Einheiten mit einer gleichzeitigen Verringerung der kleineren Einheiten verbunden ist, wobei sich in der Regel auch eine entsprechende Kapitalakkumulation vollzieht. Ziel der statistischen Konzentrationsmessung ist es, die Größenunterschiede zwischen verschiedenen wirtschaftlichen Einheiten zu verdeutlichen. Im Rahmen der Investitionserhebungen werden für Nordrhein-Westfalen die sog. Konzentrationstabellen erstellt.⁹⁾ In ihnen werden u. a. für Betriebe die absoluten Konzentrationskoeffizienten CR in Bezug auf das Merkmal Investition zum Ausdruck gebracht. Dieser Konzentrationskoeffizient mißt den Anteil eines einzelnen oder mehrerer Merkmalsträger am gesamten Merkmalsbetrag.

Messung der absoluten Konzentration

8. Vgl. Arend Steenken, Die Konzentration im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe 1977 und 1982, in: Statistische Rundschau für das Land Nordrhein-Westfalen, Heft 12/1984, S. 831 ff.
9. Eine ausführliche Darstellung der Betriebs- wie auch der Unternehmenskonzentration im nordrhein-westfälischen Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe für die Jahre von 1977 bis 1982 umfaßt die Veröffentlichung: Die Konzentration im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe, Beiträge zur Statistik des Landes Nordrhein-Westfalen, Heft 524, Hrsg. Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen.

Zur statistischen Kennzeichnung des Konzentrationsprozesses bieten sich die Zeitreihen der Konzentrationskoeffizienten CR3, CR6, CR10 und CR20 an. Sie geben die kumulierten Anteile der jeweils 3, 6, 10 oder 20 größten Betriebe an den Gesamtinvestitionen des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes an. Die tabellarische Aufstellung läßt erkennen, daß sich die CR für die 3, 6, 10 bzw. 20 größten Betrieben im Zeitablauf von 1978 bis 1983 erhöhten und somit einen steigenden Konzentrationsgrad zum Ausdruck bringen.

Investitionsanteile der 3, 6, 10, und 20 größten Betriebe im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe 1978, 1983 und 1984						
Zahl der jeweils größten Betriebe nach den Investitionen	1978		1983		1984	
	1 000 DM	%	1 000 DM	%	1 000 DM	%
3	1 217 598	10,4	1 852 636	11,2	1 426 593	9,3
6	1 993 592	17,0	2 840 553	17,2	2 245 714	14,6
10	2 447 211	20,8	3 687 436	22,3	2 892 077	18,8
20	3 065 442	26,1	4 928 785	29,8	3 874 906	25,2

Danach gingen sie jedoch wieder zurück und fielen ab auf ein niedrigeres Niveau als zu Beginn des Beobachtungszeitraumes. Nach einem Anteil von 10,4 % im Jahre 1978 umfaßten die 3 größten Betriebe 1984 nur noch 9,3 %. Auf die 6 größten Betriebe entfielen nun 14,6 %, während sie 1978 noch 17,0 % ausgemacht hatten. Bei den 10 größten Betrieben belief sich der Anteil an der gesamten Investitionssumme im letzten Beobachtungsjahr auf 18,8 % gegenüber 20,8 % 1978 und 22,3 % im Vorjahr. In diesem Zusammenhang muß allerdings ein genereller Nachteil der CR genannt werden: die mehr oder minder große Veränderung der Stellung der einzelnen Merkmalsträger, deren Mobilität, innerhalb der im Zeitablauf betrachteten Verteilung bleibt unberücksichtigt. Wenn aber bei einem Konzentrationsprozeß der Träger des größten Variablenwertes laufend wechselt, ist das anders zu beurteilen, als wenn der Betrieb mit dem höchsten Merkmalswert immer derselbe bleibt.¹⁰⁾

Aussagekraft der Konzentrationskoeffizienten CR

Material- und Warenbestände

Der Produktionsmittelbestand eines Betriebes wird nicht nur durch die Anlageinvestitionen bestimmt sondern auch durch die Änderungen in den Lagerbeständen. Zwar sind die Vorräte an Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen und an Erzeugnissen aus eigener Produktion teilweise für einen gleichgewichtigen Ablauf der Produktion und der Distribution erforderlich. Teilweise erfolgt jedoch auch eine Aufstockung der Lagerbestände, weil mehr Produktionsmittel produziert oder gekauft wurden als für die Weiterverarbeitung erforderlich waren bzw. weil die mengenmäßige Produktion der Beobachtungsperiode den tatsächlichen Absatz überstieg. Neben geplanten Bestandsveränderungen sind also auch ungeplante von Bedeutung. Das Material der Investitionserhebung erlaubt allerdings keine derartige Differenzierung.

Insgesamt beliefen sich die Lagerbestände der nordrhein-westfälischen Betriebe des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes im Jahre 1984 auf 66,6 Mrd. DM und waren damit um 2,9 % höher als im Vorjahr (+ 31,6 % gegenüber 1978). Die höchsten Lagerbestände wurden mit 31,8 Mrd. DM im Investitionsgütersektor ermittelt. Danach folgte der Grundstoff- und Produktionsgütersektor mit 21,9 Mrd. DM. Mit weitem Abstand darunter lag der Verbrauchsgütersektor (7,1 Mrd. DM), dessen wertmäßige Bestände immer noch mehr ausmachten als die des Bergbaus (2,7 Mrd. DM) und die des Nahrungs- und Genußmittelgewerbes (3,1 Mrd. DM) zusammen. Auch für die Vergleichsjahre 1978 und 1983 ergaben sich ähnliche Ergebnisse.

Werden die Material- und Warenbestände nach ihren einzelnen Komponenten aufgliedert, so ergibt sich im Zeitablauf aber auch für die Hauptgruppen ein prinzipiell einheitliches Bild. Insgesamt setzten sich die Vorräte 1984 zu fast zwei Dritteln aus den Beständen an fertigen und unfertigen Erzeugnissen aus eigener Produktion zusammen. Neben diesen 43,9 Mrd. DM entfielen weitere 19,4 Mrd. DM auf die Bestände an Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen. Die Bestände an Handelsware machten sich mit 3,3 Mrd. DM demgegenüber sehr bescheiden aus.

10. Vgl. Eberhard Schaich/Albert Ruff, Zur Problematik der Anwendung statistischer Verfahren der Konzentrationsmessung, in: Allgemeines Statistisches Archiv, 1977, S. 121.

Tabellenteil: 6

Aufwendungen für gemietete und gepachtete Sachanlagen

Wegen des anfangs bereits erwähnten Aktivierungs- bzw. Eigentümerkonzepts werden in den Investitionserhebungen nur diejenigen Anlagen erfaßt, die von den Auskunftspflichtigen zu aktivieren sind. Im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe vollzieht sich jedoch bereits seit längerer Zeit eine Änderung in der Finanzierung von Investitionen. Für die Produktion benötigte Ausrüstungen werden nicht mehr als Eigentum erworben, sondern gemietet oder gepachtet. Ursächlich dafür sind neben Finanzierungs- und steuerlichen Gesichtspunkten auch die durch das Leasing gebotene Möglichkeit, den Produktionsapparat unverzüglich dem jeweiligen technologischen Entwicklungsstand anpassen zu können. Verstärkt wird die tendenzielle Untererfassung der im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe genutzten Investitionsgüter dadurch, daß immer häufiger produzierende Einheiten sich in rechtlich selbständige Besitzgesellschaften sowie in ebenfalls rechtlich selbständige Betriebsgesellschaften aufspalten. Die dem Dienstleistungsbereich zuzurechnenden Besitzgesellschaften als Eigentümer der Anlagen vermieten diese an die zum Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe zählenden Betriebsgesellschaften, welche lediglich die Aufwendungen für die gemieteten und gepachteten Sachanlagen melden müssen.¹¹⁾

Die Entwicklung dieser Aufwendungen läßt deutlich erkennen, daß die derart genutzten Sachanlagen einen enormen Umfang angenommen haben. Im Jahre 1984 belief sich ihr Volumen auf 3,4 Mrd. DM, d. h. gut ein Fünftel der im selben Jahr getätigten Investitionen.

Aufwendungen für gemietete und gepachtete Sachanlagen der Betriebe im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe 1978, 1983 und 1984 nach Hauptgruppen											
Hauptgruppe	Aufwendungen für gemietete und gepachtete Sachanlagen										
	insgesamt			Veränderung 1984 gegenüber		Anteil					
						am Umsatz			an den Investitionen		
	1978	1983	1984	1978	1983	1978	1983	1984	1978	1983	1984
	1 000 DM			%							
Bergbau	64 379	102 937	103 280	+ 60,4	+0,3	0,4	0,4	0,4	5,1	4,3	5,8
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	559 302	1 153 167	1 137 020	+103,3	-1,4	0,5	0,8	0,7	12,8	20,0	22,0
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	556 729	1 217 551	1 279 976	+129,9	+5,1	0,5	1,0	1,0	15,2	24,4	24,3
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	320 580	590 912	603 739	+ 88,3	+2,2	0,7	1,2	1,2	19,6	27,2	30,0
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	116 760	238 588	261 591	+124,0	+9,6	0,4	0,7	0,8	14,4	19,6	23,3
Verarbeitendes Gewerbe (einschl. Bergbau) insgesamt	1 617 751	3 303 155	3 385 605	+109,3	+2,5	0,5	0,9	0,8	13,8	20,0	22,0

Gegenüber 1978 stiegen die Aufwendungen für Mieten und Pachten auf mehr als das Doppelte, und auch gegenüber dem Vorjahr vermochten sie sich noch um 2,5 % zu steigern. Der Anteil dieser Aufwendungen am Umsatz war in allen Jahren sehr gering mit unter 1,0 % liegenden Werten. Er näherte sich dieser Grenze aber immer mehr an. Demgegenüber wuchs der Anteil an den Investitionen von 13,8 % (1978) über 20,0 % (1983) bis auf 22,0 % (1984). Dieses Wachstum war in allen Hauptgruppen nachvollziehbar, vollzog sich jedoch im Bergbau in geringerem Ausmaße. Eine Sonderentwicklung zeigte sich im Investitionsgütersektor, wo die Mieten und Pachten für Sachanlagen zwar um 5,1 % gegenüber 1983 zunahmen. Weil sich hier im selben Zeitraum jedoch die Investitionen um 5,6 % erhöhten, mußte der relative Anteil der Miet- und Pachtaufwendungen von 24,4 % auf 24,3 % abfallen. Sein Maximum erreichte dieser Koeffizient im Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbe.

Die diesbezüglichen Unzulänglichkeiten der Investitionserhebung ließen sich auffangen durch eine Erweiterung des Frageprogramms nach dem Wert der jährlich neu gemieteten Sachanlagen. Es wäre dann möglich, die Investitionen im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe wie bisher auch nach dem Aktivierungskonzept und zusätzlich auch wegen der Berücksichtigung gemieteter Anlagen nach dem Nutzungskonzept auszuweisen.

11. Vgl. Gunter Laux, Geplante Erfassung gemieteter und gepachteter Sachanlagen im Produzierenden Gewerbe, in: Wirtschaft und Statistik, Heft 7/1985, S. 551 ff.

Wohngeldbezug und regionales Mietenniveau

– Ergebnisse aus der Wohngeldstatistik 1984 –

Ausgehend von der allgemein festzustellenden Beobachtung, daß für vergleichbare Mietwohnungen – was Baulter, Ausstattung und Finanzierung anbetrifft – in den einzelnen Regionen unseres Landes unterschiedliche Mieten aufgewendet werden müssen, soll dieser Sachverhalt näher betrachtet werden. Hierbei ist das Mietenniveau der Großstädte Nordrhein-Westfalens in Verbindung mit dem sie umgebenden Umland besonderer Gegenstand der Untersuchung. Grundlage dieser Arbeit bilden die Ergebnisse der Wohngeldstatistik für das Jahr 1984. Die Untersuchung basiert auf den Wohngeldanträgen derjenigen Haushalte, die am 31. 12. 1984 Wohngeld bezogen, berücksichtigt sind dabei auch die Haushalte, denen im I. Quartal 1985 rückwirkend Wohngeld für 1984 bewilligt wurde.

Neufassung des Wohngeldgesetzes

Die Neufassung des Wohngeldgesetzes am 11. Juli 1985 (BGBl. I S. 1421) als 6. Änderung des 2. Wohngeldgesetzes von 1974 beinhaltet die übliche Anpassung der Wohngeldleistungen an die aktuellen Mieten- und Einkommensentwicklungen. Darüber hinaus findet – als wesentliche Neuerung für die Wohngeldberechnung – zukünftig das regionale Mietenniveau eine stärkere Berücksichtigung. Bei den früheren Wohngeldgesetzen war man davon ausgegangen, daß die aufzuwendenden Mieten in Abhängigkeit zur Gemeindegröße stehen. Von daher waren auch die höchstens anrechenbaren Quadratmetermieten nach drei Gemeindegrößenklassen gestaffelt. Dieser Zusammenhang ist grundsätzlich richtig und läßt sich auch statistisch untermauern: so wurde beispielsweise 1983 für Hauptmieter mit Wohngeldbezug im Bundesdurchschnitt in den Großstädten mit mehr als 500 000 Einwohnern eine um 3 % höhere Quadratmetermiete ermittelt als in den Städten der Größenklasse zwischen 100 000 und 500 000 Einwohnern; in Gemeinden mit weniger als 100 000 Einwohnern mußten bei gleichen Ausstattungsmerkmalen und gleichem Baulter der Wohnungen etwa 15 % weniger Mietzins pro Quadratmeter aufgewendet werden als in der mittleren Größenklasse.

Wohnungskategorien gemäß Sechster Änderung des Wohngeldgesetzes 1985			
Wohnungskategorie	Wohnung		Durchschnittliche Mieten in der Bundesrepublik Deutschland DM/m ²
	Bezugsfertigkeit	Ausstattung und Finanzierung	
I	bis 20. 6. 1948	mit Sammelheizung und Bad	5,81
II	bis 20. 6. 1948	mit sonstiger Ausstattung	4,36
III	vom 21. 6. 1948 bis 31. 12. 1965	mit Sammelheizung und Bad, freifinanziert	6,10
IV	vom 21. 6. 1948 bis 31. 12. 1965	mit Sammelheizung und Bad, öffentlich gefördert	5,94
V	vom 21. 6. 1948 bis 31. 12. 1965	mit sonstiger Ausstattung, freifinanziert	4,60
VI	vom 21. 6. 1948 bis 31. 12. 1965	mit sonstiger Ausstattung, öffentlich gefördert	4,73
VII	vom 1. 1. 1966 bis 31. 12. 1971	freifinanziert	6,29
VIII	vom 1. 1. 1966 bis 31. 12. 1971	öffentlich gefördert	6,50
IX	vom 1. 1. 1972 bis 31. 12. 1977	freifinanziert	6,50
X	vom 1. 1. 1972 bis 31. 12. 1977	öffentlich gefördert	6,95
XI	vom 1. 1. 1978 und später	freifinanziert	6,93
XII	vom 1. 1. 1978 und später	öffentlich gefördert	6,56

Diese Eingruppierungen wurden jedoch den regional sehr unterschiedlichen Wohnungsmarktvhältnissen oftmals nicht gerecht. Insbesondere in kleineren Städten im direkten Einzugsbereich von Ballungszonen liegen die Mieten relativ hoch. Andererseits verfügten einige Großstädte mit mehr als 500 000 Einwohnern über ausgeglichene Wohnungsmärkte mit entsprechendem Mietenniveau, so daß die höchste Eingruppierung nicht immer gerechtfertigt war.

Nach dem neuen Wohngeldrecht werden zur Berechnung des regionalen Mietenniveaus, das künftig eine wesentliche Grundlage für die individuelle Wohngeldfestsetzung darstellt, zwölf verschiedene Wohnungskategorien gebildet. Diese berücksichtigen das Baualter der Wohnung, die Ausstattung sowie die Finanzierung. Für alle Wohnungen von Hauptmietern mit Wohngeldbezug wird — für jede Kategorie getrennt — die durchschnittliche Quadratmetermiete für das gesamte Bundesgebiet ermittelt. Diese Berechnung erfolgt ebenfalls für alle Gemeinden mit mehr als 20 000 Einwohnern. Die prozentuale Abweichung vom Bundesdurchschnitt wird in jeder Kategorie mit der Anzahl der wohngeldbeziehenden Hauptmieter gewichtet. Die Summe der gewichteten Abweichungen ergibt den Prozentsatz, um den das Mietenniveau der Gemeinde vom Bundesdurchschnitt abweicht. Mit der 6. Novelle des Wohngeldgesetzes hat der Gesetzgeber fünf Stufen für die prozentuale Abweichung des örtlichen Mietenniveaus vom Bundesdurchschnitt festgelegt (früher drei Stufen), in die die jeweilige Gemeinde eingeordnet wird. Gemeinden, welche weniger als 20 000 Einwohner aufweisen, werden gemäß ihrer Kreiszugehörigkeit zusammengefaßt und als eine Einheit behandelt. Für die Berechnung des Mietenniveaus und die sich daraus ergebende Einstufung wird das oben beschriebene Verfahren angewendet.

Berechnung des regionalen Mietenniveaus

Mietenstufen nach der Abweichung vom bundesdurchschnittlichen Mietenniveau	
Stufe	Abweichung des regionalen Mietenniveaus vom bundesdurchschnittlichen Mietenniveau %
1	— 15,01 und niedriger
2	— 15,00 bis — 5,01
3	— 5,00 bis + 4,99
4	+ 5,00 bis + 14,99
5	+ 15,00 und höher

Die folgenden Ergebnisse zur Situation des örtlichen Mietenniveaus beziehen sich lediglich auf die Wohnverhältnisse der Hauptmieter mit Wohngeldbewilligung. Davon sind nach vorsichtiger Schätzung, bezogen auf das Land Nordrhein-Westfalen, rund 10 % aller Mietwohnungen betroffen. Damit stellen die Ergebnisse aus der Wohngeldstatistik zwar nur einen Teilausschnitt des Mietengefüges dar, und es kann nicht ohne weiteres auf die absolute Höhe der Quadratmetermiete geschlossen werden, wie sie beispielsweise in Mietwertspiegeln dargestellt ist. Es handelt sich hier um errechnete Durchschnittswerte, die anhand der vorher beschriebenen objektiven Kriterien errechnet werden. Diese Werte spiegeln jedoch deutlich die regionalen Mietunterschiede wider und lassen sowohl einen Vergleich innerhalb Nordrhein-Westfalens als auch auf Bundesebene zu.

Bevor auf die regionalen Unterschiede des Mietenniveaus eingegangen wird, sollen zunächst die wichtigsten aktuellen Eckdaten aus der Wohngeldstatistik vorangestellt werden. Am 31. 12. 1984 bezogen in Nordrhein-Westfalen — einschließlich der rückwirkenden Bewilligungen aus dem I. Quartal 1985 — insgesamt 521 972 Haushalte Wohngeld. Darunter befanden sich 475 158 Hauptmieter (91,0 %). Somit empfangen im Landesdurchschnitt rund 7 % aller Haushalte Wohngeld. Diese Quote läßt sich nicht regionalisieren, da aktuelle Daten über die Zahl der Haushalte in tieferer regionaler Gliederung fehlen. Von daher ist es angebracht, eine Relation der Wohngeldempfänger zu den Einwohnern zu bilden. Zum Stichtag wurden für Nordrhein-Westfalen 31 Wohngeldempfänger je 1 000 Einwohner festgestellt. In den Städten mit mehr als 100 000 Einwohnern, in denen fast die Hälfte der Bevölkerung des Landes lebte, bezogen 321 190 Haushalte Wohngeld. Das waren 61,5 % aller Wohngeldempfänger. Andererseits hatten die Gemeinden mit weniger als 20 000 Einwohnern einen Bevölkerungsanteil von 14,7 %. Sie wiesen jedoch nur einen Anteil

mehr als 500 000 Haushalte empfangen Wohngeld

Einwohner und Wohngeldempfänger in den Gemeinden mit 100 000 und mehr Einwohnern am 31. 12. 1984*)			
Gemeinde	Einwohner	Wohngeldempfänger	
		Anzahl	je 1 000 Einwohner
Köln	922 286	36 205	39,3
Essen	625 705	26 583	42,5
Dortmund	579 697	27 954	48,2
Düsseldorf	565 843	20 619	36,4
Duisburg	522 829	24 378	46,6
Bochum	384 774	15 047	39,1
Wuppertal	379 393	14 172	37,4
Bielefeld	301 460	12 851	42,6
Bonn	291 291	9 358	32,1
Gelsenkirchen	287 956	13 766	47,8
Münster	272 626	10 055	36,9
Mönchengladbach	255 085	10 210	40,0
Aachen	239 801	11 739	49,0
Oberhausen	223 265	9 503	42,6
Krefeld	217 276	10 218	47,0
Hagen	207 636	8 254	39,8
Herne	173 226	8 334	48,1
Mülheim a. d. Ruhr	173 190	7 018	40,5
Hamm	166 641	6 579	39,5
Solingen	158 418	5 172	32,6
Leverkusen	155 411	4 004	25,8
Neuss	143 762	5 155	35,9
Remscheid	121 830	3 995	32,8
Recklinghausen	117 989	3 307	28,0
Bottrop	112 353	3 755	33,4
Paderborn	109 514	4 645	42,4
Siegen	107 774	3 357	31,1
Witten	102 195	3 268	32,0
Bergisch-Gladbach	100 749	1 689	16,7
Nordrhein-Westfalen	16 703 875	521 972	31,2
darunter Großstädte insgesamt	8 019 975	321 190	40,0

*) Wohngeldempfänger am 31. 12. 1984 einschl. der Haushalte, die im 1. Quartal 1985 rückwirkend für das Jahr 1984 Wohngeld erhielten

von 8,1 % aller Wohngeldbezieher auf. Aus dieser unterschiedlichen Verteilung wird das Stadt-Land-Gefälle des Wohngeldbezugs sichtbar. Die Quote Wohngeldempfänger je 1 000 Einwohner unterstreicht in eindeutiger Weise dieses Gefälle. Sie lag in den Großstädten bei 40 und sank mit abnehmender Einwohnerzahl auf 17,3 in den Kommunen unter 20 000 Einwohnern.

Bei differenzierterer Betrachtungsweise der Großstädte zeigen sich jedoch auch hier deutliche Unterschiede. Die höchste Quote wurde für Aachen (49 Wohngeldbezieher je 1 000 Einwohner) und die niedrigste für Bergisch-Gladbach (16,7) ermittelt. Einen hohen Anteil der Wohngeldempfänger weisen insbesondere die Städte des Ruhrgebiets auf. Lediglich in Bottrop (33,4) lag diese Quote wesentlich niedriger.

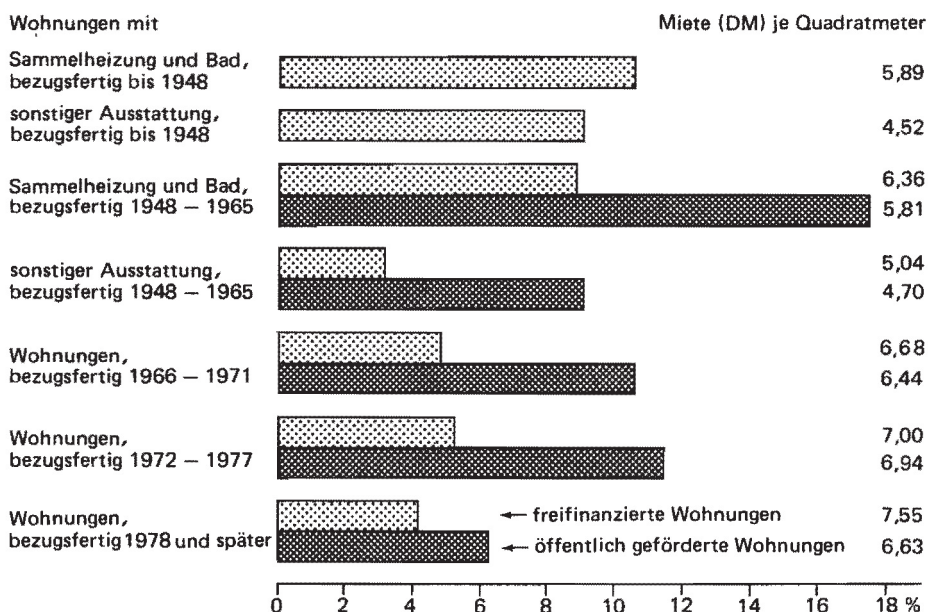
Ziel der Wohngeldzahlungen ist es, Haushalten mit niedrigem Einkommen ein angemessenes und familiengerechtes Wohnen zu gewährleisten. Insbesondere soll der Personenkreis sozial abgesichert werden, dessen Einkommen nicht ausreicht, marktübliche Aufwendungen für Wohnraum zu tragen. 1984 hatten fast drei Viertel aller wohngeldbeziehenden Haushalte ein bereinigtes Monatseinkommen von weniger als 1 500 DM. Zwischen 1 500 und 2 000 DM pro Monat lag das Familieneinkommen von 11,0 % aller Wohngeldempfänger. Ein ähnliches Bild zeigt sich auch bei der Betrachtung der sozialen Stellung. Nahezu die Hälfte (47,3 %) waren Rentner und Pensionäre. Dagegen verfügten nur 16,2 % über ein Einkommen aus Erwerbstätigkeit. Auch für die Arbeitslosen (15,1 %) stellt das Wohngeld eine bedeutende soziale Absicherung dar.

Mehr als die Hälfte der Hauptmieter mit Wohngeldbezug in öffentlich geförderten Wohnungen

Neben den persönlichen Daten der Wohngeldbezieher muß ihre Wohnsituation näher betrachtet werden. Für die Berechnung des regionalen Mietenniveaus ist die Verteilung der Hauptmieter mit Wohngeldbezug auf die einzelnen Wohnungskategorien von großer Bedeutung, da die Höhe der jeweiligen Anteile das durchschnittliche Mietenniveau einer Gemeinde beeinflusst. 1984 lebten 54,5 % aller Hauptmieter mit Wohngeldbezug in öffentlich geförderten Wohnungen. Das bedeutet, daß für mehr als die Hälfte der Wohngeldbezieher neben der direkten Unterstützung in Form von Mietbeihilfe auch die objektbezogene Subventionierung von verbilligtem Wohnraum zutrifft. 82 663 Hauptmieter (17,4 % von 475 158) wohnten in öffentlich geförderten Wohnungen, die zwischen 1948 und 1965 errichtet wurden und sowohl mit Bad als auch Sammelheizung ausgestattet sind. Die durchschnittliche Quadratmetermiete

dieses Wohnungstyps lag im Landesdurchschnitt bei 5,81 DM. Für die freifinanzierten Wohnungen der vergleichbaren Kategorie, was Baualter und Ausstattung anbetrifft, (III) mußte ein Mietzins von 6,36 DM pro Quadratmeter aufgewendet werden. Diese Wohnungen wurden von 8,8 % aller Hauptmieter bewohnt. Die niedrigste Quadratmetermiete (4,52 DM) wurde für Wohnungen der Kategorie II ermittelt. Diese vor 1948 errichteten Bauten verfügten nicht über die gemeinsamen Ausstattungsmerkmale Bad und Sammelheizung. In diesen Wohnungen lebten 9 % der Wohngeldbezieher. Die höchste Miete muß mit 7,55 DM für freifinanzierten Wohnraum aufgewendet werden, der 1978 und später errichtet wurde. In Wohnungen dieses Typs wohnten jedoch nur 4,1 % der Hauptmieter.

Wohnungen der Hauptmieter mit Wohngeldbezug am 31. 12. 1984*) nach Art der Finanzierung, Baualter und durchschnittlicher Miete je Quadratmeter Wohnfläche



*) einschl. der Hauptmieter, die im 1. Quartal 1985 rückwirkend für 1984 Wohngeld bezogen haben

Aus den unterschiedlichen Quadratmetermieten der einzelnen Wohnungskategorien – gewichtet mit der jeweiligen Anzahl der Hauptmieter – ergibt sich für das Land Nordrhein-Westfalen eine durchschnittliche Miete von 6,10 DM. Dieser errechnete Wert liegt um 3,2 % über dem Bundesdurchschnitt (5,91 DM). Er zeigt jedoch nicht die beträchtlichen Streubreiten der Mieten, die sich sowohl im Bundesgebiet als auch in Nordrhein-Westfalen ergeben. So sind im Rahmen der Sonderauswertung für unser Land die niedrigsten Mieten in den westfälischen Städten Coesfeld und Lengerich ermittelt worden. Dabei handelt es sich um Wohnungen der Kategorie II. Als Mietzins muß hier lediglich 3,03 DM für den Quadratmeter Wohnfläche aufgewendet werden. Jedoch sind nur 11 Wohngeldberechtigte hiervon betroffen. Im Gegensatz dazu liegt die höchste Quadratmetermiete in der Bundeshauptstadt Bonn. Für Wohnraum der Kategorie XI muß durchschnittlich 10,13 DM gezahlt werden (Anzahl der Hauptmieter: 581). Allerdings ist dabei zu beachten, daß diese Extremfälle weder vom Baualter noch von der Ausstattung her vergleichbar sind. Die Mietenniveauunterschiede werden jedoch dadurch deutlich, wenn man den niedrigsten Wert von Coesfeld und Lengerich die Aufwendungen für Wohnungen derselben Kategorie in Bonn gegenüberstellt. Hier zeigt sich, daß in der Bundeshauptstadt 5,40 DM aufgewendet werden muß, das sind 78 % mehr als im Münsterland.

beträchtliche Streubreite der Mieten

Im folgenden sollen daher die einzelnen Regionen Nordrhein-Westfalens näher analysiert werden.

Das Mietenniveau in der Rheinschiene

Das höchste Mietenniveau in Nordrhein-Westfalen liegt in den Städten der Rheinschiene. So ist im Rahmen der Eingruppierung in die Mietenstufen für Bonn und Düsseldorf ein um 18,11 % bzw. 16,49 % höheres Niveau als im Bundesdurchschnitt

Durchschnittliche Quadratmetermieten der Wohnungen von Hauptmietern mit Wohngeldbezug in der Bundesrepublik Deutschland und in ausgewählten Städten der Rheinschiene am 31. 12. 1984 nach Wohngeldkategorien						
Wohnungskategorien	Bundesrepublik Deutschland	Bonn	Düsseldorf	Ratingen	Köln	Leverkusen
	Miete in DM/m ²					
I	5,81	7,40	6,95	6,33	6,87	6,10
II	4,36	5,40	5,30	4,97	4,97	4,52
III	6,10	7,29	8,16	7,21	7,76	6,63
IV	5,94	6,06	6,13	6,06	6,16	5,57
V	4,60	5,73	6,09	4,87	5,62	5,02
VI	4,73	5,02	4,72	4,76	4,83	4,39
VII	6,29	8,51	9,45	8,45	7,79	6,80
VIII	6,50	6,79	6,94	6,86	6,55	6,54
IX	6,50	8,48	9,50	8,35	8,61	7,69
X	6,95	7,48	7,62	7,53	7,11	6,99
XI	6,93	10,13	9,84	9,61	8,91	7,97
XII	6,56	6,87	7,02	6,95	6,59	6,57

festgestellt worden. Damit sind diese beiden Städte als einzige Gemeinden Nordrhein-Westfalens in die Mietenstufe 5 eingruppiert. In diese Klasse fallen ebenfalls die Städte Kiel und Lübeck, der Großraum Hamburg, das Rhein-Main-Gebiet, die Stadt Tübingen sowie München und Umgebung und der Kreis Garmisch-Partenkirchen.

Bonn und Düsseldorf mit den höchsten Mieten

Das hohe Mietenniveau der Stadt Bonn ergibt sich insbesondere aus den relativ teuren Mieten des Altbauwohnungsbestandes (bis 1948 gebaut), das um rund 25 % über dem entsprechenden Bundesdurchschnitt liegt. Mehr als ein Fünftel aller Hauptmieter leben in diesen Wohnungen. Ebenfalls sehr hoch sind die Mieten in den freifinanzierten Gebäuden, die 1978 und später errichtet wurden. Durchschnittlich muß hier mit einer Quadratmetermiete von 10,13 DM gerechnet werden. Das bedeutet, daß die Aufwendungen um 46,18 % über Bundesdurchschnitt liegen (6,93 DM). Für alle Gemeinden Nordrhein-Westfalens ist für Wohnraum dieser Kategorie eine Durchschnittsmiete von 7,55 DM festgestellt worden.

Ähnlich wie Bonn verfügt die Landeshauptstadt Düsseldorf über einen großen Altbaubestand. Darüber hinaus ist der freifinanzierte Wohnungsbau, der von 1948 bis 1965 errichtet wurde und über eine gehobene Ausstattung verfügt, besonders ausgeprägt. Die Quadratmetermiete beträgt 8,16 DM und liegt damit um 33,8 % über dem Bundesdurchschnitt. Im direkten Vergleich der beiden Städte fällt auf, daß der öffentlich geförderte Wohnraum in Düsseldorf durchweg teurer ist als in Bonn.

In Köln liegen die Mieten um 11,36 % über dem Bundesdurchschnitt. Daraus folgt die Eingruppierung in die Mietenstufe 4. Das günstigere Mietenniveau im Vergleich zu den beiden zuvor genannten Städten ergibt sich insbesondere daraus, daß der öffentlich geförderte Wohnungsbau in der größten Stadt Nordrhein-Westfalens verhältnismäßig preiswert (nur geringfügig über dem Bundesdurchschnitt) angeboten wird. Auch der freifinanzierte Wohnungsbau ist in Köln billiger als beispielsweise in Düsseldorf.

Eine völlig andere Mietensituation zeigt sich für die im Norden an Köln angrenzende Stadt Leverkusen. Das durchschnittliche Mietenniveau liegt hier nur um 1,4 % (Stufe 3) über dem Bundesergebnis. Allerdings ist dabei zu berücksichtigen, daß in dieser von der chemischen Industrie geprägten Stadt vergleichsweise wenig Wohngeldempfänger (25,8 Wohngeldempfänger je 1 000 Einwohner) leben. Die Mieten für Sozialwohnungen jüngeren Baualters liegen in Leverkusen in etwa im Bundesdurchschnitt; in denen, die bis 1965 errichtet wurden, sind sie deutlich niedriger (– 7 %). Das bedeutet, daß der Kölner Wohnungsmarkt keinen nennenswerten Einfluß auf Leverkusen ausübt. Vielmehr ist die Situation auf die eigenständigen wirtschaftlichen Gegebenheiten dieser Stadt zurückzuführen. Dagegen ist ein solcher Einfluß sowohl auf die östlich als auch westlich von Köln gelegenen Randgemeinden nachweisbar. So erreichen die Mieten in Bergisch-Gladbach, Pulheim und Brühl das Kölner Niveau und weichen in den übrigen Gemeinden nur geringfügig nach unten ab.

Die östlich von Düsseldorf gelegenen Städte Ratingen (+ 11,49 %), Erkrath (+ 10,02 %) und Hilden (+ 9,5 %) weisen zwar einen Niveauabfall gegenüber der Landeshauptstadt auf, dennoch wird das regionale Mietengefüge stark vom Düsseldorfer Wohnungsmarkt bestimmt. Dies zeigt sich insbesondere bei einem Mietenvergleich des frei-

finanzierten Wohnungsbaus, der nach 1977 errichtet wurde. So muß für einen Quadratmeter Wohnfläche in Düsseldorf 9,84 DM, in Ratingen 9,61 DM, in Erkrath 9,60 und in Hilden 9,42 DM aufgewendet werden. Auch die Mieten des sozialen Wohnungsbaus differieren nur geringfügig gegenüber Düsseldorf. Ein deutlicheres Mietengefälle ist für die Städte Haan (+ 6,7 %), Mettmann (+ 6,16 %) und Langenfeld (+ 5,69 %) festzustellen; während Monheim, das sowohl an Düsseldorf als auch an Kölner Stadtgebiet angrenzt, um 8,93 % über dem Bundesdurchschnitt liegt. In der linksrheinischen Stadt Neuss (+ 9,64 %) fallen ebenfalls die Mieten gegenüber der Landeshauptstadt ab. Dies resultiert insbesondere aus den Mieten des freifinanzierten Wohnungsbaus jüngerer Datums. Hierfür ist im Durchschnitt 1 DM weniger pro Quadratmeter aufzuwenden als im benachbarten Düsseldorf. Dagegen sind die Mieten im sozialen Wohnungsbau nur geringfügig niedriger. Die Abweichungen vom Bundesdurchschnitt sind in Meerbusch (+ 13,05 %) sowie in Kaarst (+ 14,77 %) zwar deutlich höher als in Neuss, erreichen jedoch nicht das Düsseldorfer Niveau. Die kreisfreie Stadt Krefeld (+ 9,22 %) weist ein ähnliches Mietengefüge wie Neuss auf. Die Mieten, insbesondere der Wohnungen, die nach 1965 errichtet wurden, sind jedoch etwas preiswerter als in Neuss. Alle genannten Städte des Düsseldorfer Umlandes sind in die Mietenstufe 4 eingruppiert.

Das Mietenniveau im Ruhrgebiet

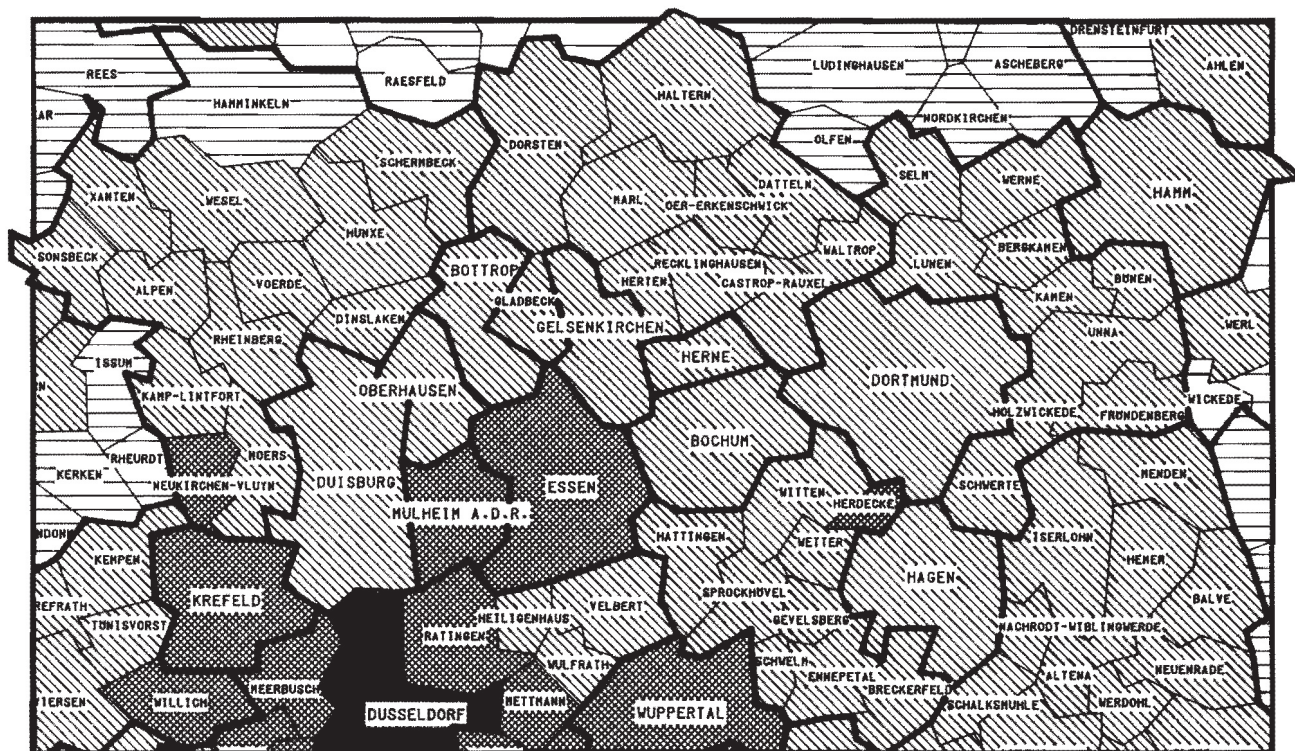
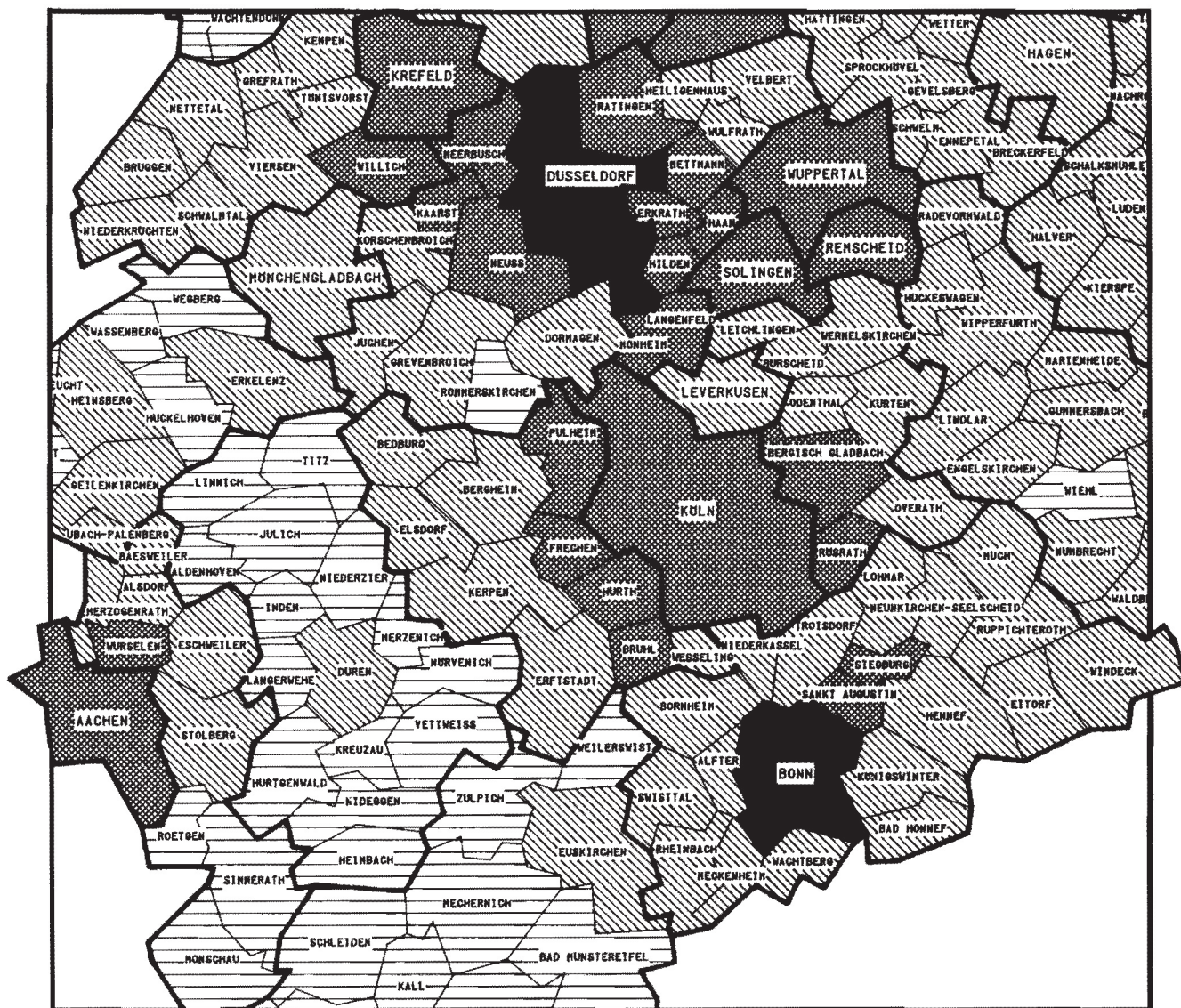
Das Ruhrgebiet gehört mit zu den am dichtesten besiedelten Regionen der Bundesrepublik. Auf einer Fläche von annähernd 4 433 Quadratkilometern leben rund 5,216 Mill. Einwohner, das sind 1 177 Einwohner je Quadratkilometer. Im Bundesdurchschnitt liegt die Bevölkerungsdichte bei 247 und im Landesdurchschnitt bei 494 Einwohnern je km². Der Anteil der Revierbewohner an der Gesamtbevölkerung Nordrhein-Westfalens beträgt 31,2 %. Andererseits bezogen 1984 gut 200 000 Haushalte in dieser Region Wohngeld, das waren 38,4 % aller Wohngeldempfänger in unserem Land. Das bedeutet, daß im Ruhrgebiet verhältnismäßig mehr Wohngeldbezieher leben als im Landesdurchschnitt.

Durchschnittliche Quadratmetermieten der Wohnungen von Hauptmietern mit Wohngeldbezug in der Bundesrepublik Deutschland und in ausgewählten Städten des Ruhrgebietes am 31. 12. 1984 nach Wohnungskategorien					
Wohnungskategorien	Bundesrepublik Deutschland	Essen	Dortmund	Bottrop	Castrop-Rauxel
	Miete in DM/m ²				
I	5,81	6,08	5,72	5,67	5,81
II	4,36	4,52	4,25	3,94	4,06
III	6,10	7,05	6,24	6,01	5,98
IV	5,94	6,01	5,92	5,39	5,73
V	4,60	5,52	4,83	4,45	4,85
VI	4,73	4,72	4,56	4,65	4,51
VII	6,29	7,51	7,06	7,08	6,89
VIII	6,50	6,67	6,69	6,23	5,96
IX	6,50	7,85	7,46	7,40	6,70
X	6,95	7,37	7,03	6,89	6,67
XI	6,93	8,38	7,84	8,04	7,89
XII	6,56	6,92	6,89	6,63	6,12

Ruhrgebiet weist durchschnittliches Mietenniveau auf

Trotz der dichten Besiedelung und des relativ hohen Anteils an den Wohngeldempfängern liegen die im Ruhrgebiet aufzubringenden Quadratmetermieten deutlich unter denen der Städte in der Rheinschiene. So weicht beispielsweise das Mietenniveau in Castrop-Rauxel um – 3,72 % vom Bundesdurchschnitt ab. Ebenfalls bleiben die Großstädte Bottrop (– 2,53 %), Hamm (– 2,32 %), Herne (– 1,16 %), Oberhausen (– 0,77 %), Gelsenkirchen (– 0,66 %), Hagen (– 0,57 %) und Witten (– 0,44 %) unter Bundesniveau. Leicht über dem durchschnittlichen Bundeswert liegen die Städte Recklinghausen, Dortmund, Duisburg und Bochum. Ein deutlich höheres Mietenniveau ergibt sich lediglich für die Großstädte Mülheim a. d. Ruhr (+ 5,03 %) und Essen (+ 5,65 %) sowie für die Städte Herdecke (+ 6,08 %) und Neukirchen-Vluyn (+ 7,72 %).

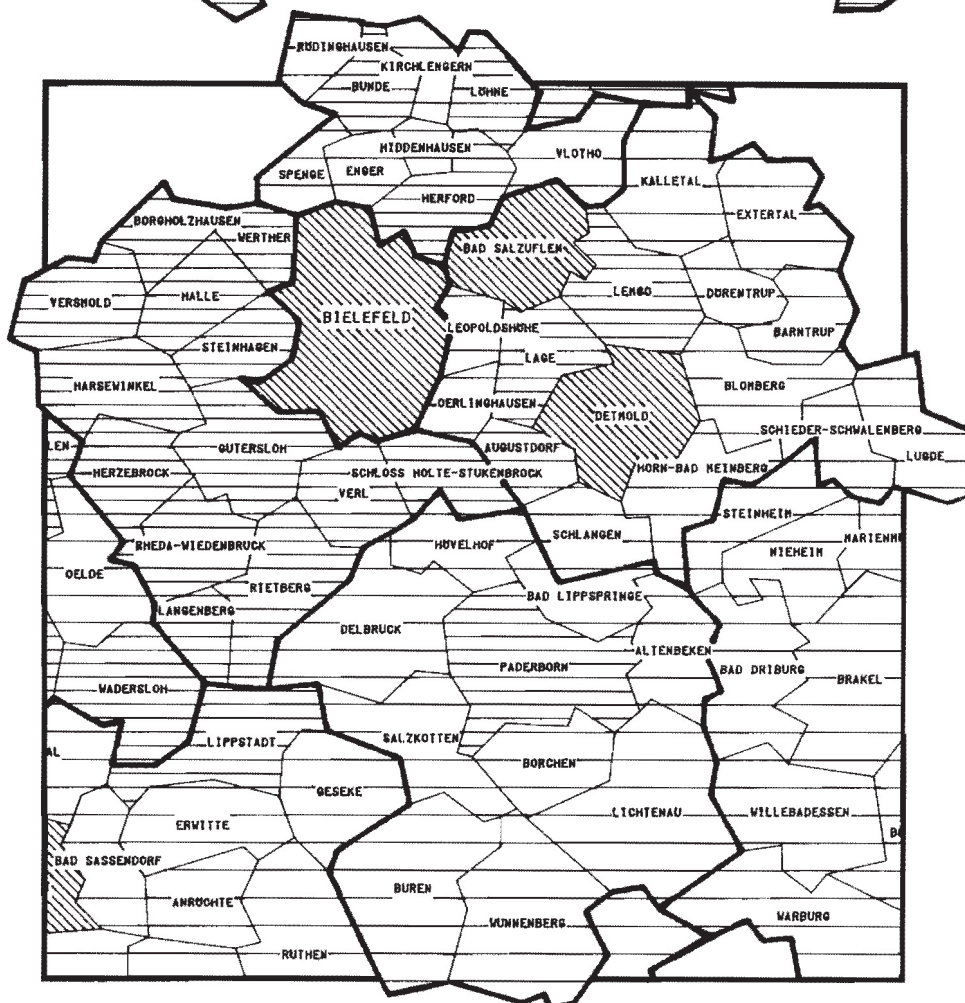
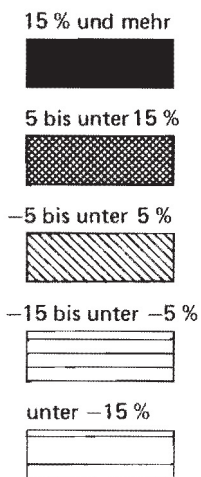
Bei einer näheren Betrachtung der Mieten in den einzelnen Wohnungskategorien zeigt sich, daß in Castrop-Rauxel der Quadratmeter Wohnfläche im freifinanzierten Wohnungsbau durchschnittlich um rund 2,00 DM billiger angeboten wird als beispielsweise in Düsseldorf. Auch die Mieten des sozialen Wohnungsbaus sind um ungefähr 1,00 DM niedriger. In Bottrop und Dortmund kann für den freifinanzierten Woh-





**Die Gemeinden
Nordrhein-Westfalens
am 31. 12. 1984
nach der Einstufung
in das regionale Mietenniveau
von Hauptmietern, die
Wohngeld beziehen**

Abweichung
des örtlichen Mietenniveaus
vom Durchschnitt der
Bundesrepublik Deutschland



nungsbau von ähnlichen Niveauunterschieden ausgegangen werden. Dagegen ist der soziale Wohnungsbau teurer als in Castrop-Rauxel. Hier besteht ein geringeres Gefälle zur Landeshauptstadt.

Die kreisfreien Städte Essen und Mülheim a. d. Ruhr haben mit das höchste Mietenniveau im Ruhrgebiet. Die Mietenstruktur in den einzelnen Wohnungskategorien ist fast identisch. Die Sozialmieten liegen hier nur geringfügig unter dem Niveau der Landeshauptstadt. Dagegen sind im freifinanzierten Wohnungsbau die Quadratmetermieten um durchschnittlich 1,50 DM billiger. Diese Mietunterschiede spiegeln sich auch in der Eingruppierung in die einzelnen Mietenstufen wider. Während die Städte der Rheinschiene überwiegend der Stufe 4 zugeordnet sind, überwiegt im Revier die Einstufung nach 3.

Das Mietenniveau in den solitären Verdichtungsgebieten

Bezieht man in die Betrachtung des regionalen Mietenniveaus die sich an die Ballungszentren Rhein und Ruhr anschließenden Landesteile mit ein, so wird ein starkes Mietengefälle zu den Landesgrenzen hin sichtbar. Dieses Gefälle ist besonders nach Norden und Osten hin ausgeprägt. Auch der südwestliche Landesteil weist ein deutlich günstigeres Mietenniveau auf als die Städte und Gemeinden der Rheinschiene. In den überwiegend ländlich geprägten Gebieten liegt der Anteil der Wohngeldempfänger niedriger als im Landesdurchschnitt. Andererseits dürfte die Quote an eigengenutztem Wohnraum höher sein als im Landesmittel.

Durchschnittliche Quadratmetermieten der Wohnungen von Hauptmietern mit Wohngeldbezug in der Bundesrepublik Deutschland und in Aachen sowie den solitären Verdichtungsgebieten am 31. 12. 1984 nach Wohnungskategorien in DM/m ²						
Wohnungskategorien	Bundesrepublik Deutschland	Münster	Aachen	Bielefeld	Siegen	Paderborn
	Miete in DM/m ²					
I	5,81	6,42	6,78	5,92	5,85	5,23
II	4,36	4,94	4,78	4,88	4,64	3,99
III	6,10	7,14	7,03	6,30	6,38	5,56
IV	5,94	5,89	5,87	5,94	5,87	5,18
V	4,60	5,34	5,43	5,01	5,27	4,30
VI	4,73	4,51	4,56	4,97	4,79	4,34
VII	6,29	7,99	7,44	6,73	6,94	5,97
VIII	6,50	6,52	6,67	6,42	6,12	5,86
IX	6,50	8,53	8,10	7,40	6,69	6,40
X	6,95	6,93	7,23	6,61	7,12	6,01
XI	6,93	8,84	8,45	7,94	7,76	7,26
XII	6,56	6,62	6,66	6,25	6,62	6,10

Paderborner Mietenniveau das niedrigste der Großstädte

Von dem niedrigen – in der Regel unter Bundesdurchschnitt liegenden – Mietenniveau dieser Landesteile heben sich die Mieten in den solitären Verdichtungsgebieten Münster, Bielefeld, Siegen und Paderborn sowie im Ballungskern Aachen ab. Die geringsten Aufwendungen für Wohnraum weist die Stadt Paderborn auf (– 7,48 %). Während die übrigen Gemeinden des Kreises Paderborn der niedrigsten Mietenstufe zugeordnet sind, errechnet sich für die Kreisstadt lediglich eine um eine Stufe höhere Eingruppierung. Daraus folgt, daß von dem solitären Verdichtungsgebiet Paderborn kaum Einflüsse auf das Umland hinsichtlich der Zuordnung zu einer höheren Mietenstufe ausgehen.

Dabei ist jedoch zu beachten, daß das Mietenniveau in den Gemeinden und Städten mit weniger als 20 000 Einwohnern, wie bereits in der Einleitung dargestellt, nicht eigenständig ermittelt wird. Vielmehr erfolgt die Berechnung für diese Kommunen auf Kreisebene zusammengefaßt, so daß höhere Durchschnittsmieten in den unmittelbar angrenzenden Gemeinden durch niedrigere Mieten in entfernteren Kommunen ausgeglichen werden können.

Die gemäß Landesentwicklungsprogramm erfolgte Ausweisung Paderborns als solitäres Verdichtungsgebiet und die damit verbundene wirtschaftliche Entwicklung hat noch keine nennenswerten Auswirkungen auf die durchschnittlichen Mietenhöhen gehabt. Ein Vergleich mit den Mietpreisen Düsseldorfs zeigt zum Teil beträchtliche Abweichungen. So sind für freifinanzierte Wohnungen in der Regel 2,80 DM je Quadratmeter weniger aufzuwenden. Für die Kategorie VII (freifinan-

zierte Wohnungen der Baujahre 1966 – 1971) sind in Paderborn 3,48 DM weniger zu zahlen als in der Landeshauptstadt. Auch der öffentlich geförderte Wohnungsbau bleibt im Mittel um 1,00 DM unter den Durchschnittsmieten Düsseldorfs.

Bielefeld und Siegen, weisen mit + 2,23 % bzw. + 2,60 % ein fast gleich hohes Mietenniveau auf. In beiden Fällen ist das Mietengefälle zu dem sie umgebenden Umland gleichgelagert. Mit jeweils einer Ausnahme (Bad Salzuflen bzw. Kreuztal) sind die angrenzenden Gemeinden überwiegend eine Mietenstufe niedriger eingruppiert. Gegenüber Paderborn lassen sich bereits deutlich erhöhte Durchschnittsmieten feststellen. Dabei sind die Abweichungen in den einzelnen Kategorien jedoch unterschiedlich.

Für die Universitäts- und Verwaltungsstadt Münster errechnet sich mit + 9,98 % das höchste Mietenniveau eines solitären Verdichtungsgebietes in Nordrhein-Westfalen. Dabei hebt sich die durchschnittliche Miethöhe in dieser kreisfreien Stadt erheblich gegenüber den Randgemeinden ab. Bis auf Altenberge (Stufe 1) sind alle angrenzenden Kommunen der Mietenstufe 2 zugeordnet, während Münster in die Stufe 4 eingruppiert ist. Hierbei ist jedoch zu berücksichtigen, daß nur für die Stadt Greven eine eigenständige Berechnung durchgeführt worden ist, während die übrigen Gemeinden lediglich gemäß dem Kreisdurchschnitt eingestuft worden sind. Das hohe Mietenniveau Münsters ergibt sich insbesondere aus den relativ teuren Mieten des freifinanzierten Wohnungsbaus. Sie liegen in der Regel um 1,50 DM bis 2,00 DM über denen des vergleichbaren Wohnraums in Paderborn, bleiben jedoch um 1,00 DM unter den Mieten Düsseldorfs.

**Münster weist höchstes
Mietenniveau eines solitären
Verdichtungsgebietes auf**

Die Grenzstadt Aachen ist gemäß Landesentwicklungsprogramm ein eigenständiger Ballungskern außerhalb der dicht besiedelten Regionen an Rhein und Ruhr. Das Aachener Mietenniveau liegt um 7,7 % über dem Bundesdurchschnitt und ist damit in die Mietenstufe 4 eingruppiert. Unterschiede zur Landeshauptstadt werden besonders deutlich bei den Mieten des freifinanzierten Wohnungsbaus jüngeren Baualters. Die höchste Differenz mit – 2,01 DM ergibt sich für Wohnungen, die zwischen 1966 bis 1971 errichtet worden sind. Dagegen weichen die Mieten im sozialen Wohnungsbau nur geringfügig von denen in Düsseldorf ab.

Das Aachener Mietenniveau beeinflusst die umliegenden Gemeinden stärker als es bei den solitären Verdichtungsgebieten festzustellen ist. So liegen die Mieten des freifinanzierten Wohnungsbaus in der angrenzenden Stadt Würselen nur um durchschnittlich 0,60 DM und in Herzogenrath um 0,90 DM niedriger. Ähnliches gilt auch für Stolberg. In den weiter östlich gelegenen Gemeinden fällt das Mietenniveau unter den Bundesdurchschnitt, um dann im Einflußbereich der Rheinschiene wieder anzusteigen.

Mit den dargestellten Ergebnissen wurden die Unterschiede im regionalen Mietengefüge Nordrhein-Westfalens deutlich gemacht. Dabei ist die Verschiedenartigkeit der einzelnen Wohnungsmärkte zu Tage getreten. In Zukunft dürfte die Beobachtung dieser regionalen Wohnungsmärkte noch an Bedeutung gewinnen.

RUNDBLICK

Betäubungsmittelkriminalität 1984

Im Jahr 1984 sind in Nordrhein-Westfalen 5 892 Personen wegen Straftaten gegen das Betäubungsmittelgesetz als Verurteilte in der Strafverfolgungsstatistik nachgewiesen worden. Diese Zahl umfaßt jedoch nur die Zahl der verurteilten Personen, die sich ausschließlich wegen einer Straftat gegen das Betäubungsmittelgesetz oder in Verbindung mit einer Straftat nach anderem Bundes- oder Landesgesetz strafbar gemacht haben. Sie umfaßt nicht diejenigen Personen, die sich neben der Straftat gegen das Betäubungsmittelgesetz auch wegen Straftaten nach dem StGB vor Gericht verantworten mußten. Diese Einschränkungen der Aussagefähigkeit beruhen auf der methodischen Konzeption der Strafverfolgungsstatistik, die alle Personen zählt, gegen

Rechtspflege

die ein Strafverfahren rechtskräftig beendet worden ist, sei es durch Verurteilung, Freispruch oder Einstellung des Verfahrens oder durch sonstige Entscheidung. Diese Konzeption bringt es mit sich, daß jede Person nur einmal gezählt wird – in Verbindung mit nur einem Straftatbestand. Treffen nun mehrere Straftaten in Tateinheit (wobei durch ein und dieselbe Handlung mehrere Strafgesetze verletzt werden) oder in Tatmehrheit (wobei jemand mehrere ungleichartige Straftaten begeht, die gleichzeitig abgeurteilt werden) in einer Person zusammen, so werden zunächst grundsätzlich alle verletzten Gesetzesbestimmungen auf einer Zählkarte erfaßt. Da in der Auswertung der Strafverfolgungsstatistik jede Person nur einer Strafbestimmung zugeordnet wird, muß beim Zusammentreffen mehrerer Straftatbestände in einer Person ein Straftatbestand ausgewählt werden. Man hat sich hierbei für den Straftatbestand entschieden, der mit der schwersten Strafe bedroht ist. Aus diesem Grund wird im Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen beim Zusammentreffen mehrerer Straftaten in einer Person diejenige Straftat signiert, die mit der schwersten Strafe bedroht ist. Dazu bedient man sich einer schematischen Hilfe, in der die ca. 700 Positionen des Straftatenverzeichnisses nach dem Schweregrad der angedrohten Strafe in absteigender Reihenfolge aufgeführt sind, beginnend mit der lebenslangen Freiheitsstrafe. Außerdem gehen die Straftaten des Strafgesetzbuches den Straftaten, die in anderen Gesetzen normiert sind (wie Betäubungsmittelgesetz, Abgabenordnung, Waffengesetz usw.) vor. Innerhalb dieses sogenannten Nebenstrafrechts steht das Betäubungsmittelgesetz an erster Stelle. Diese Einordnung der Straftaten in ein System bringt es mit sich, daß ein Straftäter, der gegen das Betäubungsmittelgesetz verstoßen hat und sich außerdem einer Straftat nach dem Strafgesetzbuch schuldig gemacht hat, in der Strafverfolgungsstatistik nur unter der Straftat des Strafgesetzbuches nachgewiesen wird. Der Verstoß gegen das Betäubungsmittelgesetz wird also von der Straftat nach dem Strafgesetzbuch verdrängt und geht nicht in die Strafverfolgungsstatistik-Auswertung ein. Treffen in einer Person zwei Straftaten des Strafgesetzbuches, etwa Raub gemäß § 249 StGB und Diebstahl gemäß § 242 StGB mit einer Straftat gegen das Betäubungsmittelgesetz zusammen, so hat die Konzeption der Strafverfolgungsstatistik zur Folge, daß die mit der schwersten Strafe bedrohte Straftat des Strafgesetzbuches, hier der Raub (bis 10 Jahre Freiheitsstrafe), der mit einer weniger schweren Strafe bedrohten Straftat des Strafgesetzbuches (Diebstahl gemäß § 242 StGB) und der Straftat nach dem Betäubungsmittelgesetz vorgeht. Diebstahl und Betäubungsmittelgesetz-Straftat fallen also bei diesem Beispiel für die Auswertung unter den Tisch. Treffen allerdings eine Straftat nach dem Betäubungsmittelgesetz mit einer Straftat nach einem anderen Bundes- oder Landesgesetz zusammen, etwa der Abgabenordnung oder dem Waffengesetz, so geht die Bestimmung des Betäubungsmittelgesetzes der anderen Strafvorschrift vor.

Um nun die Zahl der Straftaten gegen das Betäubungsmittelgesetz, bei denen der Straftäter daneben eine Straftat nach dem Strafgesetzbuch begangen hat, quantifizieren zu können, sind die ca. 280 000 Zählkarten der Strafverfolgungsstatistik des Jahres 1984 daraufhin durchgesehen worden, ob ein Zusammentreffen von Straftaten nach dem Betäubungsmittelgesetz und dem Strafgesetzbuch vorlag. Dabei hat man sich auf die Zahl der Verurteilten beschränkt, da nur diese für die Betrachtung der Zahl der Straftaten nach dem Betäubungsmittelgesetz interessant sind. Diese Fälle sind zusammen mit denen, bei denen der Verurteilte sich lediglich nach dem Betäubungsmittelgesetz oder nach dem Betäubungsmittelgesetz in Verbindung mit einem anderen Strafgesetz als dem Strafgesetzbuch schuldig gemacht hatte, zusammen auf einen Datenträger übernommen und dann nach dem üblichen Auswertungsprogramm der Strafverfolgungsstatistik ausgewertet worden. Die im Rahmen der vorliegenden Sonderauswertung der Strafverfolgungsstatistik noch zur Zeit bestehende Beschränkung, daß die Darstellung einer Straftat gegen das Betäubungsmittelgesetz nur in Verbindung mit einer – nämlich der mit der schwersten Strafe bedrohten – Straftat dargestellt werden kann, ist erst dann zu überwinden, wenn die Kooperation zwischen Bundeszentralregister und Strafverfolgungsstatistik verwirklicht wird. Bei den Meldungen zum Bundeszentralregister, die bei dieser Kooperation nutzbar gemacht werden sollen, besteht die Möglichkeit, die vollkommene Paragraphenkette aller verletzten Strafgesetzesbestimmungen auf Datenträger zu übernehmen. Dann wird es nicht mehr erforderlich sein, daß man sich bei der Auswertung auf die mit der schwersten Strafe bedrohte strafbare Handlung beschränkt. Insofern würde die Kooperation zwischen Bundeszentralregister und Strafverfolgungsstatistik nicht nur einen beachtlichen Rationalisierungsgewinn für die Justizverwaltung und die statistischen Behörden ergeben, sondern auch eine Erweiterung der Auswertungsmöglichkeiten mit sich bringen.

In Nordrhein-Westfalen sind 1984 6 392 Personen wegen Straftaten gegen das Betäubungsmittelgesetz allein oder in Verbindung mit Straftaten gegen andere Strafbestimmungen verurteilt worden. Bei jedem Dreizehnten dieser Verurteilten ($500 = 7,8\%$) war eine Straftat gegen das Betäubungsmittelgesetz nicht der einzige Grund der Verurteilung, sondern auch Straftaten gegen andere Strafbestimmungen spielten eine Rolle. Vergleichbare Zahlen liegen – soweit bekannt – nur für Bayern vor. Dort waren 1984 8,1 % der Verurteilten, die wegen Straftaten gegen das Betäubungsmittelgesetz verurteilt waren, auch wegen anderer Straftaten verurteilt worden.

Im Jahre 1984 wurden in Nordrhein-Westfalen 4 299 Erwachsene (im Alter von über 20 Jahren), 1 695 Heranwachsende (im Alter von 18 bis unter 21 Jahren) und 398 Jugendliche (im Alter von 14 bis unter 18 Jahren) wegen Straftaten gegen das Betäubungsmittelgesetz verurteilt. Bei den Erwachsenen ($244 = 5,7\%$) war der Anteil derjenigen, die außer wegen Straftaten gegen das Betäubungsmittelgesetz noch wegen anderer Straftaten verurteilt wurden, an der Gesamtzahl der erwachsenen Verurteilten wegen Straftaten gegen das Betäubungsmittelgesetz deutlich geringer als bei den Heranwachsenden ($190 = 11,2\%$) und bei diesen wiederum geringer als bei den Jugendlichen ($66 = 16,6\%$). Das liegt daran, daß Jugendliche und Heranwachsende im Zusammenhang mit Straftaten gegen das Betäubungsmittelgesetz häufiger wegen Straftaten aus dem Bereich der Beschaffungskriminalität abgeurteilt werden. So stand jeder elfte jugendliche, jeder vierzehnte heranwachsende, aber nur jeder vierzigste erwachsene 1984 wegen einer Straftat gegen das Betäubungsmittelgesetz Verurteilte außerdem noch wegen Diebstahls (§§ 242 – 244 StGB) vor dem Richter. Bei Verurteilungen wegen Raubes (§§ 249 – 252, 255 StGB) in Verbindung mit Straftaten gegen das Betäubungsmittelgesetz zeigten sich ähnliche Unterschiede zwischen den Altersgruppen. Anders sah es aus, wenn die wegen Straftaten gegen das Betäubungsmittelgesetz Verurteilten sich außerdem noch wegen Urkundenfälschung (§ 267 StGB) vor dem Richter zu verantworten hatten. Hier war der Anteil der Erwachsenen an der Zahl aller wegen Straftaten gegen das Betäubungsmittelgesetz verurteilten Erwachsenen mehr als doppelt so hoch als bei den Heranwachsenden oder den Jugendlichen. Dabei wird es sich im wesentlichen um Fälschungen von ärztlichen Verordnungen für Betäubungsmittel gehandelt haben, die wohl häufiger von erwachsenen Abhängigen als von Heranwachsenden oder Jugendlichen praktiziert werden, um an den begehrten „Stoff“ heranzukommen.

Im Jahr 1984 wurden 5 572 Männer und 820 Frauen wegen Straftaten gegen das Betäubungsmittelgesetz verurteilt. Davon waren 442 ($= 7,9\%$) Männer und 58 ($= 7,0\%$) Frauen außerdem auch wegen anderer Straftaten verurteilt worden. Der Anteil der Frauen, die sich neben einer Straftat gegen das Betäubungsmittelgesetz auch wegen Diebstahls zu verantworten hatten, an der Zahl aller im Jahr 1984 wegen Straftaten gegen das Betäubungsmittelgesetz verurteilten Frauen lag höher als der entsprechende Anteil bei den Männern. Bei Raub, Urkundenfälschung, Betrug und anderen Straftaten nach dem Strafgesetzbuch verhielt es sich umgekehrt.

Von den 6 392 wegen Straftaten gegen das Betäubungsmittelgesetz Verurteilten wurden mehr als drei Viertel ($4 982 = 78\%$) wegen einer Straftat nach § 29 Abs. I Betäubungsmittelgesetz verurteilt, weil sie – im wesentlichen – Betäubungsmittel ohne Erlaubnis angebaut, hergestellt, mit ihnen Handel betrieben, sie – ohne Handel zu treiben – eingeführt, ausgeführt, veräußert, abgegeben, sonst in den Verkehr gebracht, erworben oder sich in sonstiger Weise verschafft haben. Jeder achte Verurteilte ($758 = 11,9\%$) hatte Betäubungsmittel in nicht geringer Menge ohne Erlaubnis in die Bundesrepublik eingeführt (§ 30 Abs. I Nr. 4 Betäubungsmittelgesetz). Jeder sechzehnte Verurteilte ($409 = 6,4\%$) hatte mit Betäubungsmitteln in nicht geringer Menge Handel betrieben, sie in nicht geringer Menge besessen oder abgegeben (§ 29 Abs. III Nr. 4 Betäubungsmittelgesetz). Die Verurteilungen wegen Anbaus, Herstellens von bzw. wegen Handels mit Betäubungsmitteln als Mitglied einer Bande (§ 30 Abs. I Nr. 1 Betäubungsmittelgesetz), Abgabe von Betäubungsmitteln durch Erwachsene an Jugendliche (§ 29 Abs. III Nr. 3 Betäubungsmittelgesetz), die gewerbsmäßige Abgabe von Betäubungsmitteln durch Erwachsene an Jugendliche (§ 30 Abs. I Nr. 2 Betäubungsmittelgesetz), die Abgabe von Betäubungsmitteln mit Todesfolge (§ 30 Abs. I Nr. 3 Betäubungsmittelgesetz) sowie die Gefährdung der Gesundheit mehrerer Menschen durch Betäubungsmittel (§ 29 Abs. III Nr. 2 Betäubungsmittelgesetz) machten jeweils weniger als 1 % der Verurteilungen wegen Straftaten gegen das Betäubungsmittelgesetz aus.

Die Verurteilten wegen Straftaten gegen das Gesetz über den Verkehr mit Betäubungsmitteln sowie die Verurteiltenziffer*) 1984 nach Landgerichtsbezirken sowie nach Alter und Geschlecht der Verurteilten

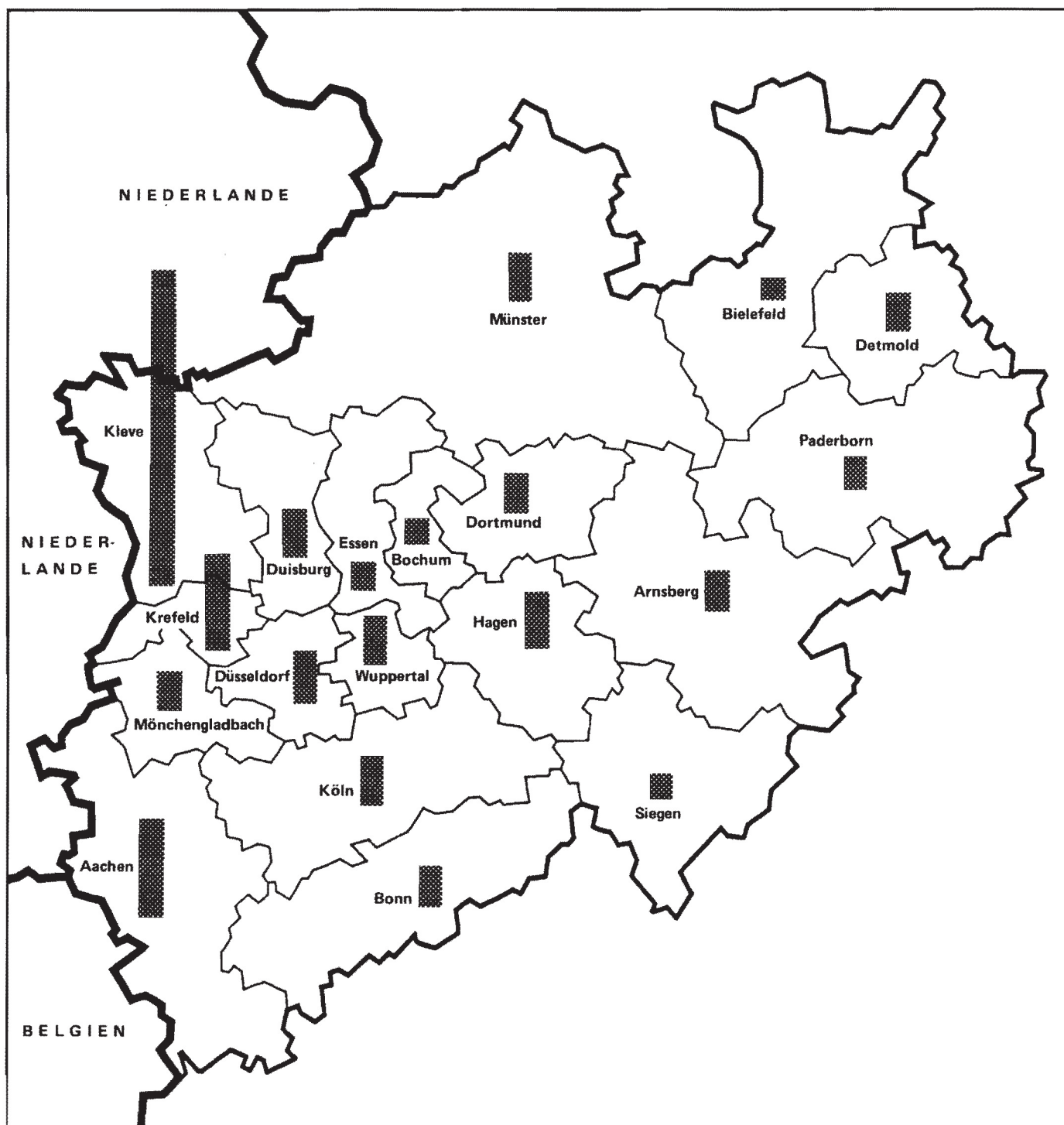
Land Landgerichtsbezirk	Jugendliche		Heranwachsende		Erwachsene		Insgesamt		Männer		Frauen	
	Verur- teilte	Verur- teilten- ziffer	Verur- teilte	Verur- teilten- ziffer	Verur- teilte	Verur- teilten- ziffer	Verur- teilte	Verur- teilten- ziffer	Verur- teilte	Verur- teilten- ziffer	Verur- teilte	Verur- teilten- ziffer
Nordrhein-Westfalen	398	36,1	1 695	190,0	4 299	34,6	6 392	44,3	5 572	82,2	820	10,7
Düsseldorf	47	69,9	132	232,9	252	29,3	431	43,9	388	84,6	43	8,2
Duisburg	23	32,2	138	233,6	232	27,5	393	40,3	349	76,4	44	8,5
Kleve	20	58,9	164	610,9	900	260,1	1 084	266,4	959	491,8	125	59,0
Krefeld	25	96,5	53	257,2	181	65,7	259	80,5	230	154,4	29	16,8
Mönchengladbach	19	52,5	60	206,5	79	19,5	158	33,6	132	59,6	26	10,5
Wuppertal	16	28,8	100	219,3	206	29,5	322	40,3	267	71,9	55	12,9
Arnsberg	11	29,3	42	143,2	83	24,0	136	33,0	113	57,5	23	10,7
Bielefeld	12	16,1	40	66,8	123	15,2	175	18,6	150	34,4	25	5,0
Bochum	7	12,2	50	107,6	113	15,8	170	20,7	145	37,9	25	5,7
Detmold	8	36,4	19	113,4	61	25,4	88	31,6	78	60,1	10	6,7
Dortmund	13	17,3	79	129,5	234	26,8	326	32,3	280	58,7	46	8,6
Essen	21	24,7	93	134,5	166	15,8	280	23,6	254	45,6	26	4,0
Hagen	16	32,0	106	266,4	187	32,8	309	46,8	254	82,4	55	15,6
Münster	16	15,2	145	170,9	297	31,0	458	39,9	409	74,2	49	8,2
Paderborn	9	25,6	32	115,3	63	19,2	104	26,6	89	47,6	15	7,3
Siegen	18	62,0	21	88,5	31	10,9	70	20,7	56	34,7	14	7,9
Aachen	30	50,3	119	242,8	522	75,4	671	83,8	580	149,2	91	22,1
Bonn	38	63,5	79	164,7	157	22,7	274	34,2	241	63,2	33	7,9
Köln	49	39,9	223	222,4	412	28,3	684	40,7	598	75,2	86	9,7

*) Verurteilte je 100 000 der strafmündigen gleichaltrigen Bevölkerung

Betrachtet man die regionale Verteilung der Verurteilten wegen Straftaten gegen das Betäubungsmittelgesetz — wobei neben der absoluten Zahl auch auf die Verurteiltenziffer, d. h. auf die Zahl der Verurteilten je 100 000 der gleichaltrigen strafmündigen Bevölkerung abzuheben ist — so ergibt sich, daß auf die fünf Landgerichtsbezirke Aachen, Mönchengladbach, Krefeld, Kleve und Münster, an deren Gebiet die deutsch-niederländische Grenze des Bundesgebietes entlangläuft und die von ca. einem Fünftel (21,8 %) der Zahl der strafmündigen Bevölkerung Nordrhein-Westfalens bewohnt wird, ungefähr zwei Fünftel (43,1 %) der wegen Straftaten gegen das Betäubungsmittelgesetz Verurteilten entfallen. Die Zahl der Verurteilungen wegen Straftaten gegen das Betäubungsmittelgesetz liegt für das Gebiet dieser fünf Landgerichtsbezirke — bezogen auf 100 000 der dort wohnhaften strafmündigen Bevölkerung — mit 88 doppelt so hoch wie in Nordrhein-Westfalen insgesamt (44). Dieser Zusammenhang von Grenznähe und Zahl der Verurteilungen wegen Straftaten gegen das Betäubungsmittelgesetz wird besonders deutlich an den Verurteilungen wegen Einfuhr von Betäubungsmitteln in nicht geringer Menge (§ 30 Abs. 1 Nr. 4 Betäubungsmittelgesetz). Bei dieser Straftat entfielen zwei Drittel aller Verurteilungen in Nordrhein-Westfalen (65 %) auf die Landgerichtsbezirke Aachen, Mönchengladbach, Krefeld, Kleve und Münster. In diesen Landgerichtsbezirken war die Zahl der Verurteilten wegen Einfuhr von Betäubungsmitteln in nicht geringer Menge dreimal so hoch — bezogen auf 100 000 der strafmündigen Bevölkerung — wie in Nordrhein-Westfalen insgesamt. Diese Beobachtung trifft sowohl für Männer wie für Frauen als auch für die Altersgruppen der Erwachsenen und Heranwachsenden zu. Weniger stark streut die Zahl der Verurteilten, bezogen auf die gleichaltrige strafmündige Bevölkerung, bei den Jugendlichen, weil Straftaten im Zusammenhang mit dem Betäubungsmittelgesetz hier weniger mit dem Grenzübergang zu tun haben.

Spitzenreiter unter den Landgerichtsbezirken des Landes Nordrhein-Westfalen bei den Verurteilungen wegen Straftaten gegen das Betäubungsmittelgesetz — bezogen auf 100 000 der strafmündigen Bevölkerung — ist der Landgerichtsbezirk Kleve. Hier wirkt sich offensichtlich aus, daß der hauptsächlich benutzte Grenzübergang auf der Schiene, zu Wasser und nicht zuletzt per Autobahn nach Nordrhein-Westfalen aus Richtung Amsterdam im Landgerichtsbezirk Kleve liegt.

1984 wurden 5 613 Deutsche und 779 Ausländer wegen Straftaten gegen das Betäubungsmittelgesetz verurteilt. Bezogen auf 100 000 der strafmündigen Bevölkerung gleicher Staatsangehörigkeit, waren die Ausländer 1984 fast doppelt so häufig (77) wegen Straftaten gegen das Betäubungsmittelgesetz straffällig wie die Deutschen (42). Diese Aussage trifft jedoch nicht in vollem Umfang auf diejenigen Ausländer zu, die als ausländische Arbeitnehmer aus den sechs Anwerbeländern Griechenland, Italien, Jugoslawien, Spanien, Portugal und Türkei in Nordrhein-Westfalen leben. Hier



**Die Verurteilten
wegen Straftaten gegen das Gesetz
über den Verkehr mit Betäubungsmitteln 1984
nach Landgerichtsbezirken**

Verurteilte je 100 000
der strafmündigen Bevölkerung



waren nur die Italiener (107), die Spanier (50) und die Griechen (46) stärker belastet als die Deutschen, während die Portugiesen (30), die Türken (22) und die Jugoslawen (18) — bezogen auf 100 000 der strafmündigen Bevölkerung gleicher Staatsangehörigkeit — wegen Straftaten gegen das Betäubungsmittelgesetz weniger stark in Erscheinung traten.

Von den 1984 in Nordrhein-Westfalen wegen Straftaten gegen das Betäubungsmittelgesetz Verurteilten wurden etwa drei Viertel (4 579 = 72 %) nach allgemeinem Strafrecht und ca. ein Viertel (1 813 = 28 %) nach Jugendstrafrecht verurteilt. Von den nach allgemeinem Strafrecht verurteilten 4 579 Erwachsenen und Heranwachsenden wurden fast drei Fünftel (2 627 = 57 %) zu Freiheitsstrafe und mehr als zwei Fünftel (1 952 = 43 %) zu Geldstrafe verurteilt. Bei den Straftaten insgesamt betrug das Verhältnis der Verurteilungen zu Freiheitsstrafe zu den Verurteilungen zu Geldstrafe dagegen 20 zu 80. Von den 2 627 Verurteilungen zu Freiheitsstrafe wegen Straftaten gegen das Betäubungsmittelgesetz wurden drei Fünftel (1 510 = 57 %) zur Bewährung ausgesetzt. Bei den Straftaten insgesamt waren 1984 mit zwei Dritteln (68 %) die ausgesprochenen Freiheitsstrafen häufiger zur Bewährung ausgesetzt worden, Verurteilungen wegen Straftaten nach dem Betäubungsmittelgesetz führten häufiger als bei den Verurteilungen wegen aller übrigen Straftaten zur Verurteilung zu Freiheitsstrafe, und diese Freiheitsstrafen wurden seltener zur Bewährung ausgesetzt als bei den Straftaten, die nichts mit dem Betäubungsmittelgesetz zu tun hatten.

Von den 1 813 nach Jugendstrafrecht wegen Straftaten gegen das Betäubungsmittelgesetz Verurteilten wurden fast zwei Fünftel (688 = 38 %) zu Jugendstrafe, ca. die Hälfte zu Zuchtmitteln (936 = 52 %) und ein Zehntel (189 = 10 %) zu Erziehungsmaßnahmen verurteilt. Bei den Straftaten insgesamt war der Anteil der Jugendstrafe geringer und das Verhältnis Jugendstrafe zu Erziehungsmaßregel und zu Zuchtmittel in etwa 14 zu 70 zu 16 gewesen. Im Jugendstrafrecht ist der Anteil von Jugendstrafe an der Zahl aller Strafen bei den Verurteilungen wegen Straftaten nach dem Betäubungsmittelgesetz höher als bei den Verurteilungen, die nichts mit dem Betäubungsmittelgesetz zu tun hatten. Das dürfte darauf zurückzuführen sein, daß bei den nach Jugendstrafrecht Verurteilten der Anteil der Schwerekriminalität niedriger als bei den nach Erwachsenenstrafrecht Verurteilten ist. Von den verhängten Jugendstrafen wegen Straftaten gegen das Betäubungsmittelgesetz waren fast drei Viertel (488 = 71 %) zur Bewährung ausgesetzt worden. Bei den nach Jugendstrafrecht insgesamt verhängten Jugendstrafen wurden 1984 zwei Drittel der Jugendstrafen (68 %) zur Bewährung ausgesetzt. Das dürfte nicht zuletzt darauf zurückzuführen sein, daß bei den nach Jugendstrafrecht wegen Straftaten nach dem Betäubungsmittelgesetz Verurteilten diejenigen Straftaten nach dem Betäubungsmittelgesetz eine größere Rolle spielen, die nicht mit so schweren Strafen bedroht sind (wie z. B. § 29 Abs. I Betäubungsmittelgesetz).

Der Anteil der Vorbestraften lag bei den wegen Straftaten gegen das Betäubungsmittelgesetz 1984 Verurteilten mit 54 % um 10 %-Punkte höher als bei den Straftaten insgesamt (44 %). Zwar gibt die Strafverfolgungsstatistik nicht an, ob bei den vorbestraften Verurteilten wegen Straftaten nach dem Betäubungsmittelgesetz auch die Vorstrafen wegen Straftaten gegen das Betäubungsmittelgesetz verhängt worden sind. Es dürfte jedoch naheliegen, daß bei dem hier angesprochenen Täterkreis eine Verbindung zwischen Suchtproblemen und Vorstrafen gegeben ist.

Wg.

Viehhalter und Viehbestände am 3. Dezember 1985

Am 3. Dezember 1985 fand eine repräsentative Viehzählung statt. Erhoben wurden die Bestände an Rindern, Schweinen, Schafen und Geflügel. Aufgrund des Artikels 6 der Verordnung zur Änderung statistischer Rechtsvorschriften (Statistikbereinigungsverordnung) vom 14.9.1984 (BGBl. I S. 1247) wurde bei dieser Zählung auf die Feststellung der Pferde verzichtet.

Die Viehzählungen im Dezember waren bis einschl. 1980 stets Totalerhebungen. Aufgrund der Neufassung des Viehzählungsgesetzes werden sie seitdem nur noch jedes zweite Jahr total, und zwar in den Jahren mit gerader Endziffer, und in den Zwi-

schenjahren repräsentativ durchgeführt. Für die erste repräsentative Dezemberviehzählung 1981 wurde ein neues Stichproben- und Aufbereitungskonzept entwickelt, das seit 1982 auch für die repräsentativen Viehzwischenzählungen Verwendung findet. Außerdem wird dieses neue Konzept auch zur Vorwegaufbereitung vorläufiger Ergebnisse total durchgeführter Dezemberviehzählungen herangezogen. Die allgemeinen Viehzählungen im Dezember nehmen im Stichproben- und Aufbereitungskonzept eine besondere Stellung ein, weil sie die Auswahlgrundlage für alle repräsentativen Viehzählungen, d. h. für alle Viehzwischenzählungen und für die nachfolgende repräsentative Dezemberviehzählung, bilden. Darüber hinaus werden die einzelbetrieblichen Angaben allgemeiner Dezemberviehzählungen für die sog. Sonderaufbereitungen nach Bestandsgrößenklassen bestimmter Tierarten und -kategorien sowie für Zwecke der ebenfalls im 2-Jahres-Turnus durchgeführten Agrarberichterstattungen verwendet. Sie werden mit den Angaben der im darauffolgenden Jahr stattfindenden Bodennutzungserhebung und Arbeitskräfteerhebung zusammengeführt.

Die Dezemberviehzählung 1985 wurde in allen Bundesländern mit Ausnahme der Stadtstaaten durchgeführt. Aufgrund der letzten Novellierung des Viehzählungsgesetzes, und damit seit Dezember 1980, existieren für alle in die Viehzählung einzubeziehenden Tierarten mit Ausnahme der Rinder untere Erfassungsgrenzen, nach denen bei Haltern mit einer landwirtschaftlich genutzten Fläche von weniger als 1 ha Bestände an Schweinen, Schafen und Geflügel nur dann erfaßt werden, wenn mindestens 1 Zuchtschwein oder 3 andere Schweine oder mindestens 3 Schafe oder mindestens 20 Stück einer Geflügelart vorhanden sind.

Das Ergebnis der Dezemberzählung 1985 weist den Rinderbestand in Nordrhein-Westfalen mit 2,07 Mill. Tieren aus; das sind nur 0,4 % weniger als der für diese Jahreszeit festgestellte Rekordbestand vom Vorjahr in Höhe von 2,08 Mill. Tieren. Abstockungen gegenüber dem Vorjahr zeigten sich im wesentlichen bei den Kälbern bis zu 6 Monate alt (– 7,5 % auf 322 700 Tiere), beim weiblichen Jungvieh 6 Monate bis 1 Jahr (– 5,6 % auf 199 600) sowie bei den Milchkühen (– 2,7 % auf 622 400). Zugewonnen haben die männlichen Tiere der Altersgruppe 6 Monate bis 1 Jahr, die männlichen und weiblichen Tiere im Alter von 1 bis 2 Jahren sowie die über 2 Jahre alten Färsen. Besonders ausgeprägt war dabei die Ausweitung der Bestände an männlichen Tieren von 1 bis 2 Jahren um 13,5 % auf 261 800. Die weiblichen Tiere dieser Alterskategorie wurden um 3,7 % auf 281 400, die Färsen um 5,5 % auf 75 200 sowie die männlichen Tiere der Bestandsgruppe 6 Monate bis 1 Jahr um 3,8 % auf 254 500 ausgedehnt. Diese Bestandsentwicklung zeigt an, daß sich die Nutzungsrichtung unserer Rindviehhaltung anhaltend in Richtung Fleischproduktion verschiebt.

Die Anzahl der Milchkühe lag Anfang Dezember um 17 000 niedriger als 12 Monate zuvor und um 33 100 niedriger als im Dezember 1983. Mit dieser – nicht unbedeutenden – Abstockung ist die erforderliche Anpassung des Milchkuhbestandes an die im Rahmen der Marktordnung vorgegebenen Milchquoten allerdings noch nicht erreicht. Hierzu wäre eine weitere Bestandseinschränkung um mindestens 20 000 Milchkühe notwendig; bei steigender Milchleistung je Tier müßte der Bestand sogar noch stärker reduziert werden. In Anbetracht dieser Situation überrascht es, daß der Abbau des Kuhbestandes, der bis Anfang Juni des letzten Jahres noch recht kräftig war (– 6,2 % auf 610 100 gegenüber dem Vorjahr), sich im zweiten Halbjahr nicht fortsetzte. Die Zählergebnisse weisen von Juni bis Dezember sogar einen Wiederanstieg des Milchkuhbestandes um 2 % aus.

Die Konzentration in der Rindviehhaltung setzte sich während der letzten 12 Monate rasch weiter fort. Die Zahl der Rinderhalter sank um 4,7 % auf 55 000, die Zahl der Milchkuhalter um 5,8 % auf 34 600.

Der Schweinebestand in Nordrhein-Westfalen wurde Anfang Dezember 1985 mit 6,36 Mill. Tieren gegenüber der Vorjahreszählung um 2,9 % ausgedehnt. Gegenüber der Zählung vom August des vergangenen Jahres ist zwar ein Rückgang des Schweinebestandes festzustellen (– 139 000 bzw. – 2,1 %); dieser entspricht jedoch nicht der sonst für diese Jahreszeit zu beobachtenden Einschränkung. Die Aufstockung des Bestandes gegenüber Dezember 1984 zeigte sich besonders deutlich bei den Ferkeln und Jungschweinen bis 50 kg Gewicht. Diese Bestandsgruppen waren zusammengekommen im Dezember um 5,7 % höher als 12 Monate zuvor. Wenn das Zählergebnis bei den Ferkeln eine Zunahme um 8,2 % und bei den Jungschweinen bis 50 kg um nur 3,0 % ausweist, so ist das auf die im vergangenen Jahr erfolgte Änderung in der Abgrenzung zwischen Ferkeln und Jungschweinen zurückzuführen. Der Bestand an

Viehhalter und Viehbestände*) im Dezember 1984 und 1985

Merkmal	1984 ¹⁾	1985 ²⁾	Veränderung 1985 gegenüber 1984	
	Anzahl		%	
Rindvieh insgesamt	2 077 119	2 068 910	— 8 209	— 0,4
davon				
Kälber, bis unter 1/2 Jahr alt oder unter 220 kg Lebendgewicht	348 724	322 733	— 25 991	— 7,5
Jungrinder, 1/2 bis unter 1 Jahr alt, männlich	245 264	254 543	+ 9 279	+ 3,8
„ „ „ „ „ weiblich	211 493	199 552	— 11 941	— 5,6
Rinder, 1 bis unter 2 Jahre alt, männlich	230 614	261 844	+ 31 230	+13,5
„ „ „ „ „ weiblich	271 280	281 434	+ 10 154	+ 3,7
Rinder, 2 Jahre alt und älter, Bullen und Ochsen	28 321	24 287	— 4 034	—14,2
„ „ „ „ „ Färsen	71 306	75 230	+ 3 924	+ 5,5
„ „ „ „ „ Milchkühe	639 416	622 448	— 16 968	— 2,7
„ „ „ „ „ Ammen- und Mutterkühe ³⁾	20 587	17 908	— 2 679	—13,0
„ „ „ „ „ Schlacht- und Mastkühe	10 114	8 931	— 1 183	—11,7
Rindviehhalter insgesamt	57 724	55 029	— 2 695	— 4,7
darunter				
Milchkuhhalter	36 706	34 580	— 2 126	— 5,8
Ammen- und Mutterkuhhalter	3 740	3 475	— 265	— 7,1
Schweine insgesamt	6 177 436	6 355 890	+178 454	+ 2,9
davon				
Ferkel ⁴⁾	1 582 462	1 712 987	+130 525	+ 8,2
Jungschweine bis unter 50 kg Lebendgewicht	1 539 979	1 586 906	+ 46 927	+ 3,0
Mastschweine ⁵⁾	2 319 441	2 296 072	— 23 369	— 1,0
Zuchteber ⁵⁾	29 090	28 961	— 129	— 0,4
Zuchtsauen ⁵⁾ zusammen	706 464	730 964	+ 24 500	+ 3,5
davon				
trächtige Zuchtsauen	465 762	474 131	+ 8 369	+ 1,8
nicht trächtige Zuchtsauen	240 702	256 833	+ 16 131	+ 6,7
Schweinehalter insgesamt	56 329	53 310	— 3 019	— 5,4
darunter				
Zuchtsauenhalter	28 957	27 953	— 1 004	— 3,5
Schafe insgesamt	173 458	171 239	— 2 219	— 1,3
Schafhalter insgesamt	10 898	10 663	— 235	— 2,2
Hühner insgesamt	13 034 827	11 664 076	—1 370 751	—10,5
davon				
Legehennen, 1/2 Jahr alt und älter	7 986 860	7 347 856	—639 004	— 8,0
zur Aufzucht als Legehennen bestimmte Küken und Junghennen, unter 1/2 Jahr alt	3 167 841	2 848 977	—318 864	—10,1
Schlacht- und Masthähne und -hühner einschl. Mastküken sowie sonstiger Hähne	1 880 126	1 467 243	—412 883	—22,0
Gänse insgesamt	86 676	85 363	— 1 313	— 1,5
Enten insgesamt	113 907	106 471	— 7 436	— 6,5
Truthühner insgesamt	440 593	506 703	+ 66 110	+15,0

*) Bei sämtlichen Tierarten — mit Ausnahme der Rinder — ohne Kleinsthaltungen bzw. -bestände. Die unteren Schwellenwerte für die Abgrenzungen lauten: bei weniger als 1 ha LF oder weniger als dem Wert einer jährlichen landwirtschaftlichen Markterzeugung von 1 ha LF nur Bestände mit mindestens einem Zuchtschwein bzw. 3 anderen Schweinen oder mindestens 3 Schafen oder mindestens 20 Stück einer Geflügelart. — 1) Totalzählung — 2) repräsentative Zählung — 3) Ammen- und Mutterkühe sind Kühe, die das ganze Jahr nicht gemolken werden und deren Milch nur von Kälbern verbraucht wird. — 4) 1984: Ferkel mit bis zu 20 kg Lebendgewicht — 5) mit 50 und mehr kg Lebendgewicht

Zuchtsauen ist während des letzten Jahres um 3,5 % auf 731 000 Tiere gestiegen. Die Zunahme konzentrierte sich auf die nicht trächtigen Zuchtsauen. Ihre Zahl stieg um 16 100 bzw. um 6,7 % auf 256 800, während die Anzahl der trächtigen Zuchtsauen um 8 400 bzw. um 1,8 % auf 474 100 ausgedehnt wurde. Die Zahl der Mastschweine mit 50 und mehr kg Gewicht wurde hingegen um 1 % auf 2,30 Mill. Tiere eingeschränkt.

Die Anzahl der Schweinehalter zeigte einen Rückgang gegenüber Dezember 1984 um 5,4 % auf 53 300, die Zahl der Zuchtsauenhalter eine Abnahme um 3,5 % auf 28 000.

Die Anzahl der Schafe in Nordrhein-Westfalen ist seit Jahren bei nur geringen Schwankungen nahezu unverändert. Bei der letzten Dezemberzählung zeigte sich ein leichter Rückgang des Schafbestandes gegenüber dem Vorjahr um 1,3 % auf 171 200 Tiere. Die Zahl der Schafhalter verringerte sich während dieser Zeit um 2,2 % auf 10 700.

Bei den Legehennen (1/2 Jahr und älter) hat sich der bereits seit Anfang der 70er Jahre festgestellte Bestandsabbau weiter fortgesetzt. Der Rückgang betrug im Vergleich zu Dezember 1984 8,0 % auf 7,35 Mill. Tiere. Der Bestand an Junghennen (unter 1/2 Jahr alt) einschl. Küken war ebenfalls deutlich rückläufig, und zwar um 10,1 % auf 2,85 Mill. Tiere. Auch bei den Schlacht- und Masthähnen und -hühnern einschl. Mastküken sowie sonstigen Hähnen war entsprechend der langjährigen Entwicklung auch im vergangenen Jahr erneut ein Bestandsrückgang zu beobachten. Die Zahl dieser Tiere nahm zwischen den Dezemberzählungen 1984 und 1985 sogar um gut ein Fünftel auf 1,47 Mill. ab (– 22 %).

Die Bestandsentwicklung bei den Saisongeflügelarten Gänse und Enten ist in den letzten Jahren durch eine gewisse Stagnation auf niedrigem Niveau gekennzeichnet. Gegenüber der Dezemberzählung 1984 wurde die Zahl der Gänse Anfang Dezember 1985 um 1,5 % auf 85 400 und die Zahl der Enten um 6,5 % auf 106 500 reduziert. Der Bestand an Truthühnern (Puten) erreichte dagegen mit 506 700 Tieren bei der letzten Dezemberzählung einen neuen Höchststand (+ 15 %).

Kö.

Zur Beurteilung und zum Verständnis der vielfältigen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Zusammenhänge eines Raumes, den wir als „engere Heimat“ umschreiben können, ist eine statistische Erfassung seiner maßgeblichen Strukturmerkmale unentbehrlich. Einen solchen Überblick sozio-ökonomischer Fakten – mit vielen heimatkundlichen Zügen – bietet die Reihe der LDS-„Kreisbeschreibungen“. In dieser Reihe wurde unlängst ein Band über den Kreis Düren publiziert; eine Ausgabe über den Kreis Soest erscheint in Kürze.

Statistische Rundschau für den Kreis Düren, 3. Neubearb. Auflage 1985
(120 S. + 2 Karten, 11,00 DM; Bestell-Nr. Y 11 4 2900)

Nach der 1968er Darstellung des „alten Kreises“ Düren entstand 1977 die erste Gesamtdokumentation des 1972 gebildeten und später nochmals geringfügig veränderten heutigen Verwaltungsbezirkes.

In der aktualisierten Neufassung werden eingangs die geographisch-naturräumlichen Gegebenheiten und die (Verwaltungs-)Geschichte seit dem vorigen Jahrhundert eingehend beschrieben. Die folgenden fachstatistischen Kapitel durchleuchten beispielsweise die Bevölkerungsstruktur und ihre Wohnverhältnisse, die Bodennutzung und Erträge der Landwirtschaft oder die Wertschöpfung der gewerblichen Wirtschaft in allen ihren Zweigen einschl. des Handels, Gastgewerbes oder Fremdenverkehrs. Ein jeweils umfassendes Kapitel gilt dem Wahlverhalten, der Finanzsituation der Kommunen, Problemen des Umweltschutzes sowie den oft verzahnten Bereichen des Schulwesens oder der Jugend-, Alters- und Sozialhilfe und nicht zuletzt auch Aspekten des Gesundheitswesens.

Statistische Rundschau für den Kreis Soest, 2. Neubearb. Auflage 1986
(ca. 120 S. + Karten, 11,00 DM; Bestell-Nr. Y 11 4 3000)

Nach der 1972er, längst ausverkauften Darstellung des „alten Kreises“ Soest gibt das LDS nun in Erstfassung eine Gesamtdokumentation des Mitte 1969 durch Umlandgemeinden „angereicherten“ und umgegliederten, dann am 1. 1. 1975 durch Zusammenschluß mit dem früheren Kreis Lippstadt schließlich neu konstituierten Kreises Soest heraus. Darin werden territoriale, verwaltungspolitische und wirtschafts-soziologische Veränderungen dieses Raumes seit der Herrschaft des kölnischen Herzogtums Westfalens bis zur heutigen Einbindung in das Bundesland Nordrhein-Westfalen umrissen.

Die aktualisierte Neufassung beschreibt in zwei großen Einführungskapiteln eingehend die geographisch-naturräumlichen Gegebenheiten und die (Verwaltungs-)Geschichte. Vergleichende Karten und graphische Zuordnungen erleichtern heimatkundlich Interessierten den Nachvollzug des bunten, über gut zwei Jahrhunderte hinweg skizzierten Geschehens.

Die folgenden fachstatistischen Kapitel durchleuchten u. a. die Struktur der Bevölkerung und ihre Wohnverhältnisse, die Bodennutzung und Erträge der Landwirtschaft sowie die Wertschöpfung der gewerblichen Wirtschaft in allen ihren Zweigen einschl. des Handels, Gastgewerbes oder Fremdenverkehrs. Ein jeweils umfassender Abschnitt verfolgt das Wahlverhalten, die Finanzsituation der Kommunen, schildert Probleme des Umweltschutzes und die Bereiche des Schulwesens, der Jugend-, Alters- und Sozialhilfe und nicht zuletzt auch Aspekte des Gesundheitswesens.

Durchschnittliches Bruttojahresentgelt je ganzjährigen Beschäftigungsfall 1982
nach kreisfreien Städten und Kreisen

1

Verwaltungsbezirk	Insgesamt		Darunter			
			Verarbeitendes Gewerbe		Dienstleistungen ang.	
	DM	Index	DM	Index	DM	Index
Düsseldorf	36 601	110,5	39 730	112,6	33 708	115,4
Duisburg	34 681	104,7	36 091	102,3	29 277	100,2
Essen	34 879	105,3	37 158	105,3	33 062	113,2
Krefeld	33 698	101,8	36 667	103,9	28 391	97,2
Mönchengladbach	31 383	94,8	34 150	96,8	26 441	90,5
Mülheim a. d. Ruhr	34 830	105,2	37 862	107,3	28 952	99,1
Oberhausen	33 795	102,1	37 845	107,2	27 239	93,2
Remscheid	33 313	100,6	35 852	101,6	27 302	93,4
Solingen	31 403	94,8	33 357	94,5	26 542	90,8
Wuppertal	32 582	98,4	35 188	99,7	28 260	96,7
Kleve	29 243	88,3	31 007	87,9	26 578	91,0
Mettmann	33 548	101,3	35 784	101,4	29 407	100,7
Neuss	34 413	103,9	37 360	105,9	26 866	92,0
Viersen	30 373	91,7	32 200	91,3	26 965	92,3
Wesel	32 132	97,0	34 765	98,5	26 625	91,1
Aachen	32 316	97,6	33 902	96,1	31 382	107,4
Bonn	33 172	100,0	35 238	99,9	30 711	105,1
Köln	36 159	109,2	39 440	111,8	33 593	115,0
Leverkusen	38 047	114,9	41 885	118,7	25 547	87,4
Aachen	32 140	97,1	33 306	94,4	24 363	83,4
Düren	32 754	98,9	33 900	96,1	31 621	108,2
Erftkreis	35 558	107,4	38 308	108,6	26 643	91,2
Euskirchen	30 207	91,2	32 664	92,6	26 016	89,0
Heinsberg	29 916	90,3	30 400	86,2	24 279	83,1
Oberbergischer Kreis	32 158	97,1	34 354	97,4	28 216	96,6
Rhein.-Berg. Kreis	32 212	97,3	34 370	97,4	31 440	107,6
Rhein-Sieg-Kreis	32 081	96,9	35 176	99,7	26 891	92,0
Bottrop	31 281	94,5	32 763	92,8	25 919	88,7
Gelsenkirchen	33 161	100,1	35 045	99,3	27 227	93,2
Münster	32 462	98,0	33 246	94,2	30 069	102,9
Borken	29 738	89,2	31 744	90,0	24 617	84,3
Coesfeld	28 558	86,2	30 079	85,2	25 128	86,0
Recklinghausen	32 356	97,7	35 497	100,6	26 467	90,6
Steinfurt	29 799	90,0	31 165	88,3	25 208	86,3
Warendorf	31 905	96,4	34 468	97,7	25 052	85,7
Bielefeld	32 101	96,9	34 412	97,5	29 374	100,5
Gütersloh	31 989	96,6	33 974	96,3	27 593	94,4
Herford	29 906	90,3	31 665	89,7	25 714	88,0
Höxter	28 655	86,5	30 340	86,0	26 236	89,8
Lippe	29 938	90,4	31 907	90,4	26 609	91,1
Minden-Lübbecke	29 685	89,6	31 325	88,8	26 450	90,5
Paderborn	30 879	93,3	33 346	94,5	26 921	92,1
Bochum	34 177	103,2	37 591	106,5	29 980	102,6
Dortmund	34 440	104,0	36 494	103,4	30 436	104,2
Hagen	32 032	96,7	34 779	98,6	28 566	97,8
Hamm	31 217	94,3	34 158	96,8	26 098	89,3
Herne	36 207	109,3	35 169	99,7	26 668	91,3
Ennepe-Ruhr-Kreis	32 803	99,1	35 066	99,4	26 972	92,3
Hochsauerlandkreis	30 435	91,9	32 266	91,4	25 856	88,5
Märkischer Kreis	31 879	96,3	33 834	95,9	27 184	93,0
Olpe	30 471	92,0	32 136	91,1	25 094	85,9
Siegen-Wittgenstein	32 733	98,9	35 445	100,4	27 287	93,4
Soest	30 688	92,7	32 913	93,3	27 430	93,9
Unna	32 019	96,7	34 068	96,5	25 509	87,3
Nordrhein-Westfalen insgesamt	33 116	100	35 290	100	29 220	100

**Durchschnittliches Bruttojahresentgelt je ganzjährigen
Beschäftigungsfall 1980 nach kreisfreien
Städten und Kreisen**

2

Verwaltungsbezirk	DM	Index
Düsseldorf	33 472	110,3
Duisburg	31 697	104,5
Essen	31 788	104,8
Krefeld	30 789	101,5
Mönchengladbach	28 843	95,1
Mülheim a. d. Ruhr	31 807	104,9
Oberhausen	31 264	103,1
Remscheid	30 977	102,1
Solingen	29 170	96,2
Wuppertal	29 768	98,1
Kleve	26 657	87,9
Mettmann	30 790	101,5
Neuss	31 632	104,3
Viersen	27 784	91,6
Wesel	29 512	97,3
Aachen	29 532	97,4
Bonn	30 529	100,6
Köln	32 943	108,6
Leverkusen	34 853	114,9
Aachen	29 125	96,0
Düren	29 679	97,8
Erftkreis	32 402	106,8
Euskirchen	27 760	91,5
Heinsberg	27 262	89,9
Oberbergischer Kreis	29 531	97,4
Rhein.-Berg. Kreis	29 798	98,2
Rhein-Sieg-Kreis	29 656	97,8
Bottrop	28 147	92,8
Gelsenkirchen	30 083	99,2
Münster	29 803	98,3
Borken	27 132	89,4
Coesfeld	26 199	86,4
Recklinghausen	28 998	95,6
Steinfurt	27 387	90,3
Warendorf	29 149	96,1
Bielefeld	29 582	97,5
Gütersloh	29 637	97,7
Herford	27 600	91,0
Höxter	26 421	87,1
Lippe	27 622	91,1
Minden-Lübbecke	27 220	89,7
Paderborn	28 248	93,1
Bochum	31 155	102,7
Dortmund	31 518	103,9
Hagen	29 886	98,5
Hamm	28 632	94,4
Herne	32 906	108,5
Ennepe-Ruhr-Kreis	30 422	100,3
Hochsauerlandkreis	28 204	93,0
Märkischer Kreis	29 771	98,1
Olpe	28 014	92,4
Siegen-Wittgenstein	30 244	99,7
Soest	28 267	93,2
Unna	29 345	96,7
Nordrhein-Westfalen	30 336	100

**Beschäftigte, Umsatz und Investitionen der Betriebe im Bergbau und Verarbeitenden
Gewerbe 1978, 1983 und 1984 nach Hauptgruppen und ausgewählten Wirtschaftszweigen**

3

Hauptgruppe Wirtschaftszweig a = Beschäftigte b = Umsatz in 1 000 DM c = Investitionen in 1 000 DM		1978	1983	1984	Anteil am Verarbeitenden Gewerbe (einschl. Bergbau) insgesamt			Veränderung 1984 gegenüber	
					1978	1983	1984	1978	1983
					%				
Bergbau	a	183 465	177 568	167 529	8,2	9,0	8,6	- 8,7	- 5,7
	b	16 379 226	23 697 429	25 714 914	5,4	6,3	6,4	+ 57,0	+ 8,5
	c	1 267 711	2 381 212	1 782 448	10,8	14,4	11,6	+ 40,6	-25,1
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	a	623 445	543 898	531 284	27,8	27,4	27,2	- 14,8	- 2,3
	b	113 887 455	150 874 863	164 627 064	37,8	40,1	40,8	+ 44,6	+ 9,1
	c	4 380 463	5 767 761	5 179 232	37,3	34,9	33,7	+ 18,2	-10,2
darunter Mineralölverarbeitung	a	7 192	11 186	10 412	0,3	0,6	0,5	+ 44,8	- 6,9
	b	11 252 253	29 795 206	30 338 283	3,7	7,9	7,5	+169,6	+ 1,8
	c	170 793	822 461	192 283	1,5	5,0	1,3	+ 12,6	-76,6
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	a	43 547	39 041	38 554	1,9	2,0	2,0	- 11,5	- 1,2
	b	6 054 479	7 656 863	7 708 458	2,0	2,0	1,9	+ 27,3	+ 0,7
	c	408 522	431 429	439 930	3,5	2,6	2,9	+ 7,7	+ 2,0
eisenschaffende Industrie	a	207 881	166 462	156 968	9,3	8,4	8,0	- 24,5	- 5,7
	b	27 923 557	27 624 682	32 108 490	9,3	7,3	8,0	+ 15,0	+16,2
	c	989 422	1 483 124	1 309 284	8,4	9,0	8,5	+ 32,3	-11,7
chemische Industrie	a	209 783	193 779	193 148	9,3	9,8	9,9	- 7,9	- 0,3
	b	46 793 932	58 753 100	64 672 343	15,5	15,6	16,0	+ 38,2	+10,1
	c	1 986 093	1 991 811	2 068 858	16,9	12,0	13,5	+ 4,2	+ 3,9
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	a	919 541	833 260	826 753	40,9	42,0	42,4	- 10,1	- 0,8
	b	101 519 415	120 747 714	128 149 751	33,7	32,1	31,8	+ 26,2	+ 6,1
	c	3 660 582	4 996 954	5 276 729	31,1	30,2	34,3	+ 44,2	+ 5,6
darunter Stahl- und Leichtmetallbau, Schienenfahrzeugbau	a	89 515	79 145	75 596	4,0	4,0	3,9	- 15,5	- 4,5
	b	10 745 429	10 201 894	10 421 556	3,6	2,7	2,6	- 3,0	+ 2,2
	c	209 313	267 675	236 170	1,8	1,6	1,5	+ 12,8	-11,8
Maschinenbau	a	301 992	276 907	268 860	13,4	14,0	13,8	- 11,0	- 2,9
	b	30 720 500	37 662 468	40 659 520	10,2	10,0	10,1	+ 32,4	+ 8,0
	c	1 008 257	1 305 148	1 190 567	8,6	7,9	7,7	+ 18,1	- 8,8
Straßenfahrzeugbau Reparatur von Kraftfahrzeugen	a	129 384	118 161	120 645	5,8	6,0	6,2	- 6,8	+ 2,1
	b	19 590 460	22 828 482	23 431 298	6,5	6,1	5,8	+ 19,6	+ 2,6
	c	1 000 933	1 493 826	1 583 529	8,5	9,0	10,3	+ 58,2	+ 6,0
Elektrotechnik, Reparatur von elektrischen Haushaltsgeräten	a	182 331	171 981	171 650	8,1	8,7	8,8	- 5,9	- 0,2
	b	18 327 925	23 216 245	24 218 233	6,1	6,2	6,0	+ 32,1	+ 4,3
	c	586 896	888 154	905 419	5,0	5,4	5,9	+ 54,3	+ 1,9
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	a	406 430	323 293	319 289	18,1	16,3	16,4	- 21,4	- 1,2
	b	43 398 663	48 671 153	51 526 909	14,4	12,9	12,8	+ 18,7	+ 5,9
	c	1 637 331	2 169 981	2 009 351	13,9	13,1	13,1	+ 22,7	- 7,4
darunter Herstellung von Kunststoffwaren	a	55 873	50 324	50 927	2,5	2,5	2,6	- 8,9	+ 1,2
	b	6 492 594	8 213 058	8 975 008	2,2	2,2	2,2	+ 38,2	+ 9,3
	c	355 211	435 869	461 792	3,0	2,6	3,0	+ 30,0	+ 5,9
Ledererzeugung	a	1 762	1 440	1 436	0,1	0,1	0,1	- 18,5	- 0,3
	b	277 918	351 946	411 424	0,1	0,1	0,1	+ 48,0	+16,9
	c	20 049	14 276	5 557	0,2	0,1	0,0	- 72,3	-61,1
Textilgewerbe	a	89 205	61 548	61 112	4,0	3,1	3,1	- 31,5	- 0,7
	b	10 010 032	9 587 419	10 185 626	3,3	2,5	2,5	+ 1,8	+ 6,2
	c	322 124	350 637	359 897	2,7	2,1	2,3	+ 11,7	+ 2,6
Bekleidungs-gewerbe	a	63 894	44 395	43 604	2,8	2,2	2,2	- 31,8	- 1,8
	b	5 466 192	5 468 805	6 165 111	1,8	1,5	1,5	+ 12,8	+12,7
	c	81 608	87 564	88 308	0,7	0,5	0,6	+ 8,2	+ 0,8
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	a	113 053	104 664	106 216	5,0	5,3	5,4	- 6,0	+ 1,5
	b	26 195 194	32 353 240	33 504 466	8,7	8,6	8,3	+ 27,9	+ 3,6
	c	808 289	1 215 944	1 124 799	6,9	7,4	7,3	+ 39,2	- 7,5
Verarbeitendes Gewerbe (einschl. Bergbau) insgesamt	a	2 245 934	1 982 683	1 951 071	100	100	100	- 13,1	- 1,6
	b	301 379 955	376 344 389	403 523 101	100	100	100	+ 33,9	+ 7,2
	c	11 754 380	16 531 852	15 372 567	100	100	100	+ 30,8	- 7,0

Lfd. Nr.	Hauptgruppe Wirtschaftszweig Betriebsgrößenklasse	Betriebe 31. 12.		Beschäftigte 30. 9.	Gesamtumsatz ¹⁾
		insgesamt	mit Investitionen		
1	Bergbau	113	100	167 529	25 714 914
2	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe davon	1 852	1 619	531 284	164 627 064
3	Mineralölverarbeitung	20	20	10 412	30 338 283
4	Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	668	544	38 554	7 708 458
5	eisenschaffende Industrie	125	119	156 968	32 108 490
6	NE-Metallerzeugung, NE-Metall- halbzeugwerke	90	85	30 884	10 301 309
7	Gießerei	200	178	38 270	4 680 623
8	Ziehereien, Kaltwalzwerke und Mechanik	175	150	25 255	6 284 864
9	chemische Industrie	388	359	193 148	64 672 343
10	Holzbearbeitung	94	77	9 561	2 035 887
11	Zellstoff-, Holzschliff-, Papier- und Pappeerzeugung	43	41	13 567	4 323 989
12	Gummiverarbeitung	49	46	14 665	2 172 815
13	Investitionsgüter produzierendes Gewerbe davon	4 824	4 280	826 753	128 149 751
14	Herstellung von Gesenk-, Preß- und Stanzteilen, Stahlverformung	526	478	54 240	7 680 313
15	Stahl- und Leichtmetallbau, Schienenfahrzeugbau	475	395	75 596	10 421 556
16	Maschinenbau	1 448	1 294	268 860	40 659 520
17	Straßenfahrzeugbau, Reparatur von Kraftfahrzeugen u. a.	458	409	120 645	23 431 298
18	Schiffbau	12	10	1 052	106 372
19	Luft- und Raumfahrzeugbau	7	.	.	.
20	Elektrotechnik, Reparatur von elektrischen Haushaltsgeräten	747	658	171 650	24 218 233
21	Feinmechanik, Optik, Herst. von Uhren	198	171	12 614	1 567 744
22	Herstellung von Eisen-, Blech- und Metallwaren	943	849	111 182	17 778 600
23	Herstellung von Büromaschinen, ADV-Geräten und -Einrichtungen	10	.	.	.
24	Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe davon	2 978	2 522	319 289	51 526 909
25	Herstellung von Musikinstrumenten, Spielwaren u. a.	49	43	4 613	433 502
26	Feinkeramik	14	11	2 838	345 448
27	Herstellung und Verarbeitung von Glas	60	54	20 879	3 153 668
28	Holzverarbeitung	626	515	59 282	9 435 043
29	Papier- und Pappeverarbeitung	219	199	32 253	6 564 011
30	Druckerei, Vervielfältigung	395	350	35 025	4 830 546
31	Herstellung von Kunststoffwaren	510	450	50 927	8 975 008
32	Ledererzeugung	16	14	1 436	411 424
33	Lederverarbeitung	78	62	7 320	1 027 521
34	Textilgewerbe	445	395	61 112	10 185 626
35	Bekleidungsgewerbe	566	429	43 604	6 165 111
36	Nahrungs- und Genußmittelgewerbe davon	766	688	106 216	33 504 466
37	Ernährungsgewerbe	751	674	103 934	33 234 309
38	Tabakverarbeitung	15	14	2 282	270 159
39	Verarbeitendes Gewerbe (einschl. Bergbau)	10 533	9 209	1 951 071	403 523 101
	Betriebe mit . . . Beschäftigten				
40	1 — 19	525	310	4 808	1 450 867
41	20 — 49	4 089	3 403	133 402	21 606 301
42	50 — 99	2 534	2 281	178 319	30 480 112
43	100 — 199	1 591	1 494	224 126	40 739 863
44	200 — 499	1 124	1 066	344 962	70 215 706
45	500 — 999	378	365	267 498	63 288 353
46	1 000 — 4 999	266	264	515 684	111 600 627
47	5 000 und mehr	26	26	282 272	64 141 301

1) ohne Umsatzsteuer

Investitionen der Betriebe 1984 nach Hauptgruppen und Wirtschaftszweigen sowie nach Betriebsgrößenklassen

4

Zugänge auf den Anlagekonten					Investitionen		Lfd. Nr.
Gebäude und bebaute Grundstücke	unbebaute Grundstücke	Maschinen und maschinelle Anlagen, Werkzeuge, Betriebs- und Geschäftsausstattung	Zugänge insgesamt	darunter bebaute Grundstücke und Gebäude in gebrauchtem Zustand	je Beschäftigten	Anteil am Gesamtumsatz ¹⁾	
1 000 DM					DM	%	
283 981	178 794	1 319 673	1 782 448	45 459	10 640	6,9	1
655 873	143 544	4 379 815	5 179 232	81 597	9 749	3,1	2
9 580	1 649	181 054	192 283	.	18 467	0,6	3
43 188	47 529	349 213	439 930	2 741	11 411	5,7	4
116 713	61 628	1 130 943	1 309 284	27 504	8 341	4,1	5
.	.	286 964	313 094	.	10 138	3,0	6
24 404	4 065	201 455	229 924	.	6 008	4,9	7
32 857	3 927	122 147	158 931	18 823	6 293	2,5	8
323 235	21 388	1 724 235	2 068 858	19 326	10 711	3,2	9
.	.	72 767	88 416	—	9 248	4,3	10
.	.	230 998	282 409	.	20 816	6,5	11
.	.	80 040	96 108	.	6 554	4,4	12
760 540	31 014	4 485 175	5 276 729	67 246	6 382	4,1	13
60 493	3 889	299 215	363 597	14 936	6 703	4,7	14
39 094	.	.	236 170	.	3 124	2,3	15
210 736	7 250	972 581	1 190 567	19 820	4 428	2,9	16
121 646	5 683	1 456 200	1 583 529	3 179	13 126	6,8	17
.	.	3 181	3 499	.	3 326	3,3	18
.	19
148 014	4 666	752 739	905 419	7 426	5 275	3,7	20
17 582	2 303	54 880	74 765	.	5 927	4,8	21
115 714	4 620	527 965	648 299	15 619	5 831	3,6	22
.	23
332 647	14 095	1 662 609	2 009 351	32 910	6 293	3,9	24
682	—	19 313	19 995	.	4 334	4,6	25
8 573	—	20 206	28 779	—	10 141	8,3	26
65 686	1 328	223 169	290 183	.	13 898	9,2	27
55 029	6 885	191 458	253 372	2 140	4 274	2,7	28
.	.	208 636	228 585	.	7 087	3,5	29
20 900	815	232 213	253 928	.	7 250	5,3	30
75 933	2 945	382 914	461 792	13 686	9 068	5,1	31
.	—	.	5 557	—	3 870	1,4	32
1 509	.	.	18 958	.	2 590	1,8	33
57 663	1 059	301 175	359 897	8 909	5 889	3,5	34
26 871	746	60 691	88 308	6 294	2 025	1,4	35
235 748	22 112	866 939	1 124 799	57 181	10 590	3,4	36
.	.	862 681	1 114 599	.	10 724	3,4	37
.	.	4 258	10 202	.	4 471	3,8	38
2 268 793	389 561	12 714 213	15 372 567	284 396	7 879	3,8	39
6 849	1 086	52 181	60 116	273	12 503	4,1	40
148 938	16 036	551 497	716 471	22 674	5 371	3,3	41
257 759	30 197	808 265	1 096 221	31 599	6 148	3,6	42
295 407	38 526	1 217 442	1 551 375	37 275	6 922	3,8	43
378 543	94 449	1 828 003	2 300 995	58 064	6 670	3,3	44
297 273	23 262	1 924 743	2 245 278	25 168	8 394	3,5	45
594 350	178 335	3 403 929	4 176 614	87 331	8 099	3,7	46
289 662	7 670	2 928 151	3 225 483	22 014	11 427	5,0	47

Lfd. Nr.	Hauptgruppe	Beschäftigte (30. 9.)		
		1978	1983	1984
		Anzahl		
				Ruhr
1	Bergbau	144 468	136 663	127 441
2	Grundstoff- und Produktions- gütergewerbe	215 559	177 626	169 609
3	Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	200 976	180 685	173 242
4	Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	51 877	40 865	39 366
5	Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	27 548	24 595	24 928
6	Verarbeitendes Gewerbe (einschl. Bergbau) insgesamt	640 428	560 434	534 586
				Anteil des Ruhrgebietes an
7	Bergbau	78,7	77,0	76,1
8	Grundstoff- und Produktions- gütergewerbe	34,6	32,7	31,9
9	Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	21,9	21,7	21,0
10	Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	12,8	12,6	12,3
11	Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	24,4	23,5	23,5
12	Verarbeitendes Gewerbe (einschl. Bergbau) insgesamt	28,5	28,3	27,4

Lfd. Nr.	Hauptgruppe	bezogene Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe (ohne Handelsware)			Halbfertigwaren und Fertigerzeugnisse aus eigener Produktion		
		1978	1983	1984	1978	1983	1984
1	Bergbau	419 663	511 224	516 154	2 001 448	3 267 016	2 138 310
2	Grundstoff- und Produktionsgüter- gewerbe	6 160 439	7 078 231	7 673 039	8 737 036	11 730 269	13 053 756
3	Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	5 452 510	6 431 416	7 019 443	16 728 911	23 400 087	23 286 932
4	Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	2 363 801	2 655 769	2 833 889	3 441 468	3 639 816	3 870 199
5	Nahrungs- und Genußmittel- gewerbe	1 178 108	1 437 571	1 356 061	1 289 272	1 475 088	1 554 544
6	Verarbeitendes Gewerbe (einschl. Bergbau) insgesamt	15 574 525	18 114 211	19 398 592	32 198 143	43 512 276	43 903 746

Beschäftigte, Umsatz und Investitionen der Betriebe im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe des Ruhrgebiets 1978, 1983 und 1984 nach Hauptgruppen

5

Umsatz			Investitionen			Lfd. Nr.
1978	1983	1984	1978	1983	1984	
1 000 DM						
gebiet						
12 885 245	18 237 599	19 655 197	527 419	735 385	724 719	1
42 845 728	55 103 628	58 215 514	1 364 873	2 540 868	1 946 678	2
23 044 043	29 469 843	28 618 865	928 753	800 637	1 104 458	3
5 440 116	6 083 950	6 658 989	228 727	270 730	200 894	4
5 726 982	7 025 280	7 202 780	219 391	256 257	234 698	5
89 942 118	115 920 300	120 351 345	3 269 273	4 603 877	4 211 451	6
Nordrhein-Westfalen in %						
78,7	77,0	76,4	41,6	30,9	40,7	7
37,6	36,5	35,4	31,2	44,1	37,6	8
22,7	24,4	22,3	25,4	16,0	20,9	9
12,5	12,5	12,9	14,0	12,5	10,9	10
21,9	21,7	21,5	27,1	21,1	20,9	11
29,8	30,8	29,8	27,8	27,8	27,4	12

Lagerbestände der Betriebe im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe 1978, 1983 und 1984 nach Hauptgruppen

6

Lagerbestände am 31. 12. (1 000 DM)						Lfd. Nr.
Handelsware			insgesamt			
1978	1983	1984	1978	1983	1984	
7 595	10 077	4 205	2 428 705	3 788 317	2 658 669	1
989 316	998 691	1 191 511	15 886 791	19 807 191	21 918 305	2
1 213 069	1 423 769	1 472 390	23 394 491	31 255 272	31 778 764	3
410 283	424 854	441 601	6 215 552	6 720 439	7 145 689	4
210 728	228 836	170 810	2 678 108	3 141 495	3 081 416	5
2 830 990	3 086 227	3 280 517	50 603 658	64 718 714	66 582 855	6

Lfd. Nr.	Straftaten gegen das Gesetz über den Verkehr mit Betäubungsmitteln Alter Geschlecht		Verurteilte wegen		
			insgesamt	davon in	
				Tötung oder Körperverletzung (§§ 211 — 213, 223a — 226 StGB)	Raub (§§ 249 — 252, 255 StGB)
				allein oder	
1	Unerlaubtes Anbauen, Herstellen von, Handeltreiben mit Betäubungsmitteln als Mitglied einer Bande (§ 30 Abs. 1 Nr. 1)	Jugendliche Heranwachsende Erwachsene Zusammen Männer Frauen	— 4 11 15 14 1	— — — — — —	— — — — — —
2	Gewerbsmäßige Abgabe von Betäubungs- mitteln durch Erwachsene an Jugendliche (§ 30 Abs. 1 Nr. 2)	Jugendliche Heranwachsende Erwachsene Zusammen Männer Frauen	— 2 3 5 5 —	— — — — — —	— — — — — —
3	Abgabe von Betäubungsmitteln mit Todesfolge (§ 30 Abs. 1 Nr. 3)	Jugendliche Heranwachsende Erwachsene Zusammen Männer Frauen	— — 5 5 5 —	— — — — — —	— — — — — —
4	Einfuhr von Betäubungsmitteln in nicht geringer Menge (§ 30 Abs. 1 Nr. 4)	Jugendliche Heranwachsende Erwachsene Zusammen Männer Frauen	14 129 615 758 649 109	— — 1 1 1 —	— 4 1 5 5 —
5	Andere gewerbsmäßig begangene Straftaten gegen das Gesetz über den Verkehr mit Betäubungsmitteln (§ 29 Abs. 3 Nr. 1)	Jugendliche Heranwachsende Erwachsene Zusammen Männer Frauen	7 33 161 201 182 19	— — — — — —	— 1 1 2 2 —
6	Gefährdung der Gesundheit mehrerer Menschen durch Betäubungsmittel (§ 29 Abs. 3 Nr. 2)	Jugendliche Heranwachsende Erwachsene Zusammen Männer Frauen	— — 1 1 1 —	— — — — — —	— — — — — —
7	Abgabe von Betäubungsmitteln durch Erwachsene an Jugendliche (§ 29 Abs. 3 Nr. 3)	Jugendliche Heranwachsende Erwachsene Zusammen Männer Frauen	1 2 13 16 14 2	— — 1 1 1 —	— — — — — —
8	Handeln mit, Besitz oder Abgabe von Betäubungsmitteln in nicht geringer Menge (§ 29 Abs. 3 Nr. 4)	Jugendliche Heranwachsende Erwachsene Zusammen Männer Frauen	11 74 324 409 362 47	— — — — — —	— — — — — —
9	Andere vorsätzliche Straftaten gegen das Gesetz über den Verkehr mit Betäubungsmitteln (§ 29 Abs. 1)	Jugendliche Heranwachsende Erwachsene Zusammen Männer Frauen	365 1 451 3 166 4 982 4 340 642	4 2 2 8 8 —	6 3 15 24 22 2
10	Fahrlässige Straftaten gegen das Gesetz über den Verkehr mit Betäubungsmitteln (§ 29 Abs. 4)	Jugendliche Heranwachsende Erwachsene Zusammen Männer Frauen	— — — — — —	— — — — — —	— — — — — —
	Insgesamt	Jugendliche Heranwachsende Erwachsene Zusammen Männer Frauen	398 1 695 4 299 6 392 5 572 820	4 2 4 10 10 —	6 8 17 31 29 2

**Die Verurteilten wegen Straftaten gegen das
Gesetz über den Verkehr mit Betäubungsmitteln 1984**

nebenstehender Straftat					Lfd. Nr.
Verbindung mit (§ 52, 53 StGB)					
Diebstahl (§§ 242 — 244 StGB)	Urkundenfälschung (§ 267 StGB)	Betrug (§ 263 StGB)	(nur) anderen Straftaten	nicht i. V. m. Straftaten nach dem StGB	
weiteren Straftaten					
—	—	—	—	—	1
—	—	—	—	4	
—	—	—	—	11	
—	—	—	—	15	
—	—	—	—	14	
—	—	—	—	1	
—	—	—	—	—	2
—	—	—	1	1	
—	—	—	—	3	
—	—	—	1	4	
—	—	—	1	4	
—	—	—	—	—	3
—	—	—	—	—	
—	—	—	1	4	
—	—	—	1	4	
—	—	—	1	4	
—	—	—	—	—	
—	—	—	1	13	4
3	—	—	2	120	
3	—	1	3	606	
6	—	1	6	739	
6	—	1	6	630	
—	—	—	—	109	
—	—	—	—	7	5
1	—	—	—	31	
3	—	2	1	154	
4	—	2	1	192	
4	—	2	1	173	
—	—	—	—	19	
—	—	—	—	—	6
—	—	—	—	—	
—	—	—	—	1	
—	—	—	—	1	
—	—	—	—	1	
—	—	—	—	—	
—	—	—	—	1	7
—	—	—	—	2	
—	—	—	—	12	
—	—	—	—	15	
—	—	—	—	13	
—	—	—	—	2	
—	—	—	—	11	8
3	—	—	—	71	
4	2	2	8	308	
7	2	2	8	390	
7	—	2	8	345	
—	2	—	—	45	
35	1	2	17	300	9
112	5	8	45	1 276	
96	26	9	62	2 956	
243	32	19	124	4 532	
200	31	16	117	3 946	
43	1	3	7	586	
—	—	—	—	—	10
—	—	—	—	—	
—	—	—	—	—	
—	—	—	—	—	
—	—	—	—	—	
35	1	2	18	332	
119	5	8	48	1 505	
106	28	14	75	4 055	
260	34	24	141	5 892	
217	31	21	134	5 130	
43	3	3	7	762	

Aktuelle LDS-Veröffentlichungen

Zusammenfassende Schriften

- Statistisches Jahrbuch Nordrhein-Westfalen, Ausgabe 1985
(690 S., 39,00 DM; Bestell-Nr. Z 02 1 8500)
- Kreisstandardzahlen Nordrhein-Westfalen, Ausgabe 1985
(122 S., 9,00 DM; Bestell-Nr. Z 03 1 8500)
- Die Gemeinden Nordrhein-Westfalens, Informationen aus der amtlichen Statistik, Ausgabe 1985
(344 S., 13,00 DM; Bestell-Nr. Z 04 1 8500)
- Statistische Rundschau Ruhrgebiet 1985
(198 S., 10,00 DM; Bestell-Nr. Z 05 1 8500)

Sonderveröffentlichungen

- MAGS/LDS: Jahresgesundheitsbericht NRW 1984
(176 S., 16,50 DM; Bestell-Nr. A 52 4 8400)
- Postanschriften der Kreise und Gemeinden Nordrhein-Westfalens, Ausgabe 1985
(68 S., 6,00 DM; Bestell-Nr. Z 13 5 8500)
- Verzeichnis der Krankenhäuser in NRW, Ausgabe 1985
(358 S., 17,00 DM; Bestell-Nr. A 53 5 8500)
- Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, Gemeinschaftsveröffentlichung der statistischen Landesämter, Heft 14: Bruttowertschöpfung der kreisfreien Städte und Landkreise in der Bundesrepublik Deutschland
(102 S., 10,00 DM; Bestell-Nr. P 51 4 1400)
- Bundestagswahl in NRW 1987, Heft 1: Ergebnisse früherer Wahlen
(86 S., 7,00 DM; Bestell-Nr. B 71 3 8700)

Beiträge zur Statistik

- Heft 545: Vorausberechnung der Bevölkerung in NRW 1984 – 2000/2010
(104 S., 9,50 DM; Bestell-Nr. A 18 2 8400)
- Heft 541: Berufsbildende Schulen in NRW 1984
(210 S., 20,00 DM; Bestell-Nr. B 21 2 8400)
- Heft 543: Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe in NRW, Produktion ausgewählter Erzeugnisse 1978 – 1984
(158 S., 15,50 DM; Bestell-Nr. E 79 2 8400)
- Heft 546: Berufsbildungsstatistik NRW 1984
(246 S., 23,50 DM; Bestell-Nr. B 25 2 8400)
- Heft 549: Die Kapitalgesellschaften in NRW 1981 bis 1984
(176 S., 17,00 DM; Bestell-Nr. D 11 2 8400)
- Heft 550: Kunststoffverarbeitende Industrie in NRW 1978 bis 1984
(134 S., 13,00 DM; Bestell-Nr. E 92 2 8400)
- Heft 551: Das Eisen-, Blech- und Metallwarengewerbe in NRW 1978 bis 1984
(146 S., 14,00 DM; Bestell-Nr. E 91 2 8400)

Statistische Berichte

- Die Bevölkerung der Gemeinden Nordrhein-Westfalens am 30. 6. 1985
(32 S., 3,00 DM; Bestell-Nr. A 12 3 8521)
- Das Personal der öffentlichen Verwaltung in NRW 1984
(158 S., 15,50 DM; Bestell-Nr. L 32 3 8400)
- Öffentliche Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung in NRW 1983, Teil 1: Wasserversorgung
(80 S., 8,50 DM; Bestell-Nr. 1 10 3 8300)
- Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe in NRW 1983
(42 S., 4,50 DM; Bestell-Nr. Q 12 3 8300)
- Unfälle bei Lagerung und Transport wassergefährdender Stoffe in NRW 1983
(16 S., 2,00 DM; Bestell-Nr. Q 13 3 8300)

Zu beziehen

direkt vom Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NRW (LDS),
Postfach 1105, Mauerstraße 51, 4000 Düsseldorf 1.

Auf Wunsch senden wir Ihnen gern unser Veröffentlichungsverzeichnis.

ZAHLENSPIEGEL

Zahlenspiegel Nordrhein-Westfalen

Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	1983	1984
			Monatsdurchschnitt	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit				
1	* Bevölkerung am Monatsende ¹⁾	1 000	16 900	16 777
Natürliche Bevölkerungsbewegung ¹⁾				
2	* Eheschließungen ²⁾	Anzahl	8 752	8 503
3	* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		6,2	6,1
4	* Lebendgeborene ³⁾	Anzahl	13 466	13 192
5	* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		9,6	9,4
6	* Totgeborene	je 1 000 Geborene	5,2	4,7
7	* Gestorbene ⁴⁾ ohne Totgeborene	Anzahl	16 242	15 710
8	* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		11,5	11,2
9	* darunter im ersten Lebensjahr	Anzahl	156	148
10	* je 1 000 Lebendgeborene		11,6	11,2
11	* Geburten- (+) bzw. Sterbefallüberschuß (—)	Anzahl	—2 776	—2 517
12	* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		—2,0	— 1,8
Wanderungen				
13	* über die Grenzen des Landes Zugezogene	Anzahl	15 005	16 719
14	* über die Grenzen des Landes Fortgezogene	"	22 617	25 276
15	* Wanderungsgewinn (+) bzw. -verlust (—)	"	—7 612	—8 557
16	* innerhalb des Landes Umgezogene ⁶⁾	"	38 611	36 562
Arbeitsmarkt				
17	* Arbeitslose am Monatsende	1 000	708	717
18	* darunter Männer	"	409	411
Landwirtschaft				
Viehbestand ⁷⁾				
19	* Rindvieh (einschl. Kälbern)	1 000	2 051	2 077
20	* darunter Milchkühe (ohne Ammen- und Mutterkühe)	"	666	639
21	* Schweine	"	5 978	6 177
22	* darunter Schlacht- und Mastschweine	"	2 204	2 319
23	* Zuchtsauen	"	693	706
24	* darunter trächtig	"	448	466
Schlachtungen von Inlandstieren, Auslandstieren, Tieren aus der DDR und Berlin (Ost)				
25	* Rinder	1 000 St.	70	77
26	* Kälber	"	19	21
27	* Schweine	"	910	942
28	* darunter Hausschlachtungen	"	18	16
29	* Schlachtmengen ⁸⁾	1 000 t	96	100
30	* darunter Rinder	"	20	22
31	* Kälber	"	2	3
32	* Schweine	"	74	76
Geflügel				
eingelegte Bruteier ⁹⁾				
33	* für Legehennenküken	1 000	2 153	2 222
34	* für Masthühnerküken	"	2 842	2 782
35	* Geflügelfleisch ¹⁰⁾	1 000 kg	3 053	3 003
Milcherzeugung				
36	* Kuhmilcherzeugung	1 000 t	277	271
37	* darunter an Molkereien und Händler geliefert	%	97,1	96,9
38	* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	14,3	13,3
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe ¹¹⁾				
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe insgesamt				
39	Auftragseingangsindex (nominal)	1980 = 100	104	114
40	* Index der Nettoproduktion (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)	1980 = 100	94	96
41	* Beschäftigte am Monatsende (einschl. der tätigen Inhaber)	1 000	1 980	1 942
42	* darunter Arbeiter (einschl. der gewerblich Auszubildenden)	"	1 385	1 357
43	* geleistete Arbeiterstunden	"	192 601	190 156
44	* Löhne (brutto)	Mill. DM	3 935	4 004
45	* Gehälter (brutto)	"	2 633	2 694
46	* Gesamtumsatz (ohne MWSt.)	"	31 230	33 635
47	* darunter Auslandsumsatz	"	8 528	9 737

1) Bei den Werten des Jahres 1985 handelt es sich um vorläufige Werte. — 2) nach dem Ereignisort — 3) nach der Wohngemeinde der Mutter — 1984 — 6) ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene — 7) statt Monatsdurchschnitt 1983 bzw. 1984: Viehbestand am 2. Dezember 1983 bzw. Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern — 10) aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von

1984			1985				Lfd. Nr.
Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember	
16 734	16 731	16 704	16 682	16 678	1
7 801	7 392	9 739	8 936	8 748	2
5,5	5,4	6,9	6,5	6,2	3
13 523	12 776	12 631	14 234	14 094	4
9,5	9,3	8,9	10,4	9,9	5
4,9	3,7	4,8	3,8	4,0	6
15 793	15 621	15 817	14 772	15 540	7
11,1	11,4	11,2	10,8	11,0	8
158	149	124	128	133	9
11,7	11,7	9,8	9,0	9,4	10
-2 270	-2 845	-3 186	-538	-1 446	11
-1,6	-2,1	-2,3	-0,4	-1,0	12
19 538	16 790	13 653 ⁵⁾	21 027	21 010	13
24 633	17 877	37 196 ⁵⁾	22 519	23 488	14
-5 095	-1 087	-23 543 ⁵⁾	-1 492	-2 478	15
42 356	36 591	32 135	40 577	42 743	16
698	702	720	713	709	718	739	17
390	396	412	387	384	393	412	18
.	.	2 077	.	.	.	2 069	19
.	.	639	.	.	.	622	20
.	.	6 177	.	.	.	6 356	21
.	.	2 319	.	.	.	2 296	22
.	.	706	.	.	.	731	23
.	.	466	.	.	.	474	24
96	91	75	77	91	87	74	25
21	22	21	27	26	22	23	26
1 037	986	911	1 038	1 113	1 037	1 022	27
12	27	28	7	11	28	25	28
113	106	96	110	121	111	107	29
27	24	21	22	26	24	21	30
3	3	3	3	3	3	3	31
84	79	72	84	90	84	82	32
1 618	1 799	1 187	1 713	1 380	1 404	1 342	33
2 641	2 598	2 218	2 895	2 998	2 496	2 903	34
3 415	3 043	3 055	3 457	3 613	3 292	3 505	35
227	220	235	243	242	224	241	36
95,8	95,5	95,5	96,2	96,2	95,7	95,7	37
11,0	11,0	11,4	12,6	12,2	11,7	12,2	38
128	117	107	120	131	121	109	39
98	106	100	103	102	111	99	40
1 947	1 942	1 931	1 970	1 962	1 959	1 947	41
1 361	1 356	1 347	1 381	1 374	1 371	1 360	42
209 134	196 514	169 321	194 990	208 843	193 014	171 000	43
4 474	4 695	4 168	4 103	4 723	4 855	4 333	44
2 638	3 528	2 871	2 667	2 733	3 688	2 994	45
38 532	35 276	34 376	37 385	38 976	35 711	36 136	46
12 061	10 011	10 656	10 868	11 202	10 363	11 969	47

4) nach der Wohngemeinde des Verstorbenen — 5) einschl. nachträglich einbezogener Buchungsvorgänge des Zeitraumes Januar bis November 3. Dezember 1984 — 8) aus gewerbl. Schlachtungen (ohne Geflügel); einschl. Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien — 9) in Betrieben mit einem 2 000 und mehr Tieren im Monat — 11) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

Zahlenspiegel Nordrhein-Westfalen

Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	1983	1984
			Monatsdurchschnitt	
Noch: Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾				
1	* Kohleverbrauch	1 000 t SKE ²⁾	2 069	2 245
2	* Gasverbrauch ³⁾	Mill. m ³	981	949
3	* Stadt-, Kokerei- und Ferngas	"	348	304
4	* Erd- und Erdölgas	"	633	645
5	* Heizölverbrauch	1 000 t	452	437
6	* leichtes Heizöl	"	110	109
7	* schweres Heizöl	"	342	328
8	* Stromverbrauch	Mill. kWh	6 125	6 389
9	* Stromerzeugung (industrielle Eigenerzeugung)	"	2 721	2 824
Bergbau				
10	* Index der Nettoproduktion (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)	1980 = 100	93	88
11	Beschäftigte (einschl. der tätigen Inhaber) ⁴⁾	1 000	176	168
12	darunter Arbeiter (einschl. der gewerblich Auszubildenden)	"	145	136
13	geleistete Arbeiterstunden	"	17 361	15 963
14	Löhne (brutto)	Mill. DM	440	428
15	Gehälter (brutto)	"	168	169
16	Gesamtumsatz (ohne MWSt.)	"	1 970	2 143
17	darunter Auslandsumsatz	"	279	335
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe				
18	Auftragseingangsindex (nominal)	1980 = 100	104	118
19	* Index der Nettoproduktion (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)	1980 = 100	92	97
20	Beschäftigte (einschl. der tätigen Inhaber) ⁴⁾	1 000	548	530
21	darunter Arbeiter (einschl. der gewerblich Auszubildenden)	"	369	356
22	geleistete Arbeiterstunden	"	50 944	50 374
23	Löhne (brutto)	Mill. DM	1 128	1 159
24	Gehälter (brutto)	"	841	869
25	Gesamtumsatz (ohne MWSt.)	"	12 383	13 684
26	darunter Auslandsumsatz	"	3 742	4 241
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe				
27	Auftragseingangsindex (nominal)	1980 = 100	104	112
28	* Index der Nettoproduktion (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)	1980 = 100	95	96
29	Beschäftigte (einschl. der tätigen Inhaber) ⁴⁾	1 000	831	822
30	darunter Arbeiter (einschl. der gewerblich Auszubildenden)	"	566	561
31	geleistete Arbeiterstunden	"	80 026	79 931
32	Löhne (brutto)	Mill. DM	1 594	1 629
33	Gehälter (brutto)	"	1 169	1 197
34	Gesamtumsatz (ohne MWSt.)	"	10 071	10 708
35	darunter Auslandsumsatz	"	3 581	4 101
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe				
36	Auftragseingangsindex (nominal)	1980 = 100	106	112
37	* Index der Nettoproduktion (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)	1980 = 100	92	95
38	Beschäftigte (einschl. der tätigen Inhaber) ⁴⁾	1 000	322	319
39	darunter Arbeiter (einschl. der gewerblich Auszubildenden)	"	238	237
40	geleistete Arbeiterstunden	"	33 855	33 585
41	Löhne (brutto)	Mill. DM	603	616
42	Gehälter (brutto)	"	321	325
43	Gesamtumsatz (ohne MWSt.)	"	4 072	4 307
44	darunter Auslandsumsatz	"	754	862
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe				
45	* Index der Nettoproduktion (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)	1980 = 100	103	102
46	Beschäftigte (einschl. der tätigen Inhaber) ⁴⁾	1 000	103	103
47	darunter Arbeiter (einschl. der gewerblich Auszubildenden)	"	67	67
48	geleistete Arbeiterstunden	"	10 415	10 303
49	Löhne (brutto)	Mill. DM	170	172
50	Gehälter (brutto)	"	134	134
51	Gesamtumsatz (ohne MWSt.)	"	2 734	2 793
52	darunter Auslandsumsatz	"	172	198
Handwerk ⁵⁾				
53	* Beschäftigte (einschl. der tätigen Inhaber) ⁶⁾	30. 9. 76 = 100	96,8	96,9
54	* Gesamtumsatz (ohne Umsatzsteuer)	Vj.-D. 1976 = 100	126,5	128,1

1) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; — ab 1985 werden Brennstoffverbräuche nur noch vierteljährlich
kohle — 3) umgerechnet auf den Heizwert von 35 169 kJ/m³ — 4) am Monatsende — 5) ohne handwerkliche Nebenbetriebe — 6) am Ende des

1984			1985			Lfd. Nr.
Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	
2 321	2 317	2 105	6 330	.	.	1
937	958	936	2 561	.	.	2
309	302	282	970	.	.	3
628	656	654	1 591	.	.	4
443	455	457	968	.	.	5
90	114	121	210	.	.	6
353	341	336	758	.	.	7
6 750	6 509	6 094	6 505r	6 860r	6 631	8
2 883	2 932	2 838	2 410	2 819r	2 985	9
85	93	86	90	91	97	10
166	166	165	165	163	162	11
135	135	134	134	133	132	12
17 167	16 429	13 699	15 960	17 684	15 809	13
728	415	389	406	759	419	14
168	237	164	163	166	241r	15
2 212	2 203	2 630	1 975	2 107	2 141	16
329	337	441	263	265	226	17
125	123	110	118	131	114	18
97	100	89	99	96	101	19
530	528	526	533	530	529	20
355	354	352	358	356	355	21
54 172	51 737	44 540	50 580	53 454r	50 251	22
1 219	1 303	1 253	1 251	1 284r	1 362	23
889	1 139	932	872	907r	1 184r	24
14 964	14 305	12 542	14 774r	15 442r	13 800r	25
4 612	4 406	3 954	4 637r	4 768	4 258r	26
130	114	114	122	133	134	27
100	111	116	110	109	122	28
828	827	823	850	850	850	29
566	564	561	585	584	584	30
89 363	82 906	72 088	84 012	90 283r	83 552r	31
1 721	1 988	1 719	1 690	1 851	2 068r	32
1 146	1 543	1 274	1 191	1 194	1 620r	33
13 317	11 256	12 814	12 909r	13 205	12 342r	34
5 896	4 147	5 321	4 670r	4 849	4 715r	35
132	115	90	128	134	117	36
98	104	91	101	100	107	37
318	317	315	317	315	315	38
236	235	233	235	234	233	39
37 030	34 595	29 344	33 918	36 183	33 032	40
628	769	629	587	643	775	41
306	424	356	313	330	447	42
4 984	4 536	3 746	4 901	5 186	4 606r	43
993	885	757	1 074	1 072	926r	44
107	118	108	104	111	123	45
105	104	102	105	104	103	46
69	68	67	69	67	67	47
11 402	10 847	9 650	10 520r	11 239r	10 370r	48
178	220	178	169	186	231	49
129	185	145	128	136	196	50
3 055	2 976	2 644	2 826	3 036	2 822	51
231	236	183	224	248	238	52
.	.	97,5	97,0	.	.	53
.	.	145,6	128,1	.	.	54

(für das Berichtsquartal) erhoben. — 2) eine t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenkoks = 1,45 t Braunkohlenbriketts = 3,85 t Rohbraun-Berichtsvierteljahres

Zahlenspiegel Nordrhein-Westfalen

Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	1983	1984
			Monatsdurchschnitt	
Öffentliche Energieversorgung				
1	* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	11 493	11 828
2	* Stromverbrauch (einschl. Verlusten)	"	9 742	9 836
3	Stromabgabe der industriellen Eigenanlagen an Fremde	"	1 842	1 877
Bauhauptgewerbe				
Bauhauptgewerbe (nach der Totalerhebung hochgerechnet)				
4	* Beschäftigte (einschl. der tätigen Inhaber) ¹⁾	Anzahl	257 403	251 343
5	* geleistete Arbeitsstunden	1 000	28 274	27 973
6	* darunter für Wohnungsbauten	"	11 607	11 593
7	* gewerbliche und industrielle Bauten ²⁾	"	8 785	8 624
8	* Verkehrs- und öffentliche Bauten	"	7 882	7 757
9	* Löhne (brutto)	Mill. DM	594,5	605,8
10	* Gehälter (brutto)	"	144,1	140,2
11	* baugewerblicher Umsatz (ohne MWSt.)	"	2 038,4	2 076,7
Bautätigkeit und Wohnungswesen				
Baugenehmigungen				
12	* Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	3 113	2 761
13	* darunter mit 1 und 2 Wohnungen	"	2 551	2 359
14	* Rauminhalt	1 000 m ³	4 021	3 193
15	* veranschlagte Kosten der Bauwerke	1 000 DM	1 253 878	1 015 365
16	* Wohnfläche	1 000 m ²	690	551
17	* Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	543	430
18	* Rauminhalt	1 000 m ³	2 970	2 181
19	* veranschlagte Kosten der Bauwerke	1 000 DM	532 174	423 105
20	* Nutzfläche	1 000 m ²	508	360
21	* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	8 685	6 898
Handel und Gastgewerbe				
22	* Index der Umsätze im Einzelhandel ³⁾	1980 = 100	107,8	109,4
davon des Einzelhandels mit				
23	Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	"	112,9	115,0
24	Textilien, Bekleidung, Schuhen, Lederwaren	"	100,7	100,8
25	Einrichtungsgegenständen (ohne elektronische und Haushaltsgroßgeräte)	"	101,2	101,5
26	elektrotechnischen Erzeugnissen, Haushaltsgroß- geräten, Musikinstrumenten	"	106,6	105,4
27	Papierwaren, Druckerzeugnissen, Büromaschinen	"	114,0	118,4
28	pharmazeutischen, kosmetischen und medizinischen Erzeugnissen, Reinigungsmitteln	"	108,3	112,1
29	Kraft- und Schmierstoffen (Tankstellen ohne Agenturtankstellen)	"	122,7	108,6
30	Fahrzeugen, Fahrzeugteilen, -zubehör und -reifen	"	121,1	121,8
31	sonstigen Waren, Waren verschiedener Art ⁴⁾	"	101,2	104,2
32	Index der Umsätze im Großhandel ⁵⁾	1980 = 100	108,7	114,9
davon des Großhandels mit				
33	Rohstoffen und Halbwaren	"	107,6	115,5
34	Fertigwaren	"	110,3	114,1
35	* Index der Umsätze im Gastgewerbe ³⁾	1980 = 100	105,9	107,4
36	davon Beherbergungsgewerbe	"	106,2	113,0
37	Gaststättengewerbe	"	105,6	105,6
38	Kantinen	"	111,0	114,4
Handel mit der DDR und Berlin (Ost)				
39	Bezüge Nordrhein-Westfalens	1 000 DM	160 037	182 534
40	Lieferungen Nordrhein-Westfalens	"	168 837	156 534
41	* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	9 800,7	10 838,7
42	* davon Güter der Ernährungswirtschaft	"	259,6	308,2
43	* Güter der gewerblichen Wirtschaft	"	9 541,1	10 530,5
44	* davon Rohstoffe	"	291,5	318,4
45	* Halbwaren	"	883,6	1 112,9
46	* Fertigwaren	"	8 365,9	9 099,2
47	* davon Vorerzeugnisse	"	2 660,2	3 104,2
48	* Enderzeugnisse	"	5 705,7	5 995,0
Ausfuhr nach ausgewählten Verbrauchsländern				
49	Belgien und Luxemburg	Mill. DM	1 174,5	1 198,3
50	Dänemark	"	180,2	207,4
51	Frankreich	"	954,0	1 055,2
52	Griechenland	"	87,2	90,0
53	Großbritannien	"	793,2	897,7
54	Italien	"	566,9	687,8
55	Niederlande	"	1 104,4	1 229,6
56	Republik Irland	"	54,4	55,3
57	* EG-Länder zusammen	"	4 914,8	5 421,2
58	* EFTA-Länder zusammen	"	1 158,7	1 348,9
59	übrige Länder	"	3 727,1	4 068,7

1) am Monatsende — 2) einschl. landwirtschaftlichen Baus — 3) einschl. Mehrwertsteuer; Berichtsmonat: vorläufige Ergebnisse; Vormonate: end vorläufige Ergebnisse; Vormonate: endgültige Ergebnisse

1984			1985				Lfd. Nr.
Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember	
12 148	11 448	11 797	10 573	12 048	12 458	11 926	1
9 940	9 988	10 598	9 941	10 075	10 849	...	2
1 912	1 949	1 885	1 666	1 886	1 969	1 854	3
248 870	246 993	243 080	237 664	235 903	233 357	228 955	4
32 462	28 600	21 503	28 734	31 144	22 788	19 275	5
12 975	11 020	8 203	9 810	10 469	7 314	6 259	6
9 926	9 032	7 047	9 842	10 676	8 464	7 116	7
9 561	8 548	6 253	9 082	9 999	7 010	5 900	8
658,2	805,3	533,2	592,5	655,7	706,0	497,1	9
130,6	187,1	139,3	131,5	133,3	186,5	140,6	10
2 291,5	2 482,6	2 556,3	2 147,1	2 390,1	2 151,4	2 265,2	11
2 336	2 087	2 368	2 496	2 229	1 819	1 962	12
2 025	1 804	2 109	2 264	2 050	1 641	1 793	13
2 741	2 272	2 502	2 562	2 210	1 863	1 889	14
858 207	726 271	797 490	806 498	675 393	582 294	587 621	15
476	395	430	436	377	325	329	16
363	496	424	533	429	374	415	17
1 601	2 183	2 329	2 944	1 687	1 929	3 376	18
270 956	381 781	558 953	446 350	266 450	348 159	659 673	19
273	322	427	437	289	304	520	20
5 898	4 975	5 309	5 201	4 288	3 933	3 844	21
115,6	116,3	139,7	104,5	121,8	124,4	140,6	22
117,7	117,4	131,8	105,8	119,9	119,6	134,5	23
121,3	119,6	154,1	107,4	134,4	144,2	147,1	24
112,3	114,1	133,1	96,8	117,6	116,8	128,0	25
113,3	125,6	181,6	99,1	121,0	137,7	193,2	26
127,0	132,3	180,1	130,8	127,7	136,9	185,1	27
113,7	115,2	135,6	113,4	125,1	122,4	142,1	28
118,3	112,0	117,4	118,3	134,8	122,7	118,6	29
128,5	114,0	101,2	119,7	141,5	126,5	119,6	30
104,9	112,7	151,1	93,1	107,7	117,1	145,4	31
127,3	120,2	111,6	123,8	138,1	122,4	111,8	32
126,3	119,7	106,9	127,6	141,8	123,3	106,6	33
128,8	120,9	118,6	118,1	132,5	121,1	119,5	34
112,9	105,6	110,9	113,7	116,1	107,7	109,7	35
132,1	105,7	103,9	141,8	139,1	112,4	105,5	36
107,1	104,5	112,6	106,3	108,7	105,2	110,2	37
132,2	127,4	112,2	119,3	146,3	135,3	121,8	38
220 381	206 071	190 531	174 350	190 370	160 120	189 232	39
177 862	171 854	197 868	195 220	224 363	205 499	255 506	40
12 271,5	11 552,1	10 832,8	12 279,7	13 372,9	11 586,2	11 705,1	41
379,4	341,9	309,7	348,8	379,0	326,0	327,4	42
11 892,1	11 210,2	10 523,1	11 930,9	12 993,9	11 260,2	11 377,7	43
337,4	337,3	322,4	320,3	316,0	287,0	271,3	44
1 212,7	1 203,8	1 060,7	1 156,0	1 235,3	1 024,1	985,4	45
10 342,0	9 669,1	9 140,0	10 454,6	11 442,6	9 949,1	10 121,0	46
3 410,6	3 341,4	2 878,7	3 432,6	3 754,6	3 265,0	3 126,4	47
6 931,4	6 327,7	6 261,3	7 022,0	7 688,0	6 684,1	6 994,6	48
1 363,4	1 265,5	1 144,6	1 382,2	1 503,3	1 343,9	1 164,8	49
250,0	221,3	215,1	273,3	308,2	252,5	253,0	50
1 245,5	1 142,1	982,8	1 230,4	1 290,9	1 104,9	1 070,0	51
96,9	94,2	93,7	103,0	109,9	70,7	86,6	52
1 109,6	920,2	813,0	1 179,3	1 260,7	1 056,6	1 003,4	53
806,1	760,0	657,1	797,3	866,7	740,2	742,7	54
1 469,7	1 325,8	1 144,1	1 421,3	1 486,9	1 256,6	1 206,6	55
64,1	56,8	45,1	63,6	73,9	61,3	65,1	56
6 405,3	5 785,9	5 095,5	6 450,3	6 900,6	5 886,7	5 592,2	57
1 582,7	1 449,5	1 329,7	1 553,2	1 781,6	1 547,2	1 452,3	58
4 283,5	4 316,7	4 407,6	4 276,1	4 690,7	4 152,3	4 660,5	59

gültige Ergebnisse — 4) u. a. Warenhäuser, SB-Warenhäuser, Verbrauchermärkte und Versandhandel — 5) ohne Mehrwertsteuer; Berichtsmonat:

Zahlenspiegel Nordrhein-Westfalen

Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	1983	1984
			Monatsdurchschnitt	
	Noch: Handel und Gastgewerbe			
	Fremdenverkehr¹⁾			
1	* Gästeankünfte	1 000	710	750
2	* darunter von Auslandsgästen	"	123	140
3	* Gästeübernachtungen	"	2 311	2 342
4	* darunter von Auslandsgästen	"	288	321
	Verkehr			
	Binnenschifffahrt			
5	Güterumschlag in den Binnenhäfen	1 000 t	10 690	11 639
6	* davon Gütereingang	"	6 094	6 615
7	* Gütersendungen	"	4 596	5 024
8	Güterdurchgang an der Grenzstelle Emmerich	1 000 t	10 522	11 415
9	davon Bergverkehr	"	6 937	7 484
10	Talverkehr	"	3 585	3 931
	Kraftfahrzeuge			
11	* Zulassungen bzw. Anmeldungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge ²⁾	Anzahl	60 141	56 756
12	darunter Personenkraftwagen einschl. Kombinationskraftwagen	"	52 059	50 120
13	Lastkraftwagen	"	2 458	2 194
14	Kraftfahrzeuge einschl. Kraftroller und Leichtkraftfahrzeugen	"	4 525	3 363
	Straßenverkehrsunfälle			
15	Unfälle insgesamt	Anzahl	37 194	40 111
16	* davon mit Personenschaden	"	8 157	7 812
17	mit nur Sachschaden	"	29 037	32 299
18	* getötete Personen	"	217	182
19	* verletzte Personen	"	10 423	9 864
20	darunter schwerverletzte Personen	"	3 267	2 956
	Deutsche Bundesbahn³⁾			
21	Güterempfang	1 000 t	6 775	7 366
22	Güterversand	"	8 627	9 307
23	Güterwagenstellung	1 000	327	340
	Deutsche Bundespost⁴⁾			
24	Briefsendungen	Mill.	244	239
25	Paketsendungen	1 000	4 757	4 727
26	abgehende Ferngespräche	Mill.	219	229
27	aufgegebene Telegramme	1 000	141	140
	Geld und Kredit			
	Kredite und Einlagen⁵⁾			
28	* Kredite an Nichtbanken (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	388 081	407 144
29	* darunter Kredite an inländische Nichtbanken	"	379 834	398 767
30	* kurzfristige Kredite (bis 1 Jahr einschl.)	"	85 076	89 864
31	* an Unternehmen und Privatpersonen	"	83 330	88 049
32	* an öffentliche Haushalte	"	1 746	1 815
33	* mittelfristige Kredite (über 1 bis unter 4 Jahre)	"	41 743	40 333
34	* an Unternehmen und Privatpersonen	"	36 674	36 033
35	* an öffentliche Haushalte	"	5 069	4 300
36	* langfristige Kredite (von 4 Jahren und darüber)	"	254 663	269 898
37	* an Unternehmen und Privatpersonen	"	201 936	215 609
38	* an öffentliche Haushalte	"	52 727	54 289
39	durchlaufende Kredite	"	6 599	7 049
40	an Unternehmen und Privatpersonen	"	6 027	6 447
41	an öffentliche Haushalte	"	572	602

1) in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten, ohne Campingplätze — 2) Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt — 3) Ergebnisse für die Bereiche Angaben umfassen die in NW gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentral 31. 12. 1972 weniger als 10 Mill. DM betrug, sowie ohne Postgiro- und Postsparkassenämter.

1984			1985				Lfd. Nr.
Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember	
949	739	542	963	932	735	517	1
159	104	81	190	162	110	79	2
2 747	1 924	1 607	2 996	2 833	1 994	1 646	3
372	218	186	430	384	242	194	4
12 555	11 403	10 723	11 702	9 506	9 968	...	5
6 996	6 100	6 337	6 797	5 227	5 699	...	6
5 559	5 303	4 386	4 905	4 279	4 269	...	7
11 369	10 903	10 585	11 609	9 618	9 602	...	8
7 016	6 996	6 976	7 658	6 413	6 669	...	9
4 353	3 907	3 609	3 951	3 205	2 933	...	10
59 799	47 944	40 287	51 596	63 196	49 645	42 208	11
54 536	43 967	36 933	47 465	58 882	46 748	39 218	12
2 559	2 211	1 757	2 120	2 541	1 915	1 699	13
1 527	995	785	1 159	805	322	401	14
47 775	42 058	42 769	40 449	42 215	50 715	42 937	15
8 588	7 519	7 144	8 071	7 941	6 682	6 299	16
39 187	34 539	35 625	32 378	34 274	44 033	36 638	17
182	181	207	154	152	162	152	18
10 706	9 313	8 797	10 062	9 807	8 398	7 873	19
3 025	2 728	2 614	2 894	2 718	2 326	2 239	20
7 985	7 562	6 421	7 219	7 893	7 402	...	21
10 136	9 652	8 283	9 243	10 275	9 546	...	22
376	354	296	334	374	334	...	23
263	244	243	362	410	378	430	24
5 365	5 664	7 181	4 297	5 124	5 307	7 359	25
225	235	249	226	234	249	...	26
152	130	138	147	139	118	...	27
401 855	403 597	407 144	413 252	414 596	418 047	421 981	28
393 698	395 381	398 767	405 452	406 608	409 645	413 403	29
89 109	89 045	89 864	88 210	86 959	88 208	89 364	30
87 613	87 287	88 049	87 091	85 278	86 182	86 974	31
1 496	1 758	1 815	1 119	1 681	2 026	2 390	32
39 791	39 904	40 333	38 209	38 206	38 331	38 485	33
35 638	35 648	36 033	34 201	34 230	34 125	34 301	34
4 153	4 256	4 300	4 008	3 976	4 206	4 184	35
266 077	267 702	269 898	279 115	281 590	283 379	286 008	36
212 116	213 199	215 609	225 227	227 324	228 670	231 185	37
53 961	54 503	54 289	53 888	54 266	54 709	54 823	38
6 878	6 946	7 049	7 718	7 841	8 129	8 124	39
6 300	6 346	6 447	6 910	6 993	7 242	7 228	40
578	600	602	808	848	887	896	41

der DB-Direktionen Essen und Köln — 4) Ergebnisse für die Bereiche der Oberpostdirektionen Dortmund, Düsseldorf, Köln und Münster — 5) Die bank, ohne Kreditinstitute mit überregionalen Sonderaufgaben (ohne Filialnetz) und ohne die Kreditgenossenschaften, deren Bilanzsumme am

Zahlenspiegel Nordrhein-Westfalen

Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	1983	1984
			Monatsdurchschnitt	
	Noch: Geld und Kredit			
1	* Einlagen und aufgenommene Gelder ¹⁾ von Nichtbanken (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	329 825	348 765
2	* Sichteinlagen und Termingelder ¹⁾	"	188 558	202 385
3	* von Unternehmen und Privatpersonen	"	153 890	166 313
4	* von öffentlichen Haushalten	"	34 668	36 072
5	* Spareinlagen	"	141 267	146 380
6	* bei Sparkassen	"	85 623	89 259
7	* Gutschriften auf Sparkonten (einschl. Zinsgutschriften)	"	9 070	8 900
8	* Belastungen auf Sparkonten	"	8 510	8 476
	Zahlungsschwierigkeiten			
9	* Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)	Anzahl	395	420
10	* Vergleichsverfahren	"	4	2
11	* Wechselproteste (ohne die bei der Post)	"	4 434	4 274
12	* Wechselsumme	Mill. DM	41	34
	Sozialleistungen			
13	Wohngeldempfänger	Anzahl	508 504	470 202
14	davon Empfänger von Mietzuschuß	"	484 914	449 079
15	von Lastenzuschuß	"	23 590	21 124
16	Wohngeldanspruch je Fall	DM	117	119
17	Mietzuschuß je Fall	"	115	118
18	Lastenzuschuß je Fall	"	148	140
	Gesetzliche Krankenversicherung ²⁾ (ohne mitversicherte Familienangehörige)			
19	Mitglieder insgesamt	1 000	9 785	9 834
20	darunter Pflichtmitglieder	"	5 610	5 620
21	Rentner und Rentenantragsteller	"	2 886	2 930
	Steueraufkommen nach Steuerarten			
22	* Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	7 255,2	7 639,0
23	* Steuern vom Einkommen	"	4 306,9	4 487,4
24	* Lohnsteuer ³⁾	"	2 992,2	3 160,7
25	* veranlagte Einkommensteuer	"	722,7	688,9
26	* nichtveranlagte Steuern vom Ertrag	"	102,3	117,2
27	* Körperschaftsteuer ³⁾	"	489,7	520,5
28	* Steuern vom Umsatz	"	2 948,3	3 151,6
29	* Umsatzsteuer	"	1 522,9	1 465,4
30	* Einfuhrumsatzsteuer	"	1 425,5	1 686,3
31	* Bundessteuern	"	1 228,8	1 194,1
32	darunter Ergänzungsabgaben	"	0,5	0,2
33	* Zölle	"	104,4	119,4
34	* Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	"	1 043,2	991,7
35	darunter Mineralölsteuer	"	540,3	558,6
36	* Landessteuern ⁴⁾	"	399,2	391,6
37	* darunter Vermögensteuer	"	116,4	102,0
38	* Kraftfahrzeugsteuer	"	157,3	161,6
39	* Biersteuer	"	33,0	32,2
40	* Gemeindesteuern ⁴⁾⁵⁾	"	2 480,3	2 643,6
41	* darunter Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	"	1 865,6	1 990,3
42	* Grundsteuer A	"	12,6	13,0
43	* Grundsteuer B	"	438,5	461,1
	Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften ⁴⁾			
44	* Steuereinnahmen des Bundes	Mill. DM	15 343,1	15 780,8
45	* darunter Anteil an den Steuern vom Einkommen	"	5 624,4	5 864,9
46	* Anteil an den Steuern vom Umsatz	"	5 881,9	6 193,0
47	* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	"	150,3	140,7
48	* Steuereinnahmen des Landes	"	9 412,3	9 793,2
49	* darunter Anteil an den Steuern vom Einkommen	"	5 624,4	5 864,9
50	* Anteil an den Steuern vom Umsatz	"	2 439,9	2 612,9
51	* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	"	150,3	140,7
52	* Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	"	3 851,3	4 094,6
53	* darunter Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	"	1 671,7	1 732,4
54	* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) ⁶⁾	"	1 564,9	1 708,9

1) einschl. durchlaufender Kredite, Sparbriefen, Inhaber-Sparschuldverschreibungen, Sparkassenobligationen u. ä. — 2) Anmerkungen und weitere
ern) einschl. 5/14 (9/14) des Aufkommens an der Grunderwerbsteuer — 5) statt Monatsdurchschnitt 1983 bzw. 1984: Vierteljahresdurchschnitt

Zahlenspiegel Nordrhein-Westfalen

Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	1983	1984
			Monatsdurchschnitt	
	Preise			
	Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte			
1	* Gesamtlebenshaltung	1980 = 100	115,8	118,4
2	* darunter Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	"	113,8	115,3
3	Wohnungsmieten ¹⁾ , Energie	"	118,3	122,5
4	Möbel, Haushaltsgeräte und andere Güter			
	für die Haushaltsführung	"	113,5	115,6
5	Bekleidung, Schuhe	"	114,2	117,1
	Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Arbeitnehmer- haushalten mit mittlerem Einkommen			
6	Gesamtlebenshaltung	1980 = 100	115,8	118,4
7	darunter Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	"	113,6	115,0
8	Wohnungsmieten ¹⁾ , Energie	"	118,4	122,6
9	Möbel, Haushaltsgeräte und andere Güter			
	für die Haushaltsführung	"	113,4	115,5
10	Bekleidung, Schuhe	"	114,6	117,6
	Preisindex ²⁾ für Wohngebäude			
11	* Bauleistungen am Bauwerk	1980 = 100	111,6	114,4
12	davon Rohbauarbeiten	"	109,3	111,3
13	Ausbauarbeiten	"	114,9	118,7
14	Preisindex ²⁾ für gemischt genutzte Gebäude			
15	für Bürogebäude	"	111,9	114,9
16	für gewerbliche Betriebsgebäude	Bauleistungen am Bauwerk	112,4	115,9
		"	113,6	116,2
17	Preisindex für den Straßenbau ²⁾	"	99,3	100,6
	Löhne und Gehälter			
	Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau ³⁾			
	Bruttowochenverdienste			
18	* männliche Arbeiter	DM	672	694
19	* darunter Facharbeiter	"	709	732
20	* weibliche Arbeiter	"	460	473
21	* darunter Hilfsarbeiter	"	448	461
	Bruttostundenverdienste			
22	* männliche Arbeiter	DM	16,33	16,70
23	* darunter Facharbeiter	"	17,28	17,66
24	* weibliche Arbeiter	"	11,59	11,82
25	* darunter Hilfsarbeiter	"	11,28	11,48
	bezahlte Wochenarbeitszeit			
26	männliche Arbeiter	h	41,0	41,5
27	weibliche Arbeiter	"	39,5	40,0
	Angestellte, Bruttomonatsverdienste ³⁾			
	in Industrie und Hoch- und Tiefbau			
	kaufmännische Angestellte			
28	* männlich	DM	4 106	4 253
29	* weiblich	"	2 815	2 922
	technische Angestellte			
30	* männlich	DM	4 298	4 450
31	* weiblich	"	2 900	2 998
	in Handel, Kredit und Versicherungen			
	kaufmännische Angestellte			
32	* männlich	DM	3 382	3 485
33	* weiblich	"	2 269	2 358
	Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen			
34	Gesamtindikator der konjunkturellen Entwicklung ⁴⁾		-1,2	-0,5

1) einschl. Wasserverbrauch in den Wohnungen — 2) statt Monatsdurchschnitt 1983 bzw. 1984: Vierteljahresdurchschnitt — 3) mit der jeweiligen von 10 konjunkturabhängigen Einzelreihen (Glättung der Vormonatswerte; zum Ermittlungsverfahren vgl. Stat. Rundschau NW, Heft 11/83.)

1984			1985				Lfd. Nr.
Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember	
119,0	119,1	119,2	120,9	121,0	121,2	121,3	1
114,4	114,5	114,5	115,3	115,0	115,3	115,6	2
124,5	124,3	124,5	127,2	127,1	127,4	126,8	3
115,9	116,1	116,1	117,6	117,6	117,9	117,9	4
118,1	118,5	118,6	120,7	120,7	121,1	121,2	5
119,0	119,1	119,2	120,8	120,9	121,2	121,3	6
114,1	114,2	114,2	115,0	114,7	114,9	115,3	7
124,5	124,6	124,7	127,4	127,3	127,6	127,1	8
115,9	116,1	116,1	117,5	117,6	117,8	117,9	9
118,6	119,0	119,1	121,3	121,5	121,9	122,0	10
.	114,5	.	.	.	115,1	.	11
.	111,2	.	.	.	110,7	.	12
.	119,4	.	.	.	121,5	.	13
.	115,1	.	.	.	115,9	.	14
.	116,2	.	.	.	117,5	.	15
.	116,2	.	.	.	117,3	.	16
.	101,2	.	.	.	102,8	.	17
698	.	.	.	726	.	.	18
737	.	.	.	768	.	.	19
477	.	.	.	494	.	.	20
466	.	.	.	481	.	.	21
16,80	.	.	.	17,57	.	.	22
17,76	.	.	.	18,56	.	.	23
11,94	.	.	.	12,52	.	.	24
11,59	.	.	.	12,21	.	.	25
41,6	.	.	.	41,3	.	.	26
39,9	.	.	.	39,4	.	.	27
4 311	.	.	.	4 462	.	.	28
2 959	.	.	.	3 053	.	.	29
4 511	.	.	.	4 685	.	.	30
3 036	.	.	.	3 128	.	.	31
3 522	.	.	.	3 668	.	.	32
2 390	.	.	.	2 481	.	.	33
-0,4	-0,4	-0,4	+0,3	+0,3	+0,3	+0,4	34

Anzahl der Beschäftigten gewichteter Durchschnitt der 4 Erhebungsmonate Januar, April, Juli und Oktober — 4) faktorenanalytische Verknüpfung

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen für das Bundesgebiet

Lfd. Nr.	Merkmal	Einheit	1983	1984
			Monats- oder Jahresdurchschnitt bzw. Stichtag	
Bevölkerung				
1	Wohnbevölkerung ¹⁾	1 000	61 307	...
2	Eheschließungen	je 1 000 der Bevölkerung und 1 Jahr	6,0	5,9p
3	Lebendgeborene		9,7	9,5p
4	Gestorbene		11,7	11,3p
Erwerbstätigkeit				
5	Erwerbstätige	1 000	25 331p	25 346p
6	Arbeitslose ¹⁾	"	2 258	2 266
Landwirtschaft				
7	Gewerbl. Schlachtungen, Schlachtmenge	1 000 t	375	387
8	Milcherzeugung	"	2 242	2 179
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe				
9	Beschäftigte	1 000	6 927	6 851
10	Geleistete Arbeiterstunden	Mill.	660	654
11	Umsatz	Mill. DM	109 389	116 481
12	darunter Auslandsumsatz	"	29 603	33 472
13	Index der Nettoproduktion	1980 = 100	95,6	98,6
Bauhauptgewerbe				
14	Bauhauptgewerbe, alle Betriebe			
15	Beschäftigte	1 000	1 122	1 106
16	geleistete Arbeitsstunden	Mill.	123	122
	darunter für Wohnungsbau	"	53	52
Handel				
17	Einzelhandel			
	Umsatz insgesamt	1980 = 100	108,4	111,3
18	Warenverkehr mit Berlin (West)			
19	Bezüge	Mill. DM	2 737	2 924
20	Lieferungen	"	2 117	2 174
21	Warenverkehr mit der DDR und Berlin (Ost)			
22	Bezüge	Mill. DM	573	644
23	Lieferungen	"	579	534
Außenhandel				
24	Einfuhr	Mill. DM	32 516	36 188
25	Ausfuhr	"	36 023	40 685
Verkehr				
26	Beförderte Güter			
27	Eisenbahnen ²⁾	1 000 t	25 835	27 482
28	Binnenschifffahrt	"	18 661	19 706
29	Seeschifffahrt	"	10 523	11 026
30	Beförderte Personen			
31	Eisenbahnen ²⁾	Mill.	95,6	90,5
Geld und Kredit				
32	Bargeldumlauf ¹⁾	Mrd. DM	96,4	99,8
33	Spareinlagen ¹⁾	"	548,4	568,8
34	Kredite an			
35	Unternehmen und Privatpersonen ¹⁾	Mrd. DM	1 380,5	1 468,8
36	öffentliche Haushalte ¹⁾	"	427,9	446,8
Steuern				
37	Einnahmen aus Steuern insgesamt	Mill. DM	28 560	29 789
38	Steuern vom Einkommen	"	15 462	16 218
39	Lohnsteuer	"	10 741	11 363
40	veranlagte Einkommensteuer	"	2 356	2 197
41	nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	"	392	466
42	Körperschaftsteuer	"	1 973	2 193
43	Bundessteuern	"	4 343	4 505
44	Zölle und Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	"	4 073	4 220
45	Landessteuern	"	1 531	1 548
Preise				
46	Preisindex ausgewählter Grundstoffe	1980 = 100	137,8 ³⁾	144,3 ³⁾
47	Preisindex für Wohngebäude (Bauleistungen am Bauwerk)	1980 = 100	111,2	114,0
48	Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte	1980 = 100	115,8	119,2
49	Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte	1980 = 100	108,2	106,9
50	Preisindex für die Lebenshaltung			
51	aller privaten Haushalte	1980 = 100	115,6	118,4
52	von 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalten mit mittlerem Einkommen	"	115,6	118,4

1) Jahres- bzw. Monatsende — 2) Eisenbahnen des öffentlichen Verkehrs — 3) 1976 = 100 — — — Quelle: Statistisches Bundesamt

1984			1985				Lfd. Nr.
Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember	
61 077 5,4 9,8 11,6	61 063 4,7 9,3 11,6	61 049 5,7 8,6 11,4	61 035 7,1 10,2 10,9	... 5,9 9,9 11,0	... 4,3 8,9 11,7	1 2 3 4
2 145	25 294p 2 189	2 325	2 152	2 149	2 211	2 347	5 6
449 1 904	403 1 833	373 1 972r	404 1 999	440 2 026	399 1 913	394 2 049	7 8
6 908 737 131 900 39 030 109,1	6 904 693 126 259 37 278 109,9	6 864 584 119 022 36 437 100,2	7 035 675 130 668 38 876 108,9	7 029 740 138 092 39 842 114,5	7 028 681 128 864 38 282 114,7	6 984 590 126 836 40 012 103,1	9 10 11 12 13
1 125 151 62	1 107 130 52	1 078 92 36	1 070 132 50	1 058 144 53	1 042 105 38	1 013 85 32	14 15 16
118,2 3 473 2 557 735 576	119,6 3 288 2 316 686 555	140,2 2 494 1 986 639 602	107,0r 3 344 2 346 657 584	123,5r 3 904 2 687 706 698	126,2r 3 474 2 558 606 631	140,8p 2 885 2 175 645 795	17 18 19 20 21
39 041 47 857	38 009 44 988	36 111 42 209	36 470 43 899	40 590 49 256	37 190 44 211	37 075 45 024	22 23
31 856 21 333 10 607 94,2	30 944 19 064 11 291 92,3	25 171 17 905 12 151 107,0	28 012 20 269 10 826p 98,6	32 490 16 738 11 235p 99,8 10 895p	24 25 26 27
96,3 540,2 1 440,0 437,0	101,1 543,0 1 446,8 443,2	99,8 568,8 1 468,8 446,8	100,0 572,5 1 512,9 456,9	100,7 574,4 1 520,7 458,3	104,3 576,1 1 530,9 463,1	104,2p 601,6p 1 548,2p 465,8p	28 29 30 31
24 606 11 067 10 939 -482 299 310 4 480 4 256 1 310	25 832 10 346 10 615 -397 206 -78 4 788 4 520 2 034	51 601 35 046 18 570 8 573 233 7 671 8 602 8 415 1 055	39 350 28 045 11 851 8 299 304 7 592 4 562 4 334 1 124	25 321 11 656 11 796 -368 264 -37 4 613 4 345 1 295	26 621 11 386 11 499 -452 380 -42 4 711 4 405 1 942	55 563p 38 652 20 575 9 317 267 8 493 8 777p 8 506p 1 098p	32 33 34 35 36 37 38 39 40
123,0 120,3 106,7 119,0 119,0	122,6 114,2 120,3 106,0 119,2 119,2	123,0 120,4 105,7 119,3 119,3	121,3 122,1 102,7 120,9 120,9	118,8 121,9 101,6 121,1 121,0	117,9 114,9 121,9 103,0p 121,3 121,3	116,9 121,5 103,8p 121,4 121,4	41 42 43 44 45 46

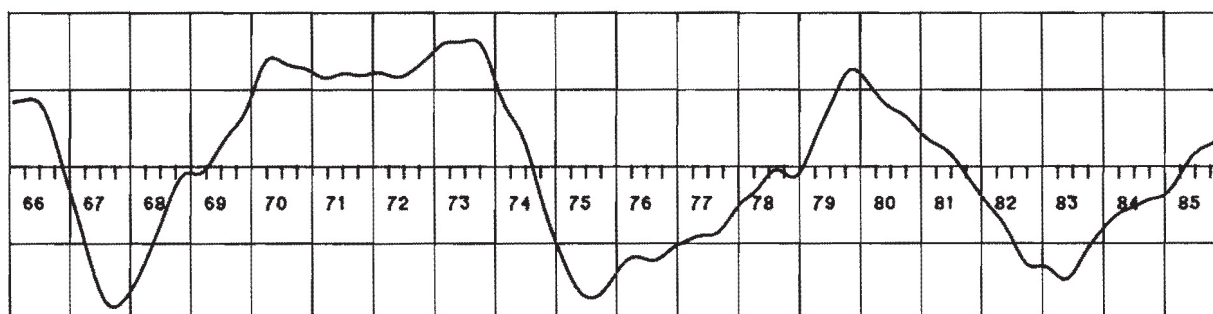
Zahlenspiegel Nordrhein-Westfalen

Ergänzende Daten zu Sozialleistungen

Merkmal	Einheit	1984	1985					
		Monats- durchschnitt	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember
Gesetzliche Krankenversicherung¹⁾ (ohne mitversicherte Familienangehörige)								
Mitglieder insgesamt	1 000	9 834	9 812	9 845	9 919	9 934	9 929	9 917
darunter								
Pflichtmitglieder	"	5 620	5 605	5 636	5 708	5 732	5 725	5 715
darunter								
krankenversicherte Arbeitslose . . .	"	480	463	464	458	457	461	468
Rentner und Rentenantragsteller	"	2 930	2 951	2 950	2 952	2 953	2 954	2 952
Altenteiler	"	50	49	49	49	49	49	49
Krankenstand der Pflichtmitglieder . .	%	4,63	4,11	4,17	4,13	4,70	4,87	4,93
Männer	"	4,96	4,41	4,56	4,50	5,08	5,17	5,26
Frauen	"	4,15	3,66	3,60	3,60	4,15	4,43	4,45
Darunter RVO-Kassen								
Ortskrankenkassen								
Mitglieder insgesamt	1 000	3 449	3 444	3 447	3 462	3 464	3 463	3 457
darunter								
Pflichtmitglieder	"	2 018	2 019	2 023	2 039	2 042	2 043	2 038
Rentner	"	1 242	1 233	1 231	1 230	1 229	1 229	1 227
Krankenstand der Pflichtmitglieder . .	%	4,92	4,28	4,59	4,41	5,37	5,07	5,15
Männer	"	4,85	4,29	4,64	4,38	5,34	4,98	5,11
Frauen	"	5,06	4,27	4,49	4,46	5,43	5,28	5,25
Innungskrankenkassen								
Mitglieder insgesamt	1 000	810	790	793	814	816	812	809
darunter								
Pflichtmitglieder	"	593	572	574	595	597	594	591
Rentner	"	147	149	149	149	149	149	149
Krankenstand der Pflichtmitglieder . .	%	3,97	3,65	3,65	3,61	4,05	4,18	4,21
Männer	"	4,14	3,83	3,84	3,81	4,29	4,37	4,38
Frauen	"	3,31	3,00	2,99	2,89	3,21	3,51	3,56
Betriebskrankenkassen²⁾								
Mitglieder insgesamt	1 000	1 264	1 258	1 259	1 267	1 272	1 272	1 273
darunter								
Pflichtmitglieder	"	724	715	716	722	729	728	729
Rentner	"	432	435	435	437	436	436	436
Krankenstand der Pflichtmitglieder . .	%	5,47	4,73	4,70	5,11	5,63	6,03	6,07
Männer	"	5,56	4,77	4,80	5,20	5,73	6,11	6,14
Frauen	"	5,19	4,60	4,38	4,81	5,30	5,77	5,85

1) einschl. bundesunmittelbarer Betriebskrankenkassen mit Verwaltungssitz in NW sowie Ersatzkassen, Betriebskrankenkassen der Bundespost, Bundesbahn, des Bundesverkehrsministeriums, Bundesknappschaft, Krankenkasse der rheinischen Landwirtschaft und der Krankenkasse für den Gartenbau mit Anteil Nordrhein-Westfalens — 2) einschl. bundesunmittelbarer Betriebskrankenkassen mit Verwaltungssitz in NW

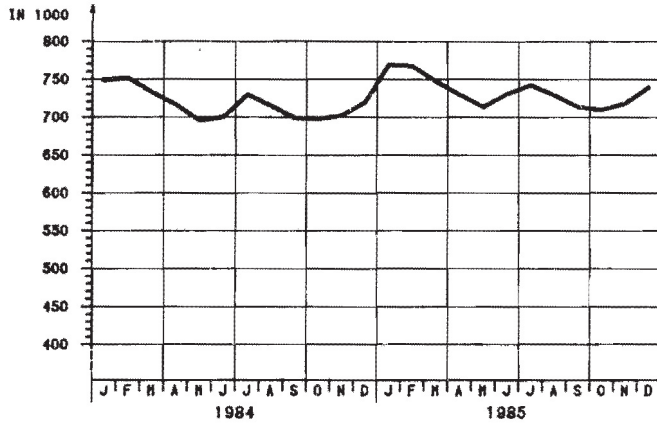
MONATLICHER GESAMTINDIKATOR DER KONJUNKTURELLEN ENTWICKLUNG JANUAR 1966 BIS DEZEMBER 1985



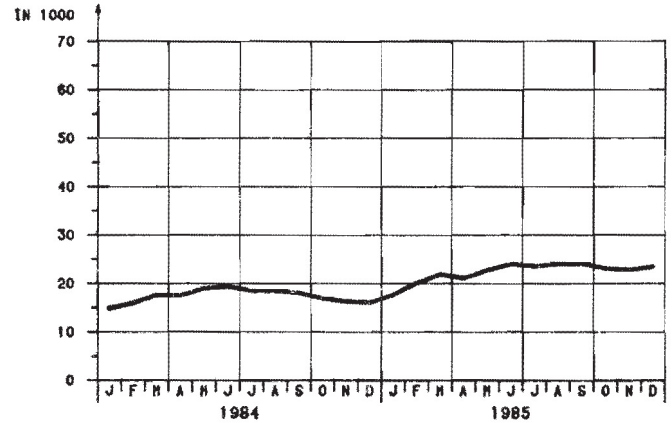
GRAFISCHE DATENVERARBEITUNG: LDS NW

ARBEITSMARKT.PREISE.LÖHNE.GEHÄLTER JANUAR 1984 BIS DEZEMBER 1985

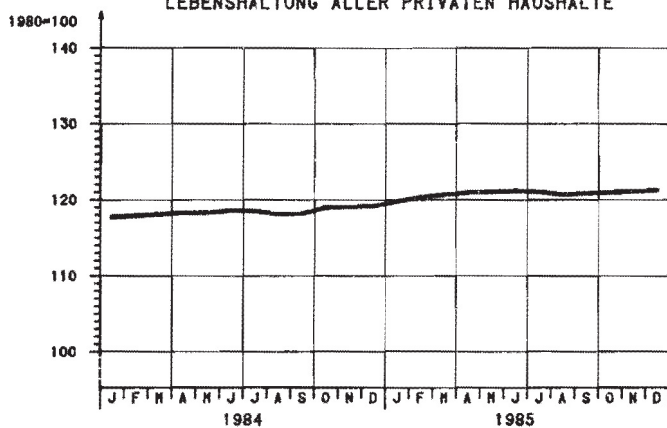
ARBEITSLOSE



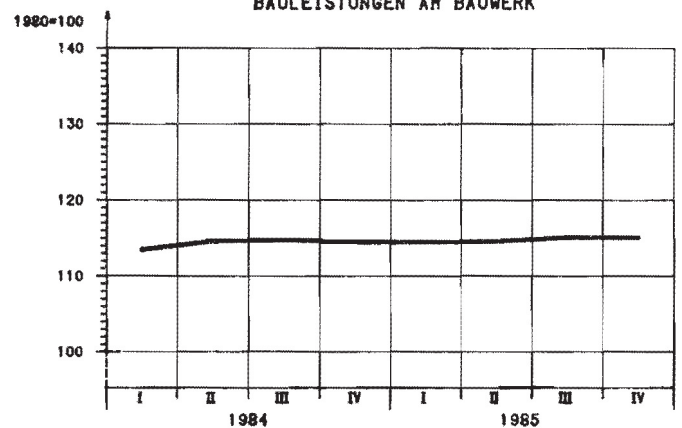
OFFENE STELLEN



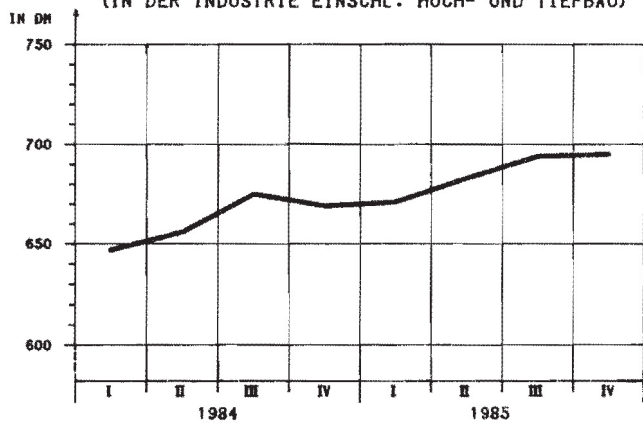
PREISINDEX FÜR DIE LEBENSHALTUNG ALLER PRIVATEN HAUSHALTE



PREISINDEX FÜR WOHNGEBÄUDE, BAULEISTUNGEN AN BAUWERK



BRUTTOWOCHENVERDIENST DER ARBEITER (IN DER INDUSTRIE EINSCHL. HOCH- UND TIEFBAU)



BRUTTOMONATSVERDIENST DER ANGESTELLTEN (IN DER INDUSTRIE EINSCHL. HOCH- UND TIEFBAU)

